

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 13. Februar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Infections-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Socialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis (Prämienkonto): Vierteljährlich 3.00 RM., monatlich 1.10 RM., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnement: 1.10 RM. pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 RM., für das übrige Ausland 3 RM. pro Monat. Erscheint täglich außer Montags.

Notizen.

In der Reichstags-Sitzung vom 11. Februar hat Graf Posadowski nach dem amtlichen Stenogramm geäußert:

„Der Herr Abgeordnete (Hoch) ist dann noch auf eine Frage zurückgekommen, die eine tiefere politische Bedeutung hat. Er hat gesagt, ich hätte einmal erklärt, seitens des Reichs würden keine Beamte als Kommissare zu Arbeiterversammlungen geschickt werden, wo durch die äußere Aus schmückung des Raumes ihr monarchisches Gefühl verletzt würde. Diesen Standpunkt halte ich auch heute noch anrecht. (Sehr gut!) Sie können nicht verlangen, daß ein monarchischer Beamter einem Kongress, einer Versammlung beizuwohnt, wo die äußeren Abzeichen eine andre Staatsform ver herrlichen, als die, auf welche er den Treu-Eid geschworen hat. Das werden wir unter keinen Umständen thun. Wenn der Kongress in Stuttgart beschickt war von der württembergischen Regierung und von dem Reich, so war dort die Aus schmückung des Raumes eben nicht eine derartige, die geeignet gewesen wäre, das monarchische Gefühl der abgesandten amtlichen Delegierten in irgend einer Weise zu verletzen. Davon hat sich die königl. württembergische Regierung vorher ausdrücklich überzeugt und hat auch die nötige Gewährleistung hierfür bekommen.“

Darüber nachzusuchen, welche Art der Dekorations das monarchische Gefühl der Regierungsvertreter verletzen könne, fehlt es mir an Zeit und Lust. Es genügt zu konstatieren, daß der Saal des Gewerkschaftshauses in Stuttgart, in welchem der Kongress tagte, genau so decoriert war, wie es bei Arbeiterkongressen üblich. Auf dem Podium rechts und links vom Bureau standen inmitten von Blumen und Blattschmuck die überlebensgroßen Büsten von Marx und Lassalle, Fahnen der Arbeitervereinigungen, Embleme und Stoffdekorationen waren angebracht, wobei die rote Farbe bemerkenswerth hervortrat. Entspricht diese Dekorations dem, was Graf von Posadowski als Vorbedingung für die Teilnahme von Regierungsvertretern an Arbeiterkongressen ansieht, so solls uns recht sein. Es ließe sich wahrscheinlich die in Stuttgart verwandte Dekorations noch herbeischaffen und zur Dekorierung des Saales, in welchem der Bauarbeiterkongress tagen wird, verwenden. Dann könnten nach der Erklärung des Grafen v. Posadowski, Regierungsvertreter an diesem Kongress teilnehmen, ohne daß die Saaldecorations einen schädigenden Einfluß auf das monarchische Gefühl dieser Herren ausüben würde.

Nun aber sagte Graf v. Posadowski, der württembergischen Regierung wären bezüglich der Saaldecorations besondere Garantien gegeben worden. Das erweckt den Anschein, als hätten längere Verhandlungen bezüglich der Saaldecorations stattgefunden, nur um unter allen Umständen die Teilnahme von Regierungsvertretern an dem Kongress zu sichern. Das ist nicht der Fall gewesen.

Am 14. Mai v. J. sandte die Generalkommission an das Reichsamt des Innern, das württembergische Ministerium des Innern usw. die Einladungen zu dem Gewerkschaftskongress. Am 24. Mai antwortete das württembergische Ministerium des Innern folgend:

„Das Ministerium hat Einleitung getroffen, daß mindestens einer der Gewerbe-Inspektoren bei den Verhandlungen des Kongresses anwesend sein wird und behält sich vor, soweit dies die Geschäftslage gestattet, auch den Referenten für Socialpolitik oder einen andern Beamten des Ministeriums zu beauftragen, den Beratungen behufs Information anzuzuwohnen.“

Von irgend welchen Bedingungen für die Teilnahme an dem Kongress war also gar keine Rede und konnte es auch schließlich nicht sein, weil zu der Zeit die Saaldecorations noch gar nicht in Frage stand. Wahrscheinlich legte die württembergische Regierung im Gegenstand zum Staatssekretär des Innern im Interesse ihrer Vertreter einen größeren Wert darauf, daß eine Dekorations geschmackvoll ist und beachtete dabei weniger die Tendenz.

Erst kurz vor dem Stattfinden des Kongresses wurde, wahrscheinlich auf Betreiben von Berlin, bei dem Lokalkomitee in Stuttgart von einem Vertreter der württembergischen Regierung Anfrage wegen der Saaldecorations gehalten. Die Antwort lautete, es werde so decoriert, wie zu sonstigen Arbeiterkongressen. Die Art dieser Dekorations wäre den Vertretern der württembergischen Regierung aus eigener Anschauung bekannt.

Am Sonntag, 15. Juni, sprach derselbe Vertreter der württembergischen Regierung in dem nahezu fertig decorierten Kongresssaal mit mir über die Art der Verhandlungen auf dem Kongress. Von Bedingungen bezüglich der Dekorations war keine Rede dabei. Ich selbst brachte das Gespräch auf die bei dem Lokalkomitee gestellte Anfrage und sagte: „Unsere Vorkämpfer Marx und Lassalle bleiben bei Arbeiterkongressen unter allen Umständen an ihrer Stelle, auch wenn deswegen die Herren von der Regierung fortbleiben würden.“ Von irgend welchen Bedingungen hinsichtlich der Dekorations war aber auch bei dieser Unterhaltung keine Rede.

Es wäre sicher besser, wenn die Regierung ihre kindliche Zucht vor der Socialdemokratie bei Arbeiterkongressen verlieren würde. Es ist ihre Pflicht, sich über die Anschauungen der Arbeiter zu unterrichten und das kann sie nur auf den Arbeiterkongressen. Inseinen Vertretern paßt die Aus schmückung des Reichstages auch nicht, sie gehen aber dorthin, weil es ihre Pflicht ist und verlieren dabei nichts von ihrem demokratischen Gefühl. Sollte dies fester sitzen als das monarchische?

E. Legien.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Februar.

Reichstag.

Im Mittelpunkt der socialpolitischen Debatte steht die Socialdemokratie. Unsere Arbeiter-Anträge, unsere Bemühungen, die socialpolitische Langsamkeit und Unthätigkeit der andern Parteien aufzudecken, sind den bürgerlichen Parteien besonders peinlich. Da die Redner dieser Parteien aber unsere Forderungen ernstlich nicht widerlegen können, so verlegen sie sich auf die leichtere Arbeit allgemeinen Geschwäzes. Wenn wenigstens diese wilden Agitationsreden der Trimborn, Hilke und Stöder gegen die Socialdemokratie etwas Neues brächten! Aber die Herren lernen vielleich nichts hinzu. Sie glauben mit und fertig zu werden, wenn sie die ältesten Lädenhüter aus den Käufern holen, wenn sie das hundertmal Wiederholte zum hundertunderstenmale wieder aussprechen. Und noch eins ist bei diesen Debatten charakteristisch. Allen diesen Angriffen fehlt die persönliche Nuance. Was Herr Camp gegen uns sagt, könnte auch Herr Trimborn sprechen, und was Herr Hilke geltend macht, könnte ebenso gut auch Herr v. Staudy hervorheben. Ja, selbst die Specialität unseres alten Freundes Stöder, mit den niedrigsten Verleumdungen gegen uns zu kommen, wird ihm von seinen Kumpanen im Kampf gegen die Socialdemokratie nicht mehr gelassen.

In der Rede des Herrn Trimborn spielte die Begründung des Zehnstundenantrags seiner Partei die geringste Rolle. Er versicherte nur, daß er ernsthaft gemeint und nicht durch Wahrscheinlichkeiten diktiert sei. In die Stelle einer willkürlichen Begründung mußte die hohe Redensart treten, daß Deutschland mit dem Zehnstundenantrag an der Spitze der civilisirten Nationen marschieren würde. Um so heftiger richteten sich die Angriffe des Centrumsredners gegen die Anträge unserer Fraktion. Von der Ausgestaltung der Gewerbeinspektion will er nichts wissen, vor allem nicht von der Teilnahme der Arbeiter an ihr und von ihrer Ausdehnung auf die Landwirtschaft. Bei der Besprechung unseres Zehnstunden-Antrages bewies er ein aufschälliges Maß von Unwissenheit durch die Behauptung, daß dieser Antrag auf schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit der aufs Praktische gerichteten Thätigkeit des Centrums zu verbanke und in der jetzigen Session zum erstenmal gestellt sei. Thatsächlich hat unsere Fraktion schon im Jahre 1891 einen fast gleichlautenden Antrag gestellt.

Genosse Horn gab in seiner Rede eine Darstellung der nur all zu zahlreichen Mißstände in den Glashütten und widerlegte die von der Wissenschaft wie von der Praxis längst als hinfallig erkannten, aber von den Gegnern mit unheilbarer Hartnäckigkeit immer wieder vorgebrachten Einwände gegen das Verbot der Sonntagsarbeit in dieser Industrie, die ohnehin harte Ansprüche an die Gesundheit ihrer Arbeiter stellt.

Seit einem Vierteljahrhundert bilden die Kohlen- und Eisenbarone Rheinlands-Westfalens einen durch ganz besondere Arbeiterfeindschaft ausgezeichneten Flügel innerhalb der von socialen Wohlwollen nicht eben überfließenden nationalliberalen Fraktionen. Unter diesen Bergbaronen zeichnet sich wieder der Dortmunder Abgeordnete von Centrums Gnaden Herr Hilke durch besondere socialpolitische Rücksichtslosigkeit aus. So waren denn die Angriffe, die er gestern gegen die Socialdemokraten richtete, über alle Maßen läppisch; das Argument gegen die Verkürzung überlanger Arbeitszeit, das schon die urältesten englischen Mandesthermannen mit negativem Erfolge vorbrachten, daß nämlich diese Verkürzung die Arbeiter am Aufsteigen in eine höhere sociale Schicht hindere, bildete den Kern und Angelpunkt der berggrütlichen Polemik.

Noch bequemer machte es sich Herr Camp. Die Höhe seiner Ausführungen ist dadurch gekennzeichnet, daß er mit dem geistvollen Wort vom „Müssen durch Arbeitergrößen“ gegen die Socialdemokratie fechten zu können vermeinte. Daß den ostelbischen Großgrundbesitzern die Arbeit ihrer Tagelöhner sehr gut bekommt, dafür ist allerdings Herr Camp ein sehr gewichtiger Beweis. Ein wahres Wort sprach übrigens der Herr Vertreter von Deutsch-Krone: Die freisinnige Volkspartei ist in der That, wie er ausführte, die heftigste Gegnerin des gleichen allgemeinen Kommunal-Wahlrechts. Nichts Adjutant Vermees hätte noch nicht einmal mit dem Kopfe zu nicken brauchen, um diese Thatsache zu erhärten.

Die Einwände gegen die Kellnerverordnung, die Herr Crüger, wie Abg. Camp ihm bezugte, aus den Scharfmachertraden gegen die Kellnerverordnung abgeschrieben hat, widerlegte spielend Graf Posadowski, es lag nicht an ihm, daß er den Herrn v. Staudy nicht überzeugen konnte.

Nachdem der süddeutsche Volksparteiler August einige Bemerkungen über die utopische Forderung des Befähigungsantrages gemacht hatte, amüsierte Herr Stöder das übermüdete Haus mit einer späten Abendpredigt. In Vertretung des Abg. Ahlwardt beschäftigte er sich zur Abwechslung auch einmal wieder mit Judenthüm. Ahlwardt selbst gedenkt demnächst das Haus mit einem Vortrage zu erfreuen.

Am Freitag wird die Beratung fortgesetzt.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus besprach am Donnerstag zunächst die nationalliberale Interpellation über die Stellung der Regierung zu dem in weiten Kreisen von Handel und Industrie bekundeten Verlangen nach Aufhebung der Gerichtsferien. Die Interpellanten wünschen Auskunft darüber, ob die Regierung es als ein Bedürfnis anerkennt, daß diejenigen Civilprozesse, welche der Eile bedürfen und nach ihrer Sach- und Rechtslage ohne Schwierigkeit alsbald erledigt werden können, gleichwohl aber nach der bisherigen Gerichtspraxis nicht als Ferienfachen behandelt werden, auch innerhalb der Gerichtsferien zur Verhandlung und Entscheidung kommen. Der Justizminister erklärte sich als ein principieller Gegner der völligen Aufhebung der Gerichtsferien und will sich mit der Befestigung einzelner Mißstände auf administrativem Wege begnügen. Der gleichen Ansicht sind fast alle Juristen des Hauses, sowohl auf der konservativen Seite als auch bei den Freisinnigen.

Nach Erledigung der Interpellation begann die zweite Beratung des Etats der Justizverwaltung. Es scheint, als ob die Vertreter der Bourgeoisie an unserer Rechtspflege wenig oder gar nichts auszusetzen haben. Selbst in der Generaldebatte wurden nur Fragen nebenfächlicher oder lokaler Art behandelt. Bemerkenswert ist die Anregung des Abg. Kirsch (C.), den Wohnungsverhältnissen der Unterbeamten eine bessere Fürsorge zu widmen. Die Regierung erklärte sich durch den Minister Schönstedt außer stande, dem Wohnungsbedürfnis der Unterbeamten durch Einrichtung von Dienstwohnungen Rechnung zu tragen, sie verläßt sich auf die Thätigkeit der Beamtenwohnungs-Bereine. Von Interesse waren daneben nur noch die heftigen Angriffe der konservativen und freikonservativen Redner gegen die geplanten Kaufmannsgerichte und die Verteidigung der Richter in den Ostmarken durch den Abg. Bellasohn (fr. Vg.) gegenüber dem Abg. Lenzmann, der bei der Poleninterpellation im Reichstage angedeutet hatte, daß sich die Richter im Osten im Gegenstand zu denen des Westens von politischen Bewegungen bei ihren Urteilsprüchen leiten lassen.

Die Beratung wird am Freitag fortgesetzt.

Wo bleiben die Kaufmanns-Gerichte?

Bereits am 11. Januar, also vor einem Monat, konnte die „Frankfurter Zeitung“ mitteilen, daß der Gesuchentwurf über die Kaufmannsgerichte dem Bundesrat zugewandt sei; in dem Entwurf ist bestimmt, daß das Gesetz am 1. April in Kraft treten soll, und zur Stunde ist dem Reichstage noch keine Vorlage gemacht. Sind dem wahlkämpferischen Eifer des Reichskanzlers im Bundesrat unerwartete Schwierigkeiten in den Weg getreten? hat die ablehnende Haltung der Konservativen und der Freikonservativen, die auf dem Gebiete der Socialreform keinen Schritt weiter gehen wollen und soeben im preussischen Abgeordnetenhause einen äußerst plumpen Vorstoß gegen die beabsichtigte Reform unternommen haben, vielleicht schon durch Confliscenarbeit ihre Wirkung geübt? Es ist doch ein ganz merkwürdiger Widerspruch zwischen der Thatsache, daß in dem Entwurf der 1. April als Tag des Inkrafttretens in Aussicht genommen ist und dem jetzigen Jögern in der Erledigung durch den Bundesrat. Der Präsident des Reichstages hat es schon jetzt im Seniorenkongress als unmöglich bezeichnet, bei der gegenwärtigen Geschäftslage des Reichstages das Gesetz noch zu erledigen. Es wäre jedoch bei rascher Erledigung im Bundesrat wohl noch möglich gewesen, es auch im Reichstage fertigzustellen. Besondere organisatorische Schwierigkeiten bietet es in der jetzt vorliegenden Form keineswegs und so hätte wohl auch der Bundesrat längst damit fertig sein können, umsonst, als sich wohl zweifellos die Bundesregierungen schon längst zu den grundsätzlichen Fragen ihre Meinung gebildet haben. Welche Hindernisse sind also plötzlich eingetreten? —

Deutsches Reich.

Das Wahlgeheimnis. In der Donnerstags-Sitzung hat der Bundesrat u. a. der Vorlage betreffend Abänderung des Wahlreglements für den deutschen Reichstag die Zustimmung erteilt. Die Vorlage dürfte demnach bald dem Reichstage zugehen.

Die Landtagswahl in der Synagoge. Immer zahlreicher werden die Beschwerden, die sich gegen das Wahlverfahren zum preussischen Landtag richten und die eine Abhilfe nur durch Änderung der Gesetze, nicht durch einfache Reglementsänderung finden können. Wir geben nach dem stenographischen Bericht die Klagen des nationalliberalen Abgeordneten Herr:

„Ich wollte den Herrn Minister des Innern gebeten haben, ob es nicht möglich wäre, für unsern Wahlkreis Jnowazlaw-Strelno-Schubin einen andern Wahlort zu bestimmen. Der Wahlort ist früher wahrscheinlich mit einem Ziele abgemessen worden, zu der Zeit, wo wir noch keine Eisenbahnen hatten, und liegt jetzt so außerhalb aller Bahnen, daß es wirklich lästig ist, dahin zu reisen. Es ist nicht ein einziger Mensch im Lande, anders als mit eigenem Fuhrwerk nach Labischin zu kommen. Infolgedessen ist es, da es von allen Eisenbahnen abgeschnitten ist, so in seiner Bevölkerung zurückgegangen, daß es jetzt kaum mehr zu verantworten ist, dort die Wahl noch abzuhalten. Die Stadt Jnowazlaw stellt hundert Wahlmänner, das Städtchen Labischin 9, und diese Hundert müssen hinfahren nach einem Ort, wohin sie per Bahn nicht kommen können. Es kommen im ganzen 600 Wahlmänner zusammen, und diese mit 200 bis 300 Fuhrwerken sind kaum anzubringen in dem Städtchen.“

Das würde aber alles noch gehen, und ich würde verzichtet haben, die Sache hier zur Sprache zu bringen, wenn nicht noch ein zweites drohte. Wir hatten bis vor ca. 20 Jahren die Wahl in der evangelischen Kirche in Labischin vorgenommen; die wurde uns entzogen, und wir sind von dort übergeholt in die Synagoge, und haben die Wahl bis jetzt in der Synagoge abgehalten. Wenn ich nun aber richtig berichtet bin, soll uns auch die Synagoge entzogen werden, wollen auch die Juden nicht mehr leiden, daß wir dort die Wahl abhalten. Dann ist in ganz Labischin kein Lokal mehr zu finden, wo wir überhaupt zusammenkommen können. Jnowazlaw hat dagegen fünf Bahnen und liegt

zwischen den beiden andern Kreisen Strelitz und Schubin in der Mitte; es würde also der gegebene Wahlort auch sehr sein. Es ist eine Stadt von 25 000 Einwohnern und darüber, und es würde sich dort alles Notwendige finden lassen; es wäre also vollständig, glaube ich, angezeigt, wenn der Wahlort nach Inowrazlaw verlegt würde."

Der Minister antwortete sofort, daß die Verhältnisse geprüft werden würden, daß aber eine Änderung dem Minister nicht zuzusagen, da die Wahlorte durch Gesetz festgelegt sind. Erst später könnte eine Änderung an der Hand einer Gesetzesnovelle herbeigeführt werden.

Gleiche Verhältnisse wie im Wahlkreis des Herrn Seer herrschen aber in außerordentlich zahlreichen andern Wahlkreisen. Als Beispiel diene nur der vor den Thoren Berlins liegende Wahlkreis Teltow-Weesow-Storkow. Hier müssen sich, falls eine Änderung nicht eintritt, die mehr als 2000 Wahlmänner im Städtchen Köpenick versammeln, das 20 924 Einwohner zählt, während im Kreise die Städte Charlottenburg mit 189 200, Schönberg und Rixdorf mit je fast 100 000 Einwohnern (Volkszählung von 1900) liegen. Köpenick selbst enthält höchstens 80 Wahlmänner.

Hoffentlich machen noch mehr Abgeordnete den Herrn Minister auf die unhaltbaren Zustände in ihren Kreisen aufmerksam. Das Gesetz, auf welches sich Herr v. Hammerstein berief, ist das Gesetz betreffend Feststellung der Wahlbezirke. Eine vorläufige Änderung desselben könnte wenigstens die schwersten Mängel bei der Wahl der Abgeordneten beseitigen. Die Schwierigkeiten bei der Urwahl können freilich auch hiermit nicht beseitigt werden. —

Ein Seitenstück zum Fall Kaufmann

hat sich in Elmshorn abgespielt. Es wird uns von dort geschrieben: Im August v. J. mußte eine Ersatzwahl für einen in Stankus geratenen Abgeordneten stattfinden. Aufgestellt und fast einstimmig gewählt wurde der Kaufmann und Stadtrat Carlens. Dieser zählt sich zur freisinnigen Volkspartei und ist auch bei der letzten Landtagswahl deren Kandidat gewesen. Die Kandidatur entbehrte jedoch jeder politischen Färbung, denn der Freisinn hier denkt nicht an Opposition. Anders scheint aber die Regierung die Sache anzusehen. Die Wahl wurde zunächst aus formalen Gründen, über die sich mindestens sehr streiten läßt, für ungültig erklärt. Carlens sollte nun von neuem gewählt werden. Jetzt aber erklärte der Bürgermeister von Elmshorn in der Präsentationskommission, er sei von dem Regierungspräsidenten, dem Oberpräsidenten und von dem Minister genannt worden, Carlens abermals zu präsentieren, da die Nichtbestätigung außer Frage stehe. Dabei mußte der Bürgermeister sich gleichzeitig anerkennend über den also Jurisdiktion ausprechen. Der Bürgermeister gab Carlens anheim, auf seine Kandidatur zu verzichten, was derselbe entschieden ablehnte. Was hat nun aber der wadere Freisinn? Die Präsentationskommission sah von einer abermaligen Aufstellung Carlens ab und präsentierte einen andern Herrn.

Die Regierung, die insgeheim die Kandidatur eines Mannes, weil er freisinnig ist, bekämpft, und der Freisinn, der vor dem Regierungswillen sofort zusammenbricht, sind einander würdig! —

Zwischen Bündlern und Konservativen gehen die kleinen Hältelein noch fort. Abg. Graf v. Koon hat den Austritt aus dem Bunde erklärt, weil der Bundeshauptling v. Wangenheim im Circus Busch das Dezember-Kundschreiben gegen die konservativen Norddecker ausdrücklich aufrecht gehalten habe. Die „Deutsche Tageszeitung“ sucht den Austritt v. Koons als auf Mißverständnissen beruhend zu deuten und bemüht sich gegen sonstige Gewohnheit möglicher Sanftmut; zu viel Nachfolge im Austritt aus dem Bunde wäre ihr doch nicht angenehm. —

Der liebe Gott und die Brotverwertung. In Kurhessen agitiert gegenwärtig einer jener Wanderredner des Bundes der Landwirte, über deren eigenartigen Einstudierung und schlechte wirtschaftliche Lage wir unlängst einige Aufklärung gegeben haben. Dieser Herr versicherte in einem Dorfe — wie wir der „Hilfe“ entnehmen — die Forderungen würden das Brot nicht teurer machen, „so wahr ein Gott im Himmel lebt“.

Herr Risse ist offenbar — Atheist! — „Kruppstraße“. Vor mehreren Wochen unterbreitete die Verwaltung der Stadt Köln der Stadtverordneten-Versammlung einen Antrag: die bisherige Kirchhoffstraße in Köln-Ehrenfeld in Kruppstraße umzubenennen. Der Antrag veranlaßt offenbar eine Mischung von Hygänismus und Socialistenhaft seinen Ursprung. In der damaligen Sitzung wurde der Antrag nicht verhandelt, weil er am Ende einer langen Tagesordnung stand. Er blieb mit andern Gegenständen unerledigt. Während nun die andern Sachen in den folgenden Sitzungen erledigt wurden, hörte man von der „Kruppstraße“ nichts mehr. Am Montag aber erschien endlich auf der für die nächste Stadtverordneten-Sitzung bekanntgegebenen Tagesordnung wieder die Umbenennung der Kirchhoffstraße. Die Verwaltung schlägt aber nicht mehr den Namen Kruppstraße, sondern den Namen Weinsbergstraße vor. Weinsberg ist ein Geschichtsschreiber, der sich um die Kölner Chronik verdient gemacht hat. Die Kölner Stadtverwaltung, an deren Spitze der streng governementale Oberbürgermeister Becker, der Vizepräsident des Herrenhauses, steht, scheint also auch amtlich zu der Ueberzeugung gekommen zu sein, daß sich mit dem Fall Krupp nichts mehr machen lasse. —

Wie in Berlin — so in Leipzig. Aus Leipzig wird telegraphisch gemeldet: Der Schriftstellerin Elsa Arsenijeff, die in der literarischen Abteilung der Leipziger freien Studentenschaft einen Vortrag über das Thema: „Die moderne Frau und Schriftstellerin“ zu halten gedachte, wurde von der Leipziger Universitätsbehörde die Abhaltung dieses Vortrages untersagt. Die Behörde stellte sich auf den Standpunkt, das Rektorat der Berliner Universität habe jüngst in einem ähnlichen Fall in absehnendem Sinne beschloffen, und das sei für Leipzig maßgebend. Dieses Verbot sowie seine Beweggründe erregen in akademischen Kreisen großes Aufsehen.

Es giebt keinen Unfuss und keine Rückständigkeit an einer deutschen Universität, die sich nicht sofort epidemisch überalhin verbreitet. —

Paul Heyse über die Berliner Censur. In einem Telegramm spricht Paul Heyse sein Bedauern aus, daß zwei Minister eines sich christlich nennenden Staates die Aufführung eines Dramas untersagten, in dem die sittliche Nacht des Christentums den höchsten Triumph feiere, und daß Richter in Berlin die widersinnige Verfügung bestätigten.

Die Censur und ihre Handhabung ist eben auch nur eine Erscheinung der Reaktion, die man nicht durch entrüstete Telegramme und vornehmliche Wei-Stein-Stein befehlt. —

Eine landwirtschaftliche Hypothekensatzung soll im Statistischen Amt demnächst gelegentlich einer Konferenz amtlicher Statistiker des Reiches und der Bundesstaaten erörtert werden. —

„Den Geldbeutel recht weit aufhauen!“

Die „Kölnische Zeitung“ berichtet: In der aus allen Teilen Deutschlands stark besuchten Sitzung des Centralvorstandes der nationalliberalen Partei am 1. Februar in Berlin wurde die dringende Aufforderung ausgesprochen, in die Wahlbewegung sofort einzutreten. Dabei wurde sehr ernste Klage geführt über die schlimmen Geldverhältnisse der Parteileitung in Berlin wie in den einzelnen Provinzen. Die nationalliberale Partei zählt unter ihren Mitgliedern entschieden die zahlungskraftigsten, aber leider auch die zahlungsunfähigsten und rückständigsten. Wie anders sieht es in den andern Parteien, vor allen in der socialdemokratischen, aus, in der mit bewundernswerter Opferwilligkeit jeder Arbeiter sein Scherlein zu den Partei-

zwecken beisteuert. Es ist ja zu begreifen, daß an die Mitglieder der nationalliberalen Partei unermesslich viele sonstige Anforderungen zu betragen aller Art gestellt werden, aber hier handelt es sich doch um die wichtigsten Interessen. . . . Daher nicht schöne Worte machen, sondern aus dem Geldbeutel recht weit aufhauen, wenn nun für die kommenden wichtigen Wahlen die Sammlungen erfolgen.“ —

Politik im Reichsthal. Ein bairischer Landbürgermeister teilt unter Nennung seines Namens der „Bayerischen Landeszeitung“, dem Organ des bayerischen Bauernbundes folgendes Ergebnis mit: Kürzlich begab ich mich in die Würzburger Augustinerkirche, um zu beten. Als ich zu Ende war, fragte mich der Vater, welche Zeitung ich lese. Als ich ihm erwiderte: „Ich lese verschiedene, die ich schon in meiner Stellung (als Bürgermeister) lesen muß“, fragte mich der Priester, ob ich auch die „Landeszeitung“ lese. Als ich ihm dies bejahete, meinte er, ich solle ihm versprechen, das Blatt aufzugeben, sonst könne er mich nicht absolvieren.

Der gutgläubige Mann fügt dieser Mitteilung hinzu: „Wenn ich als katholischer Christ meinen kirchlichen Obliegenheiten nachkomme, will ich nicht zu ungehörigen Verbindlichkeiten gedrängt werden, die wider den gesunden Menschenverstand, mein staatsbürgerliches Recht und meine persönliche Freiheit gehen. Ich habe, so oft mir bisher über derartige Vorkommnisse im Reichsthal berichtet wurde, Zweifel an der richtigen Auffassung der Beschwärzfürher gehegt, nun habe ich das Un glaubliche an mir selbst erfahren, und ich muß gestehen, daß es mich empört hat.“ —

Kasernen-Klopffleiser. Aus Baden berichtet man uns: Der seiner Zeit auch vom „Vorwärts“ mitgeteilte Fall einer rohen nächtlichen Mißhandlung eines Rekruten vom badiischen Dragonerregiment Nr. 21 zu Bruchsal durch sogenannt- alte Mannschaften fand am Montag vor dem Militärgericht seine gerichtliche Sühne. Die von der socialdemokratischen Presse des Landes mitgeteilten Einzelheiten des Vorganges, wonach der nächtlichen Weile im Bett Ueberfallene demnach zugerichtet wurde, daß ihm das rechte Auge herausgenommen werden mußte, wurden durch die Verhandlung in allen Punkten bestätigt. Das Gericht erkannte dem auch auf exemplarische Strafen, indem es die beiden Hauptangeklagten zu einem Jahr 5 Monaten bzw. einem Jahr Gefängnis verurteilte. Der Mißhandelte ist der aus Reusstadt (Pfalz) gebürtige Elektrotechniker Leib. —

Ein Edelstein.

In Burgarrnbach, einem kleinen, in Mittelfranken belegenen Dorfe, unweit von Fürtz, hat ein Graf Büdler sein Schloss stehen. Zur Sanierung seiner finanziellen Schwierigkeiten etablierte er eine „Spartkasse“ für unwohnende Bauern, Handwerkermeister und sonstige von ihrem Geldüberfluß geplagte Leute. Um diese an sich heranzuziehen, verzinst er die eingesparten Kapitalien mit 4 1/2 Proz., während Banken und städtische Spartassen der Umgegend nur 3 Proz. zahlen. Es fanden sich auch genug, welche sich es zur Errechnung, ihre Ersparnisse dem Herrn Grafen auszubändigen, so daß auf diese Weise 1 1/2 Millionen, davon 1/2 Million allein aus der nächsten Umgebung von Burgarrnbach „aufs Schloss getragen“ wurden. Bald wurden jedoch Gerüchte laut und immer lauter, daß der Burgarrnbacher Graf in Zahlungsschwierigkeiten geraten sei; worauf zuerst mit Klagedrohungen geantwortet wurde, welchen dann Verstärkungen auf einen glücklichen Ausgange folgten. Es wurde den Gläubigern versprochen, daß mit Hilfe eines Bruders des Grafen alle Kapitalien zurückbezahlt werden. Die Verbindungen im gräflichen Hause sind nun beendet und das Resultat ist, daß die Gläubiger nun bestimmt wissen, daß rettungslos alles verloren ist. Die Verhandlung scheiterte daran, weil der Bruder des Burgarrnbacher Grafen eine bürgerliche Dame zur Frau hat. Der Bruder verlangte nämlich das Zugeständnis der Erbverzichtung. Darauf ging der Burgarrnbacher Graf wegen seiner unebenbürtigen Schwägerin nicht ein. Das hätte sein standesbewußtes Gewissen schwerer belastet, als wenn durch ihn eine große Anzahl Vertrauensflüchtler um Hab und Gut gebracht werden. Den Gläubigern wird nichts andres übrig bleiben, als sich mit einer Abfertigung von 3 Proz. ihres Guthabens zu begnügen. Die Besitzung des Grafen ist ein Fideikommiss und wird ihm durch standesererbliche Vorrechte gesichert. Er wird also auch in Zukunft noch anständig zu leben haben, wenn ihm die „Bürgerlichen“ auch nichts mehr pumpen sollten; aber eine Reihe seiner Leute ist an den Bettelstab gebracht. So hat ein Oekonom, der vor Jahren sein Anwesen verkaufte, den ganzen Erlös dafür der gräflichen Kasse anvertraut. Ein gebildeter Schulmachermeister übergab dem Grafen den ganzen Ausstattung, den er für sein Häuslein erhielt. Die anschließende Erbschaft, welche vor Jahren ein Maschinengehilfe machte, glaubte dieser nicht treuer verwaltet als „dem Grafen“. Und so fort. Jetzt ist alles verloren, alles. Und das spielt sich alles unter den Augen des Gesetzes ab. Ja, wenn es sich um einen Handwerksburschen handeln würde, der sich ein Stück Brot bettelt. Aber hier sieht die Ortsbehörde und der Staatsanwalt mit verschränkten Armen zu. Die Gemeinde bekommt eine Anzahl Armenhäuser zu ernähren und dem Grafen wird kein Haar gekrümmt.

Ueber diese ungeheuerliche Affaire berichtet unser Münchener Bruderorgan noch:

Seit mehreren Tagen patrouillieren nachts Gendarmen in Burgarrnbach. Wahrscheinlich fürchtet man, das erregte Publikum werde die Herren Grafen in volkstümlicher Art an ihre Zahlungspflicht erinnern. Diese Befürchtung ist schon deshalb grundlos, weil die Gläubiger Derer von Büdler immer noch hoffen, zu ihrem Gelde zu kommen. Die Leute sind mit der Rechtslage ganz unbekannt. Die Verluste sind sehr groß, einzelne Fälle, die bekannt werden, müssen jeden ehrlichen Menschen, der nicht zur Aristokratie zählt, empören. Ein Gastwirt in S. hat den Herrn Grafen sein ganzes Vermögen im Betrage von 48 000 Mark anvertraut, er ist jetzt ein ruiniertes Mann. Schlechte Geschäfte machte der Hopsenhändler H. Er wurde von der gräflichen Verwaltung veranlaßt, den Hopsenhändler H., dem die Brauerei 80 000 Mark schuldet, auszulösen und zu diesem Zwecke 90 000 M. vorzutreten. Die 90 000 M. wurden von H. einbezahlt, aber H. wurde nicht ausgelöst. Eine Totengräbers-Witwe in Rürth wachte für ihren Lebensunterhalt nicht besser zu sorgen, als daß sie ihr kleines Kapital im Betrage von 8000 M. der gräflichen Kasse in Burgarrnbach aufzubeden gab. Von der Vertrauensduffel des Publikums liefert nachstehender Vorfall ein Beispiel: Die Zahlungsunfähigkeit der Grafen war schon allgemein bekannt, als eine arme Witwe in Burgarrnbach absolut ihre Ersparnisse auf die gräfliche Kasse bringen wollte, „da so was (Zahlungsunfähigkeit) bei einem Grafen gar nicht vorkommen könne“. Den energischen Vorstellungen des Bürgermeisters hat es die Frau zu verdanken, daß sie ihr Geld nicht verloren hat.

Wahlvorbereitungen.

Oberschlesien und die kommenden Reichstagswahlen. Nirgends im Deutschen Reiche wird sich bei den kommenden Reichstagswahlen eine so große Verschiebung der Parteien und ein so scharfer Bruch mit den bisherigen Gewohnheiten der Agitation vollziehen, als in den elf schieferen Centrumsdomänen Oberschlesiens. Seit Mitte der sechziger Jahre besitz die schwarze Partei diese Kreise und hat sie immer ohne Stichwahlen, ohne nennenswerte Gegnerschaft behauptet. Wo wirklich einmal Stichwahlen stattfanden, kämpften zwei Centrumsbewerber um das Mandat, die konservativen und freisinnigen Stimmen konnten den liberalen Verfassung nicht bedrohen.

Die Socialdemokratie erreichte erst 1898 in drei Wahlkreisen nennenswerte Stimmenzahlen in Ratibitz 9800, in Beuthen 7900, in Gleiwitz 2900.

Jetzt aber ist dem Centrum in sieben Wahlkreisen neben der Socialdemokratie ein gefährlicher Gegner in den Nationalpolen erstanden. So lange diese Partei keine Kandidatur nominiert hatte,

war man berechtigt, Zweifel an dem selbständigen Vorgehen der Partei zu hegen. Jetzt sind die Kandidaten aufgestellt, der Kampf im schwarzen Lager ist zur Thatfache geworden. Die heftigsten Kämpfe sind in Beuthen-Zarnowitz zu erwarten, wo der Centrums-Abgeordnete Letocha im Jahre 1898 mit 24 664 gegen 7955 socialdemokratische Stimmen siegte. Hier stellen die Nationalpolen den Arzt Dr. Stedlich auf, von unserer Seite kandidiert Arbeitersekretär Dr. Winter. Um den Ruf zum abzuwehren, hat sich das Centrum entschlossen, diesen Kreis dem beliebten Mäßigkeits-Apostel Pfarrer Kapiha abzutreten, in dessen Person man ein Gegengewicht gegenüber dem einflussreichen socialdemokratischen Arbeitersekretär und auch gegenüber dem Nationalpotentium gefunden zu haben glaubt. Noch schärfere verfährt die fromme Partei im Nachbarkreise Ratibitz-Zabrze, wo sie den schlichten Mann aus der Werkstatt, den Bergmann Teofil Krolit unsern Genossen Morawski und dem nationalpolitischen Redakteur Korfant entgegengesetzt. Krolit ist zweiter Vorsitzender des christlichen Arbeitervereins; der bisherige Inhaber des Mandats, Letocha, der 1898 noch mit 20 263 gegen 9829 socialdemokratischen Stimmen siegte, dankt ebenso ab wie Stephan in Beuthen. Den Herrn von dem Kampf zu breuzlich vor, doch der schlichte Mann soll jetzt dem Centrum die Kräfte aus dem Feuer holen, er ist die letzte Instanz der stolzen liberalen Partei. Auch Vallerstrens Reichstagskandidat dürfte hart umkämpft werden, dem Mehrheits-Präsidenten kündigen die Polen in der „Gazeta Opolska“ mit besonderer Schärfe den Kampf an. Vallerstrens radikal-polnischer Gegenkandidat ist der bekannte ehemalige „Kositz“-Redakteur Stenimowski, der erst vor kurzem zu den Polen übergewandte. 1898 siegte Vallerstren mit 14 000 über 2998 Stimmen.

Schlichte Männer vom Felde haben sich die Nationalpolen in den Kreisen Kofel-Groß-Strehlig und Rosenburg-Kreuzburg geholt, nämlich den Bauer Hanslik und den Bauer Kosa. Diese beiden sind bestimmt, dem Centrums-Abgeordneten Głowach und den einzigen konservativen Abgeordneten Oberschlesiens, den Fürsten zu Hohenlohe-Dehringen, aus den Angeln zu heben. Außerdem befehlt die Polen den Kreis Ratibitz mit dem Arzt Kofiel (bisheriger Vertreter Pfarrer Franz) und den Kreis Pleß-Abthul mit dem Redakteur Stowalehl (bisheriger Vertreter Falk). Vershont bleibt das Centrum von der polnischen Konkurrenz anscheinend in den Kreisen der Abgeordneten Czuma, Streda und in drei deutschen Kreisen.

In einem derselben, dem ländlichen Leobschütz, macht jedoch der Bund der Landwirte Jagd auf das Mandat: auch eine neue Erziehung in unserm Revier.

Alles in allem: Das Centrum in Oberschlesien hat furchtbare Wahlschmerzen und jeder Politiker kann neugierig sein auf den Ausgang der merkwürdigen, bisher unbekanntem Kämpfe in diesem Landesteil. —

Die Socialdemokraten in Sachsen. Die Genossen in Sachsen haben zeitig in die Agitation eingeseht. Genosse Adolf Hoffmann sprach auf einer Agitationstour in Burgen, Colditz, Gaitzhan, Reitz, Leipzig und Plagwitz in überfüllten Sälen über das Thema: „Wohin führen wir?“ Bei den Versammlungen, die überall musterhaft verliefen, ist bemerkenswert, daß Genosse Hoffmann zehn Jahre in Leipzig und Umgegend nicht hat sprechen dürfen. Im Jahre 1893 wurde ihm, nachdem er in einer Versammlung in Leipzig gesprochen hatte, alles weitere Reden in Leipzig und Umgegend einfach auf Grund des sächsischen Vereinsverbots (S. 5) verboten. Als der Einberufer sich nach den Gründen erkundigte, wurde ihm geantwortet, er ist uns zu gefährlich.“

Die Begeisterung, die allenthalben unter den Genossen herrscht, berechtigt uns zu den schönsten Hoffnungen, besonders in dem 14. sächsischen Wahlkreis und in Leipzig-Stadt. —

Aus Leipzig meldet das „Lassan“-Bureau: Es wird berichtet, daß in Leipzig-Stadt die Liberalen, die Nationalpolen und die Socialreformer im Bunde mit dem Leipziger Mieterverein einen gemeinsamen Kandidaten aufstellen werden, und zwar wahrscheinlich den Generaldirektor der Schultzeiß-Brauerei Richard Bölsche-Deffau. Die übrigen Ordnungsparteien stellen den nationalliberalen Abgeordneten Professor Haffse von neuem auf.

Der socialdemokratische Kandidat in Leipzig-Stadt ist unser Genosse Motteler. —

Das Wahlkartell im Kreise Naumburg-Zeit-Weiskensfeld. Ueber die Kartellwahlen in dem Wahlkreise unfers Genossen Thiele erzählt die „National-Zeitung“ allerlei heitere Subtilitäten. Danach war thatsächlich beabsichtigt, alle bürgerlichen Parteien, von den Agrariern bis zu den Volksparteien, gegen die Socialdemokraten zusammenzuschmelzen. Der gemeinsame Erwählte dieser einen reaktionären Masse war der frühere Kandidat, der nationalliberale Rittergutsbesitzer Dippe. Da aber die Agrarier diesen Mann nicht wollten, so wurde mittels einer Ueberrumpelung ein zweiter nationalliberaler Kandidat, General Oberg, aufgestellt, für den auch die Agrarier stimmen wollten. Einstweilen kämpft nun noch die Partei Dippe mit der Partei Oberg um die Auffstellung einer Kandidatur, für die die 7 1/2 Mark-Zöllner Hand in Hand mit den Volksparteilern gehen wollen. Solche Ausbeulung-Kandidaturen scheinen das Charakteristikum der nächsten Wahlen werden zu wollen. Das Kartell aller bürgerlichen Parteien nach sächsischem Vorbild wird erstrebt. So sieht die liberale Fortentwicklung der Bourgeoisie aus. Das gemeinsame Klasseninteresse löst alle Unterfiede aus! —

Ausland.

Frieden mit Venezuela?

Ein „Lassan“-Telegramm meldet aus Washington: Die Regelung der Venezuela-Frage ist dem Vernehmen nach gestern abend zu stande gekommen. Bowen willigte ein, Deutschlands Forderung einer sofortigen Barzahlung von 340 000 Dollar anzuerkennen. Deutschland seinerseits giebt die beschlagene venezolanische Schiffe an Venezuela zurück, für die zwei zum Sinken gebrachten venezolanischen Schiffe verlangt Venezuela keine Entschädigung. Das italienische Protokoll wird heute hier aufgestellt werden. Bowen empfielt die Ausdehnung des Rechtes der meistbegünstigten Nation auf Italien. Dem Vernehmen nach wird Bowen auch bei der Verhandlung vor dem Haager Schiedsgericht als Vertreter Venezuelas fungieren.

Da England sich mit der sofortigen Zahlung von 27 500 Dollar zufrieden gegeben hat, bleibt die Befähigung der 340 000 Dollar zahlte, so wären damit wahrscheinlich noch nicht einmal die deutschen Exekutionskosten gedeckt!

Ein Volkliches Telegramm meldet: England und Italien sind befragt worden, ob sie gegen eine Erhöhung der Barzahlungen an Deutschland auf mehr als 5500 Pfd. Sterl. Einspruch erheben würden für den Fall, daß die deutsche Regierung darauf bestehen sollte. Die Vorkämpfer Englands und Italiens haben ihren Regierungen darüber telegraphisch berichtet. Man erwartet von keiner Seite einen Protest. Der deutsche Geschäftsträger bemüht sich in jeder Weise, eine baldige Einigung zu erzielen. Die Antwort Deutschlands auf Bowens Erträgen, bei der Aufhebung der

Flotade die von den deutschen Kriegsschiffen beschlagnahmten venezolanischen Schiffe auszuhändigen, wie dies in dem englischen und italienischen Protokoll vorgesehen ist, ist bisher nicht überreicht worden. Soweit weißt darauf hin, daß die Schiffe keine Kriegsschiffe, sondern Zollkutter seien, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung erforderlich seien. —

Schweiz.

Das Amnestiegesetz.

Genf, den 9. Februar. (Eig. Ber.) Der Große Rat nahm in zwei Sitzungen Stellung zum Amnestiegesetz für Bertoni, Steinogger und Croisier, die sogenannten Führer des Generalstreiks. Während die beiden letzteren bedingte Verurteilung erhielten, also nur im Falle einer erneuten Strafe innerhalb fünf Jahren in Haft genommen werden, sitzt der ohnehin schon krankliche Bertoni seine acht Monate gegenwärtig ab und war namentlich dieserhalb die Petitionsbewegung ausgegangen. Gegen 5000 Unterschriften sind im Kantone gesammelt. Die Petitionskommission erstattete drei verschiedene Berichte und Resolutionen. V. Fort (konservativ) tritt für Übergang zur Tagesordnung ein. Für die Radikalen sprach G. A. Z., welcher Begnadigung, nicht Amnestie wünscht.

Genosse Taponnier betont namens der Sozialisten die Notwendigkeit sofortiger Amnestie. Falls sich die Mehrzahl dazu nicht entschließen könne, möge man die Petition dem Conseil d'Etat empfehlen überweisen, zumal zweifellos die Mehrzahl aller Kantonsanführer die Amnestie wolle.

Am Sonntagabend hatten unsere Genossen Gelegenheit, mit ihren Gegnern abzurechnen. Châtelaine, Dr. Whj und Taponnier betonten, daß sie wohl Gegner der Anarchisten seien, hier komme aber nur Menschlichkeit und Gerechtigkeit in Frage und da könne man die Securitätsmaßnahme wohl wegen Veranlassung eines verbotenen Umzuges in Polizeistrafen nehmen, nicht aber wegen derartiger Strafen am Plage.

Unsere Resolution wurde schließlich mit 81 gegen 9 Stimmen verworfen, nur zwei Bürgerliche stimmten dafür. Damit ist die Petition als gescheitert zu betrachten. Das von Tessiner Bürgern eingereichte Begnadigungsgesetz für Bertoni kam hinterher zur Abstimmung und wurde mit 45 Stimmen für, 45 gegen durch den Willen des Präsidenten für die Begnadigungskommission gerettet, welche letztere aber erst Anfang März tagt.

Den Anarchisten hat man also erneuten Agitationsstoff geliefert, der Staat aber ist wieder einmal von den bürgerlichen Parteien gerettet. —

Belgien.

Der Prozeß Rubino.

Der Telegraph hat bereits gemeldet, daß der Anarchist und Polizeispiegel Rubino vom Brabantischen Schwurgericht zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt wurde. Er hatte die Absicht, den König der Belgier zu töten, eingestanden. Der Advokat Kohler, sein Verteidiger, hielt zu seinen Gunsten eine sehr geschickte und eindringliche Rede. Er erklärte die That Rubinos in erster Linie als eine Folge der Misere, in die Rubino gekommen. Er geißelte aber auch das Verhalten des Ritter Prina, des italienischen Polizeikommissars in London, der dem Rubino in 6 Monaten 1000 Fr. gegeben habe, um ihm Mittelungen über die Anarchisten zu machen. Mit dem Gelde der italienischen Regierung habe Prina sogar eine anarchische Druckerei eingerichtet und so für die anarchischen Ideen Propaganda gemacht. Prina sei dann der Ladung des Gerichtshofes nicht gefolgt, er fühle wohl, daß er der eigentliche Schuldige sei. Die Anarchisten handelten nach dem unglückseligen Grundgesetz: der Zweck heiligt das Mittel, ein Grundgesetz, dem ja auch die Jesuiten folgten. Nach Replik und Duplik des Staatsanwalts und Verteidigers erklärt Rubino, daß er den Ausführungen seines Verteidigers nichts mehr hinzuzufügen habe. Nach einer Stunde Beratung lehnen die Geschwornen wieder; der Vorsitzende verliest das Delikt, wonach die Geschwornen sämtliche Schuldfragen bejaht haben. Darauf folgt die Verurteilung, und Rubino wird abgeführt. —

Spanien.

Zur Auswanderungsbewegung.

Der Zustand der Eisenbahn-Arbeiter dauert fort. In Cadix ist die Lage unverändert; zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Markthallen sind verödet. Es beginnt an Lebensmitteln, besonders Brot und Fleisch zu mangeln. In Coruña haben sämtliche Arbeiter den Generalstreik beschlossen. Die Behörden treffen bereits ihre Maßnahmen. In Barcelona ist es zwar ruhig, doch herrscht unter der Bevölkerung große Mißstimmung infolge mangels an Arbeit. Die Polizei sucht eifrig nach den Urhebern des Generalstreikes, von denen man glaubt, daß sie die Stadt verlassen haben. —

England.

Die parlamentarische Arbeiterpartei, die von Sozialisten und fortgeschrittenen Gewerkschaften seit langem angestrebt wird, würde eine sichere Grundlage erhalten, wenn die demnächst stattfindende Konferenz des Arbeitervertreter-Komitees die folgende, von der Gewerkschaft der Elektriker gestellte Resolution annähme:

„Das Labour Representation Committee darf nur solche Kandidaten unterstützen, welche, wenn gewählt, die Gründung einer Arbeiterpartei, die auf dem Boden des Klassenkampfes steht und die Sozialisierung der Produktions-, Distributions- und Verkehrsmittel anstrebt, mit herbeizuführen bereit sind. Diese Partei hat vollkommen unabhängig von allen anderen politischen Parteien zu arbeiten.“ —

Afrika.

Intervention der Mächte in Marokko? Die Mächte haben nach einem Telegramm des „Morning Leader“ aus Tanger erklärt, daß der in Marokko herrschende Zustand der Anarchie ihren Interessen insgesamt nachteilig ist, und Verhandlungen über die Notwendigkeit einer Einmischung in die marokkanischen Wirren eröffnet. Die verläutelt, ist zwischen Großbritannien und Frankreich bereits ein Einverständnis zu Stande gekommen. —

Die geschiedene Kronprinzessin.

Die nun geschiedene Kronprinzessin von Sachsen hat in der Nebenbuhlerin La Metairie die Mitteilung des Scheidungsurteils mit völliger Ruhe aufgenommen. Die Kronprinzessin hat von vornherein die Ehescheidung gefordert, und das Urteil des Dresdener Gerichtshofes entspricht ihren Wünschen ebenso sehr wie es den fünf hoch und heilig beteuerten Ueberzeugungen des katholischen Hofes in Dresden nicht entspricht. Die völlige Ehescheidung der Ehe ist im Widerspruch zu den katholischen Lehren; wenn Fürstinnen Ehen in Frage stehen, dann scheint die katholische Kirche seitliche Rücksicht zu üben.

Ueber die Ordnung der materiellen Verhältnisse der geschiedenen Frau sowie über die Zukunft des zu erwartenden Kindes ist noch nichts bestimmt.

Tagebuchblätter.

Eine Dame des österreichischen Hochadels, die in früheren Jahren dem toscanischen Hofstaate angehörte, gab dem Vertreter eines französischen Blattes Aufklärungen über die Kronprinzessin. „Prinzessin Luise“, sagte sie, „ist von ihrer frühesten Jugend an eine überaus schwärmerische und poetische Natur gewesen. Ueber ein schönes Gedicht, über ein zu Herzen gehendes Sonett konnte sie Thränen vergießen. Sie dichtete und komponierte, um herr Ueberschall ihrer Gefühle Luft zu machen, und wurde von brennender Sehnsucht nach Liebe und Verständnis verzehrt. Weder die trübe Stimmung des mediterranean toscanischen Hofes noch die trostlose Grandezza des sächsischen Ceremoniells vermochten das glühende Verlangen ihres

Herzens zu befriedigen. Nur wer in das Tagebuch dieser unglücklichen Fürstentochter, dem sie seit Jahren die geheimsten Mythen ihrer lebenden Seele anvertraute, Einblick gehabt, vermag die Rätsel ihrer Ehe und ihrer Fehlritte zu verstehen. Glauben Sie mir, kein Gerichtshof, dem man dieses Tagebuch vorlegen würde, könnte die Prinzessin verurteilen, selbst wenn er aus den strengsten und unerbittlichsten Hältern der öffentlichen Moral bestünde. Er würde sagen: Sie hat geirrt, aber kein irdischer Richter vermag sie zu verurteilen. Ich habe in ihrem Tagebuch zu blättern Gelegenheit gehabt und war so tief ergriffen, daß mir manche Stelle im Gedächtnis haften geblieben ist. In einem Tage schreibt sie: „Meine gute Mama sagt mir: Kind, Du mußt glücklich sein! Wir haben eine Krone verloren, und Du hast eine schönere Krone gewonnen. Da sich ich der Mama weinend um den Hals und erwiderte: „Nein, glücklich bin ich nicht. Ich habe Liebe gesucht und nur den Zwang der Etikette gefunden. Mein Herz ist leer und vereinsamt geblieben.“ In einer anderen Stelle heißt es ungefähr: „Sieht so der heilige Bund der Ehe aus? Ist sie wirklich nichts als der Ehekontrakt, der dem Manne das Recht auf Leben und Tod giebt und ihn von dem Augenblick an, wo er den Vertrag in der Tasche hat, aller Herzenspflichten entbindet? Die Enttäuschung ist eine furchtbare.“ Und an einer anderen Tagebuchstelle schreibt die Prinzessin: „Keinen größeren Schmerz giebt es auf Erden, als von denen mißverstanden zu werden, welchen man sich ganz anhängt, als sich ungeliebt zu fühlen, wo allein man auf wahre Liebe zu hoffen noch ein Recht hat.“

Partei-Nachrichten.

Aus den Organisationen. Der sozialdemokratische Verein für den zweiten hamburgischen Wahlkreis zählte am Jahresabschluss 3749 Mitglieder gegen 3589 am Schlusse des Jahres 1901. Eine Statistik über das Alter der Mitglieder zeigt, daß nach zehnjährigen Abschnitten, die Gruppe 30—40 Jahre weitaus am stärksten ist, ihr gehört ein reichliches Drittel aller Mitglieder an; während unter 30 Jahren nur 1000 Mitglieder stehen, sind alle übrigen über 30 Jahre alt. Die Einnahmen betragen einschließlich eines Kassenschatzes von 1548 M. rund 18 600 M., die Ausgaben 16 500 M., darunter 7000 M. an die Hauptkasse. Unter den Ausgaben befinden sich auch 1000 M. für Protokolle, die unentgeltlich abgegeben wurden.

Die Mitgliederzahl des sozialdemokratischen Vereins für den 23. sächsischen Reichstags-Wahlkreis hat sich von 820 im Januar 1902 auf 1117 im Dezember gehoben.

Der niederösterreichische Landesparteitag wird am 15. und 16. Februar in St. Pölten abgehalten werden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Wegen Verleumdung des Direktors der Harburger Gummi-fabrik wurde der verantwortliche Redakteur des „Harburger Volksblattes“, Genosse Niedersinger, vom Landgericht Stade zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, während der verantwortliche Redakteur des „Offenbacher Abendblattes“, Genosse Wiethe, wegen Verleumdung eines katholischen Geistlichen zu 200 M. Geldstrafe verurteilt wurde.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

5. Sitzung vom Donnerstag, den 12. Februar, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung gegen 5 1/2 Uhr.

In den Ausschuss für die Vorberatung der Vorlage wegen Errichtung eines Volksbades in der Gerichtstraße sind u. a. die Stadtv. Vorgmann und Ramlow (Soz.) gewählt.

Die Streik Klausel im Gasvertrage.

Bei der Ausschussberatung der neuen Bedingungen für die Gasentnahme aus den städtischen Werken ist der Antrag Augustin, den Arbeiterausstand nicht als höhere Gewalt zu erklären, die die Verwaltung ihrer Verpflichtungen entbindet und § 6 demgemäß zu ändern, abgelehnt worden. Dasselbe Schicksal teilte der Antrag Goldschmidt, dem § 6 hinzuzufügen:

„Der Arbeiterausstand gilt nur dann im obigen Sinne, wenn die Arbeiter der Gaswerke es verabsäumt oder abgelehnt haben, vor Ausbruch des Streiks das Einigungsamt anzurufen, bezw. wenn sie den Schiedsspruch desselben nicht anerkennen.“

Von den Stadtv. Goldschmidt und Kreiling ist der letztere Antrag wieder aufgenommen worden.

Stadtv. Koff empfiehlt als Referent die Ausschussbeschlüsse. Stadtv. Goldschmidt (R. L.): Unsere Ansicht geht dahin, das Koalitionsrecht der Gasarbeiter zu schützen. Im Ausschuss ist jedoch unser Vermittlungsvorschlag hauptsächlich deshalb abgelehnt worden, weil die Stadt sich unmöglich dem Schiedsspruch eines Einigungsamtes unterstellen könne, an dessen Spitze ein abhängiger städtischer Beamter stehe. Dabei wird aber völlig übersehen, daß die Stadt in diesem Falle nicht die hohe Obrigkeit, sondern einfach ein Betriebsunternehmer ist. Weist § 6 unverändert bestehen, so halten wir das Koalitionsrecht der Arbeiter für gefährdet. Sie können zwar nach wie vor in einen Streik eintreten, aber wenn der Magistrat seinen Gasabnehmern gegenüber nicht gebunden ist, und es auf ein paar Tage ankommen lassen kann, sind die Arbeiter von vornherein im Nachteil. Wenn andererseits aus anderen Gründen der Antrieß für den Magistrat sehr stark ist, es nicht zum äußersten kommen zu lassen, so ist um so weniger begründlich, weshalb man die Bedingungen an diesen Punkte überhaupt geändert hat. Unser Antrag verfolgt aber auch den Zweck, im Interesse beider Teile, einen Gasarbeiter-Streik zu verhüten. Nachdem die Stadt Berlin den Gasunternehmern die Streik Klausel nicht zugestanden hat, würde sie mit diesem § 6 eine Inkonsequenz begehen und ein sehr schlechtes Beispiel geben.

Stadtv. Ramlow: Die Stadt hat keineswegs abgelehnt, sich unter die Autorität des Einigungsamtes zu stellen; wir haben ja auch schon davon Gebrauch gemacht. Das hat aber mit den Verträgen zwischen der Stadt und ihren Abnehmern nichts zu thun. Eher gehörte der Antrag Goldschmidt in die Arbeitsordnung hinein. Der Antrag erreicht gar nicht den gewollten Zweck; es handelt sich um 4000 Arbeiter, deren Meinung zu erörtern wäre, die doch nicht ohne weiteres übereinstimmend sein wird. Thatsächlich wird ein solcher Streik nicht einen Abend überdauern. (Lebhafte Weisfall.)

Stadtv. Dove (R. L.): Wir stimmen durchweg für die Ausschuss-Vorschläge. Allen berechtigten Ansprüchen der Konsumenten wird die Stadt ohnehin nachkommen, aber es können auch unberechtigte auf-tauchen, wie das Amsterdamer Beispiel lehrt. Um einen Eingriff in das Koalitionsrecht handelt es sich absolut nicht, auch nicht um eine Etikettenfrage dem Einigungsamt gegenüber.

Stadtv. Wurm (Soz.): Der entscheidende Punkt ist der, daß man den Arbeitsvertrag und den Abnehmervertrag nicht miteinander vermischen soll. Aber der Vater der neuen Bedingungen hat selbst diese Vermischung vorgenommen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten); wir müssen also versuchen, von diesem Irrweg auf einen geraden Weg zurückzuführen. Bisher steht in keinem der bestehenden Lieferungsverträge eine solche Klausel. (Zuruf: Kommt noch!) Ich acceptiere diesen Zuruf, deswegen legen wir eben auf die Bünde die Hand und machen die Bürgerlichkeit aufmerksam, was eigentlich in den Verträgen steht. Es handelt sich hier gar nicht so sehr um den Gasvertrag; wir wissen ganz genau, daß die etwaigen Entschädigungszahlungen nicht das Ausschlaggebende sein können bei einem Streik. Die Kalamität, welche durch Verlegen der öffentlichen Beleuchtung für Handel und Verkehr entsteht, ist so groß, daß die Stadt sich nicht so leicht auf einen Streik einlassen

wird; aber kein fängt man an, hier bringt man es hinein, und nachher wird die Sache ausgebeutet und der städtische Arbeiter wird wehrlos gemacht; als jeder andre Kaufmann, der seine Waren verläuft. Soll ein böses Beispiel gegeben werden, indem man sich à la Stumm von Stadt wegen in das Arbeitsverhältnis mischt? Sind Sie dieser Meinung, so genieren Sie sich nicht; bisher hat der Liberalismus immer behauptet, er sei es, der das Koalitionsrecht der Arbeiter schütze. Ein Streik ist eine Nachfrage; da hat jeder der kämpfenden Faktoren, also auch der Arbeiter, für die ungeschmälerte Erhaltung seiner Kraft zu sorgen. Es geht uns nach reichlicher Ueberlegung doch zu weit, daß die Arbeiter sich dem Schiedsspruch unterwerfen sollen; falls unser Antrag fällt, werden wir für den Antrag Goldschmidt stimmen, bitten aber um getrennte Abstimmung über den letzten Passus desselben. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Rommsen (Fr. Fr.): Wir stehen durchaus auf dem Standpunkt der Wahrung des Koalitionsrechtes. Die Herren Wurm u. Gen. wollen immer, daß wir uns unterwerfen, sie wollen die Freiheit behalten; Herr Wurm will den Schlußpassus des Antrages Goldschmidt, gegen den wir auch stimmen werden, noch extra streichen. Treten wir auf die Brücke, daß wir den Arbeitern ein Recht der Einwirkung auf den Absatz der Waren einzuräumen, dann kommen wir überhaupt nicht mehr weiter. (Zwischenruf.) Ich spreche hier nicht als Vertreter der Bankdirektoren, sondern als Vertreter der Bürgerlichkeit.

Stadtv. Kreiling (R. L.): Die Aeußerung, daß man nicht wünsche, daß im Einigungsamt schließlich ein Einzelner die Entscheidung zwischen Stadt und Arbeitern fälle, ist im Ausschusse, dessen Vorsitzender ich war, sowohl vom Stadtrat Ramlow, wie auch aus der Mitte des Ausschusses gefallen. (Hört! hört!)

Stadtv. Hugo Sachs II (R. L.): Die Freiheit der Gemeinde darf nicht beeinträchtigt werden durch einen physischen Zwang. Die Koalitionsfreiheit ist keine Erfindung der Sozialdemokraten, sie war früher da als diese. Die Stadt darf nicht in eine Kasse gezwungen werden.

Stadtv. Dr. Freese (R. L.): Mit der Proklamierung der Nachfrage hat Herr Wurm der Mehrheit eine Kasse in die Hand gegeben. Wir wollen durch das Einigungsamt auch der Billigkeit ein Feld gewähren.

Stadtv. Singer (Soz.): Wir werden nach Abschaffung unfreier Antrages für den Antrag Goldschmidt stimmen, um zu beweisen, daß wir uns nicht der Herrschaft der Arbeiter wollen. Wenn wir einmal soweit sind, nicht die Herrschaft der Arbeiter, sondern die Beseitigung der jetzigen Klassenherrschaft zu erreichen, dann wollen wir weiter sprechen. (Anruhe.) Durch die Debatte ist das Kampffeld verödet worden. Befände sich die Verwaltung ganz in den Händen der Arbeiter, dann würden die Verhältnisse weit besser sein (Weiterkeit). Löhne und Behandlung der Arbeiter und die ganze Verwaltung würden besser sein, und ich glaube, sogar die schlagbare Kraft des Herrn Ramlow würde selbst unter dieser Herrschaft ihre Verwendung finden. (Weiterkeit.) Es handelt sich darum, ob die Stadt etwas verlangen kann, wenn sie als Arbeitgeber auftritt, was sie verweigert, wenn sie als Käuferin auftritt. Und da sagen wir: nein! Herr Rommsen hat sich hier offen und ehrlich als Unternehmer gezeigt, indem er die Rechte der Stadt als Unternehmer vertreten hat. Wir können hier als Vertreter der Bürgerlichkeit nicht zugeben, daß die Stadt etwas thut, was moralisch nicht zu halten ist. (Stadtv. Rommsen: Das thue ich auch nicht!) Es handelt sich hier um ein Unternehmen, dem die Abnehmer mit gebundenen Händen gegenüberstehen. Private Unternehmer würden sich hüten, solche Bedingungen anzuerkennen. Die Stadt aber hat das fast ausschließliche Monopol der Gaslieferung. Ich bin ein harmlos veranlagter Mensch (Stürmische Weiterkeit), ich traue keinem etwas Böses zu, aber der Weisfall, der laut wurde bei den Ausführungen, welche darauf ausgingen, das Recht der Verwaltung zu wahren, kommt mir sehr verdächtig vor; es scheint der erste Schritt, die Aufhebung der Streik Klausel überhaupt zu kräftigieren. Gegen diese Auffassung muß aus erster Verwahrung eingelegt werden. Der Streik ist ein wirtschaftliches Kampfmittel und gesetzlich nicht verboten, und so lange die Arbeitgeber Ausperrungen inscenieren können, um die Preise der Produkte in die Höhe zu treiben und die Produktion herabzusetzen, so lange darf der andere Seite die Abwehr nicht verweigert werden. Wenn die Unternehmer sich erst des Schutzes der Stadt sicher wissen, werden sie auch desto rigorosere gegen die Arbeiter auftreten. Wie will ich denn der Magistrat dem erneuten Ansturm der Unternehmer entgegenstellen, die nun die Streik Klausel erst recht fordern werden? Der gute Ruf des Magistrats ist in Gefahr. (Große Anruhe bei der Mehrheit.) Wir erlernen durchaus an, daß die Anrufung des Einigungsamtes vor dem Streik durchaus erwünscht ist; deshalb werden wir für den ersten Teil des Antrages stimmen, aber für den zweiten können wir nicht stimmen, weil er einseitig ist und etwas statuiert, was nicht ohne weiteres Gesetz ist, da die Unternehmer auch nicht zur Annahme des Schiedsspruches gezwungen werden können. Ich warne nochmals vor den Konsequenzen dieses ansehnend harmlosen Verlangens des § 6.

Stadtv. Cappel (R. L.): Wenn die Unternehmer anstürmen, werden wir die Sache erneut prüfen und nach den Interessen der Stadt Berlin entscheiden. Gerade wegen des Monopols müssen wir mit einem andern Maße als andre Arbeitgeber gemessen werden; das Monopol legt uns auch große Lasten auf.

Stadtv. Goldschmidt: Nach den Ausführungen des Stadtrats Ramlow bin ich fast genötigt, selbst für den Antrag Augustin zu stimmen. (Hört! und Weisfall.) Ich hoffe aber doch noch, daß mein Antrag zuerst zur Abstimmung kommt und Annahme findet.

Damit schließt die Debatte. Gegen die Teilung des Antrages Goldschmidt erklärt sich namens der Antragsteller Stadtverordneter Kreiling.

In der Abstimmung fällt zunächst der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Antragsteller, sodann auch in namentlicher Abstimmung der Antrag Goldschmidt mit 92 gegen 22 Stimmen. § 6 wird nach dem Ausschussantrage angenommen. Der Rest der Vorlage gelangt ebenfalls nach den Ausschussvorschlägen zur Annahme.

Die Ueberführung der Berliner Krankenhäuser.

Die Stadtv. Dr. Nathan und Genossen haben folgenden Antrag eingebracht: Wir eruchen den Magistrat um Auskunft, ob die in der „Deutschen Krankenkassen-Zeitung“ vom 17. Januar d. J. Nr. 19 bezügl. der Ueberführung der Berliner Krankenhäuser mitgeteilten Angaben auf Wahrheit beruhen. (Die betr. Angaben des erwarteten Blattes haben wir den Lesern bereits zur Kenntnis gebracht.)

Stadtv. Nathan (R. L.) rekapituliert kurz den Sachverhalt und betont, daß diese Klagen keineswegs bereinigt dastehen. Der Magistrat sehe zwar solche Interpellationen nicht sehr günstig an, aber derartige Mißstände müßten zur Sprache gebracht werden.

Stadtv. Dr. Weigert: Nach den eingegangenen Informationen bei der Rettungsgesellschaft und den Krankenhäusern sind an dem fraglichen 12. Dezember im Krankenhaus Moabit noch verschiedene Betten frei gewesen. Bei der Anmeldung hat es sich um einen Krankenhandwerker gehandelt, dessen Aufnahme der Direktion nicht dringlich erschien, und sie erklärte, es sei kein Bett frei, obwohl noch fünf Männerbetten frei waren, weil sie sich bei dem am Nachmittag zu erwartenden Andrang Schwerkranker sichern wollte. Diese Vorsicht ist indessen zu weit gegangen und die Ablehnung nicht zu billigen. Im Krankenhaus Friedrichshagen sind an demselben Tage 16 freie Betten der Rettungs-gesellschaft nicht gemeldet, sondern dem inneren Dienst reserviert worden. Auch dies ist nicht in der Ordnung gewesen. Es ist Fürsorge getroffen, daß solche Mißgriffe nicht mehr vorkommen.

Stadtv. Straßmann teilt mit, daß es in dem Halle des Geschlechtskranken sich um einen Nichtstillschließenden gehandelt hat; wenn man alle Tripperkranken aufnehmen wollte, so würde man zehn neue Krankenhäuser bauen müssen.

Auf Antrag des Stadtv. Wehl (Soz.) wird in eine Besprechung eingetreten.

Stadt, Wehl: Stadtrat Weigert hat die behaupteten Thatsachen zugegeben. Im städtischen Obdach finden Abwechslungen auf Geschäftsreisen sehr häufig statt, dem der Vermerk „wegen Blamangels abgewiesen“ wird den Krankenschein mit einem Stempel aufgedrückt. Das von dem Zusammenwirken der Krankenhäuser mit der Rettungsgesellschaft entrollte Bild ist wenig erbaulich. Durch Privatquerte habe ich seit dem Bekanntwerden des Antrages Rathen bei zehn Krankenfällen nicht weniger als 50 Fälle ermittelt, wo in den letzten sechs Wochen Schwerverrannte, die von den Ärzten in die Krankenhäuser geschickt wurden, dort wegen Blamangels abgewiesen sind. Medner führt eine Anzahl besonders schwerer Fälle vor. Stunden- und tagelang mussten die armen Kranken in Berlin herumfahren, um schließlich in irgend einer arbeitslosen Privatklinik Unterkunft zu finden. Ohne besondere Krankenhäuser für Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten könne die Stadt auf die Dauer nicht auskommen. Hier liege ein Notstand vor; die Leistungen der städtischen Krankenverwaltung seien noch außerordentlich minderwertig.

Stadt, Gessel bedauert die Uebertreibungen des Vorredners, die leicht den entgegengegesetzten Erfolg hervorzurufen könnten. In seinen sachlichen Ausführungen sei aber viel Material enthalten, welches Bedenken einflößen müsse. Gegen das System der unrichtigen Vergütungen möchte mit größter Schärfe eingeschritten werden.

Stadt, Nathan: Stadtrat Weigert hat uns heute den Nachweis gegeben, wie die öffentliche Meinung Berlins bisher irre geführt worden ist. Das eben hat die Verzehe doch sehr verdorben. Es ist doch sehr bedauerlich, daß nur die Polizeikranken einen Vorzug haben. Es müssen unabweislich einige Baracken mehr aufgestellt werden.

Damit schließt die Besprechung. Der Antrag wird als erledigt erklärt.

Schluß 1/10 Uhr.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission hat einen Geschäftsbericht für das Jahr 1902 in Form einer Broschüre herausgegeben. Es ist das erste Mal, daß die Kommission ihren Tätigkeitsbericht im Druck erscheinen läßt. Im Vorwort wird gesagt, daß infolge der Lage Charlottenburgs und des Umstandes, daß die meisten dortigen Gewerkschaften nur Zählstellen der Berliner Zirkale sind, die Arbeiten der Kommission erschwert werden. Trotzdem hat die Kommission, wie aus dem Bericht hervorgeht, nicht nur die gewerkschaftliche Agitation sich angelegen sein lassen, sondern auch die aus den sozialpolitischen Gesetzen sich ergebenden Interessen der Charlottenburger Arbeiter nach Kräften wahrgenommen.

Deutsches Reich.

Die Fliesenleger in Köln sind in den Aufstand getreten, um sich gegen die Annahme eines verschlechterten Lohnsatzes zu wehren, den ihnen die Unternehmer aufzwingen wollten. Die Kölner Fliesenleger gehören dem Centralverband der Maurer an.

Der Buchdrucker-Verband hat kürzlich eine Uebersicht über die im Jahre 1902 ausgezahlte Reise- und Ortsunterstützung (an Arbeitslose) veröffentlicht. Danach betrug die für Reise-Unterstützung ausgezahlte Summe 306 793,80 M. für 273 898 Tage (gegen das Vorjahr ein Mehr von 80 854,59 M. für 51 290 Tage), für die Orts-Unterstützung 599 508,25 M. für 491 341 Tage (ein Mehr von 76 654,75 M. für 105 547 Tage). Insgesamt wurden demnach an Reise- und Orts-Unterstützung im Jahre 1902 ausgezahlt: 907 302,05 M. für 675 239 Tage (gegen das Jahr 1901 mehr: 137 509,34 M. für 105 547 Tage). Von den 675 239 Unterstützungen entfielen auf die Seher 545 965 Tage, die Drucker 20 771 Tage.

Aus der nachstehenden sehr lehrreichen Tabelle ist ersichtlich, wie die Mitgliederzahl des Verbandes während der letzten 22 Jahre fortgeschritten ist, und was der Verband in derselben Zeit an Arbeitslosenunterstützung geleistet hat.

Jahr	Mitglieder	Arbeitslose Tage	Unterstützungssumme
1880:	6 959	102 535	96 951,75
1881:	8 403	115 635	109 573,25
1882:	9 108	163 032	161 158,50
1883:	10 118	173 875	169 726,25
1884:	10 818	191 438	177 814,40
1885:	11 739	149 888	137 978,—
1886:	12 868	199 477	181 042,45
1887:	11 724	237 378	221 427,15
1888:	11 233	178 590	167 332,55
1889:	11 902	133 207	128 465,20
1890:	15 864	145 581	132 022,25
1891:	17 410	120 648	109 508,75
1892:	15 387	266 727	248 040,75
1893:	15 862	202 054	185 100,85
1894:	17 262	229 460	208 927,50
1895:	19 166	218 862	201 357,50
1896:	21 410	277 969	261 544,75
1897:	22 830	279 218	265 072,50
1898:	24 331	261 899	250 290,75
1899:	26 040	255 974	267 087,75
1900:	28 506	319 532	319 022,25
1901:	30 696	568 981	754 601,—
22 Jahre	4 796 390	4 844 946,10	

Ausland.

Der Streik der Wiener Konfektionsarbeiter ist noch nicht völlig beendet. Es ist immer noch eine Anzahl Streikender und solcher Geschlossen vorhanden, die von ihren Meistern als entlassen erklärt wurden. Auch eine nicht unerhebliche Zahl von Stummelmeistern hat die Vereinbarung noch nicht unterzeichnet. Diese sollen jetzt von Beauftragten ihrer Gewerkschaft persönlich zur Anerkennung der Einigungsbedingungen aufgefordert werden. Für die Uniformbranche ist noch gar keine Vereinbarung festgelegt. In den nächsten Tagen werden die Delegierten der Konfektions-, Stummelmeister und Arbeiter beim Ober-Gewerbe-Inspektor zusammenzutreten, um wegen Einsetzung der Kontrollkommission das Nötige zu vereinbaren.

Sociales.

Wohnungswesen. Dem Abgeordnetenhause ist der bereits angeforderte Gesuchentwurf zur Bewilligung von Mitteln für Wohnhäuser staatl. Arbeiter zugegangen. Es werden zu den bereits durch mehrere Gesetze bewilligten 82 Millionen weitere 12 Millionen Mark gefordert.

Die Bekämpfung der Wurmkrankheit scheint mit einem Mal eifriger betrieben werden zu sollen. Die „Vergarbeiter-Zeitung“ berichtet, daß sich sowohl das Reichs-Gesundheitsamt wie das Reichsamt des Innern einige Exemplare des Artikels des genannten Blattes angeeignet haben und daß in den Kreisen „der Teufel los sei“. Die Revierbeamten seien in fieberhafter Tätigkeit. Öffentlich kommt bei dieser fieberhaften Tätigkeit auch etwas heraus.

Inzwischen sind, wie die „Vergarbeiter-Zeitung“ gleichfalls mitteilt, auf Beche Dammbaum I und II über 100 wurmverdächtige Vergarbeiter ausgehoben und unter ärztliche Beobachtung gestellt worden. Bisher waren auf diesen beiden Schächten nur vereinzelt Kranke gefunden worden.

Berufsgenossenschaften und Vertrauensärzte.

Dem Arbeiter F. fiel am 30. August 1901 ein Fallon auf den Fuß und verurteilte ihm eine blutende Quetschung. Nachdem er mehrere Monate von einem anderen Arzt behandelt worden war,

kam er in die Behandlung des Dr. Roemert, des bekannten Vertrauensarztes der Nordöstlichen Bau-Berufsgenossenschaft, mit dessen Gutachterfähigkeit wir uns schon öfter beschäftigt haben. Am 11. April 1902 wurde F. von Dr. Roemert als geheilt und vollständig erwerbsfähig entlassen, mußte aber schon am nächsten Tage abermals ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen, die er bei einem anderen Arzte fand. Diese Behandlung dauerte noch bis 31. Mai, ohne daß jedoch F. die volle Erwerbsfähigkeit wieder erlangte.

Der Rentenanspruch des Verletzten wurde von der Berufsgenossenschaft abgelehnt unter Berufung auf das Gutachten des Dr. Roemert vom 10. April. Schon das ist mehr als eigentümlich. Es steht fest, daß der Verletzte bis 31. Mai in ärztlicher Behandlung geblieben hat, die Berufsgenossenschaft aber gründet ihren ablehnenden Bescheid auf ein Gutachten vom 10. April. Eine noch sichtbarere Entzweiung führte Dr. Roemert darauf zurück, daß dies bei Trinken oft vorkomme und mit dem Unfälle nicht in Verbindung stehe. Auf Veranlassung des Schiedsgerichts, das F. anrief, wurde er vom Medizinalrat Dr. Stiller untersucht. Dessen Gutachten vom 12. Juni 1902 führt aus, daß die noch bestehende ausgesprochene Hautentzündung eine Folge des Unfalles sei und daß eine Erwerbsbeschränkung von 25 Proz. anzunehmen sei. Darauf verurteilte das Schiedsgericht am 1. Juli die Berufsgenossenschaft, dem Verletzten für die Zeit vom 11. April bis 31. Mai, während welcher er noch in ärztlicher Behandlung geblieben, die Vollrente zu zahlen, von da an bis auf weiteres aber 25 Proz.

Dagegen legte die Berufsgenossenschaft Rekurs ein beim Reichs-Versicherungsamt, den sie mit einem Gutachten des gleichfalls wohlbekannten Dr. Blasius unterstützte. Dieser Vertrauensarzt konnte auch nichts finden; er glaubte an eine Krampfadernbildung. Die erstinstanzliche Handlung beging aber die Berufsgenossenschaft selbst damit, daß sie gleichzeitig dem Verletzten mitteilte, daß ihm die Rente, die ihm das Schiedsgericht am 1. Juli erst bis auf weiteres zuerkannt hatte, am 1. August entzogen wird, da er völlig erwerbsfähig sei. Während also das Verfahren auf Veranlassung der Berufsgenossenschaft noch beim Reichs-Versicherungsamt schwebte, setzte dieselbe Berufsgenossenschaft die von ihr angefochtene Entscheidung des Schiedsgerichts mit Hilfe einer ihr allerdings zuzurechnenden formalen Berechtigung bereits tatsächlich außer Wirksamkeit und so wurde F. gezwungen, abermals das Schiedsgericht anzurufen, so daß gleichzeitig zwei Instanzen mit derselben Sache beschäftigt waren.

In der jüngsten Verhandlung vor dem Reichs-Versicherungsamt nahm der Vorsitzende aus diesem gewiß ungewöhnlichen Vorgange Veranlassung, den Vertreter des Verletzten zu fragen, ob er damit einverstanden sei, daß das Reichs-Versicherungsamt auch gleichzeitig über das beim Schiedsgericht noch schwebende Verfahren mitentscheidet. Dieser stimmte zu. Darauf entschied das Reichs-Versicherungsamt: Dem Verletzten ist für die Zeit vom 11. April bis 31. Mai eine Rente von 66 2/3 Proz. und vom 1. Juni bis auf weiteres eine Rente von 25 Proz. zu zahlen. Das noch schwebende Verfahren wegen Entziehung der Rente wird eingestellt, womit natürlich auch der Rentenentziehungs-Bescheid aufgehoben ist.

Das ist ebenso deutlich für die Berufsgenossenschaft wie für die Herren Dr. Roemert und Dr. Blasius.

Eine Anti-Alkohol-Ausstellung soll mit dem vom 14. bis 19. April in Bremen abzuhaltenden Kongresse gegen Alkoholismus verbunden werden. Es handelt sich dabei um alkoholfreie Getränke und um Abbildungen alkoholfreier Restaurationen und Hotels, um Auhens- und Innenansichten, Pläne, Grundrisse usw. Aus den Jahresberichten dieser alkoholfreien Betriebe werden sich die Besucher über die einschlägigen Fragen unterrichten können. Es werden ferner ausgestellt werden Kaffee-, Thee-, usw. Wagen zum Verkauf auf Straßen, in Fabriken, Vertriebs- und ähnlichen Betrieben, Apparate zum Kochen und Wärmen von Speisen und Getränken. Es sollen auch die Einrichtungen zusammengestellt werden, welche einzelne Personen und ganze Betriebe mit derartigen Vorrichtungen bereits gemacht haben. Es handelt sich weiter um Abbildungen von Wartehallen, Wärmehallen, Schughallen usw., die dazu dienen sollen, den Zugang zu beschleunigen, der gegenwärtig noch an vielen Orten das Publikum zum Besuch von Wirtschaften und zum Besuch von alkoholfreien Getränken veranlaßt. Ferner wird eine ausgedehnte Literatur über die Alkoholfrage zusammengestellt werden: wissenschaftliche und populäre Werke behandelnden und unterhaltenden Inhalts, Bücher, Zeitschriften, Flugblätter, Plakate, Wandbilder, Tabellen usw. Es werden eine Reihe von Modellen und Abbildungen von Trinkbrunnen ausgestellt. Die Bemühungen zur Verbesserung des Trinkwassers und Sanierung der Flüsse werden Berücksichtigung finden. Auch die indirekten Mittel zur Bekämpfung des Alkoholismus, unter anderem die Bekämpfungen zur Schaffung guter Wohnungen werden auf der Ausstellung vertreten sein.

Mit der Leitung der Ausstellung ist Herr Dr. jur. H. Eggers, Bremen, Osterhorststraße 30, beauftragt.

Der Gebrauch des Weineis ist in Frankreich durch das Dekret vom 18. Juli 1902 nur in Teilform gestattet. Einzelne Kommunen sind über das Dekret hinausgegangen und haben bei Arbeiten für die Gemeinde die vollständige Erhebung des Weineis durch Zinnober angeordnet. Der Staatsrat hat dieser Lage entschieden, daß diese weitergehende Anordnung unzulässig sei, aber bekanntlich befindet sich ein Gesetz in Vorbereitung, wonach die Anwendung von Weineis in Frankreich bald ganz verboten sein wird.

Verfammlungen.

Der Mühlenarbeiter-Verband (Zählstelle Berlin) hielt am 8. d. Mts. im Gewerkschaftshause eine ordentliche Generalversammlung ab. Dem Bericht des Vorsitzenden Bauer ist zu entnehmen, daß nichts unversucht gelassen wurde, die in Berlin vorhandenen Berufscollegen der Organisation zu gewinnen und die Mitglieder zu erhalten. Außer den Versammlungen wurden für die Berliner Vereine 25 Bezirksaufstellungen abgehalten, für die angeschlossenen Sororte waren deren 7 notwendig und in 12 Vorstandsstellungen wurden die Verbandsangelegenheiten geregelt. In einer dreitägigen Lohnbewegung kam es in Regel, wo nach teilweiser Bewilligung die Arbeit wieder aufgenommen wurde. In Differenzen kam es außerdem in der Wollfabrik und der Schüttmühle. In ersterer konnten die nur zum Teil organisierten Kollegen sich zu energischem Vorgehen nicht aufraffen und verließ die Bewegung infolgedessen im Sande. Die Kollegen bei Schütt traten im letzten Jahre mit wenigen Ausnahmen dem Verbands bei. Eine kleine Lohnaufbesserung wurde erzielt; eigenhändigweise hat die Mehrzahl dieser Arbeiter seitdem die Organisation nicht mehr nötig. Daher kommt es, daß die Mitgliederzahl trotz zahlreicher Aufnahmen doch um ein beträchtliches zurückgegangen ist. Der Bericht des Kassierers ergibt eine Quartalszunahme von 810,73 M., Ausgabe 821,19 M., das Jahr bilanziert mit 2918,00 M. in Einnahme, in Ausgabe mit 2552,31 M. In die Hauptkasse abgeführt wurden 228,71 M., an die Casse 68,35 M.; infol. des alten Bestandes verbleiben der Casse 472,80 M. Die darauf vorgeschlagenen Neuwahlen hatten folgendes Ergebnis: M. Präfer, 1. Vorsitzender; Schwarz, 2. Vorsitzender; B. Köhlig, 1. Kassierer; Jandke, 2. Kassierer; E. Paul, 1. Schriftführer; Unterstein, 2. Schriftführer; TIL, Daumann, Kumerow, Revisoren; Dembrowski, Zeitungsredakteur. Beschlössen wird, dem Kassierer 5 M. Monatslohn und den Unterassistenten der Sororte das jedesmalige Jahrgeld zur Verfügung zu zahlen.

Eine Versammlung der Schlächtergesellen, die am 4. Februar in Feuerhain stattfand, Alte Jakobstraße tagte, beschäftigte sich mit der Krankenunterstützungsfrage. Das Referat hatte Resoluktionen über die Einführung einer Krankenunterstützung und was auf die Wädergesellen sowie auf die Gattungsgehilfen-Organisationen hin, welche sich ebenfalls mit der Unterstützungsfrage befassen. Nach längerer Diskussion wurde dem Vorstand die Sache zur weiteren Ausarbeitung und Berichterstattung für die nächste Mitglieder-Versammlung überwiefen, sowie eine diesbezügliche Resolution angenommen. Hierauf hielt der Vorsitzende Senfel einen Vortrag: „Rückblick auf das Jahr 1902“. Er betonte besonders, daß, wenn die Fleischermeister Deutschlands sich mit ihren Gesellen vereinigt hätten, mit diesen an das konsumierende Publikum herangetreten wären und so ein gemeinschaftlicher Protest gegen Grenzperce und Viehzölle erhoben worden wäre, hätte man sicher mehr erreichen können. Nach kurzer Diskussion wurde die Anordnung der Beschlüsse über die Herstellung der frischen Blut- und Lebertourts erörtert. Die Versammlung erklärte, daß frische Blut- und Lebertourts ohne Semmel überhaupt nicht herzustellen sei und jeder Käufer wohl wisse, daß diese Würst Semmel enthalte. Einige Redner wiesen darauf hin, daß es notwendiger sei, daß die Arbeitsräume der Schlächtereien sowie die Gesellenküben betreffs ihrer Sauberkeit mehr kontrolliert werden müßten. Oft seien schon Anzeigen gemacht, aber sehr wenig habe die Behörde für Abschaffung der gewöhnlichen Rhythände gethan. Durch die lange Arbeitszeit komme es vor, daß die Gesellen sich nicht genügend Zeit nehmen können, die Räume zu geringeren Wurforten, speziell zu frischer Blut- und Lebertourts, ordentlich zu reinigen. Oft komme es vor, daß Darmabfälle gebrüht und in die frische Würst verarbeitet würden. Die Arbeitsräume müßten heraus aus den Kellern, die Arbeitszeit eine bestimmte sein, dann könne auch sauber und reell gearbeitet werden. Die Rhythände der Fleischeren gleichen denen der Wädereien. Nachdem noch angeführt wurde, daß in der Konsum-Schlächtereier Kummelsburg jetzt eine bestimmte Arbeitszeit und völlige Sonntagsruhe eingetreten sei, wurde auf die vom Sparverein Süd-Ost gegründeten Fleischererien hingewiesen, welche ebenfalls nur organisierte Gesellen beschäftigen und dieselben vom unethischen Arbeitsnachweis, Dragonerstr. 16, beziehen wollen.

Die Konsum-Gesellschaft Berlin und Umgegend hielt am 9. Februar eine außerordentliche General-Versammlung ab, die sich eines guten Besuchs erfreute. Aus dem Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrates ist zu entnehmen, daß der Umsatz in den ersten sechs Monaten des neuen Geschäftsjahres sich auf circa 355 000 M. beläuft und die Genossenschaft sich eines festen Fortschreitens erfreut. Die durch den Anschlag der Vereine Süd, Schöneberg und Weihensee sich notwendig machende, bisher unerledigt gebliebene Neuwahl des gesamten Vorstandes ergab folgendes Resultat: Die Generalversammlung erteilte die Genehmigung zur Anstellung der Geschäftsführer R. Müller-Süd und Wenzel-Chemnitz und wählte Tuhauer, Rich und Reichmann in den Vorstand. Ferner gab die Generalversammlung ihre Zustimmung zu dem Anschluß an den Unter-Verband der Konsumvereine der Provinz Brandenburg. Die Gründung einer Sparkasse für die Mitglieder wurde im Prinzip anerkannt, aber die Genehmigung der Sparordnung bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung vertagt. Ebenso vertagt wurde die Stellungnahme zur Auktionfrage der Lagerhalter. Annahme fand ein Antrag, so bald als möglich in der Gegend der Windstraße eine Verkaufsstelle zu eröffnen. Zur Umschiffener wurde beschlössen, da die Genossenschaft mit einem Umsatz von 800 000 M. zu rechnen hat, giebt sie die Waren auf, die der Gruppe A nicht angehören. Die Verwaltung behält sich weitere geeignete Schritte vor.

Jassen. Nach jahrelangem vergeblichen Bemühen war es den Socialdemokraten endlich gelungen, hier eine Versammlung abhalten zu können. Dieselbe fand am 8. Februar im Restaurant Weinberge statt und beschäftigte die früheren fruchtlosen Versuche reichlich, denn sie war als eine geradezu imposante zu bezeichnen, erwies sich doch das Lokal als zu klein, um die zahlreich herbeigekommenen Besucher fassen zu können. In 300 Personen lauteten im Saal und in den Nebenzimmern den Worten Zubeis, der in zweieinhalbstündiger Rede über die politische Lage Deutschlands sprach. Die Hattenpolitik, welche angeblich den deutschen Welthandel schützen soll, bezeichnete er als das Verbrechen, auf dem Weltmeer die erste Geige zu spielen. Er nannte diese Politik, für welche das Volk Millionen über Millionen anbringen muß, eine dem deutschen Handel gefährliche, da sie zu allerlei Verwicklungen führt und das Ansehen Deutschlands und somit den deutschen Handel schädigt. Sodann ging Medner auf die sogenannte Heimatspolitik ein, behandelte hierbei den Zolltarif und die Essener und Breslauer Kaiserreden. Unter dem Beifall der Versammlung wies er die gegen die Socialdemokratie gerichteten Angriffe mit gebührender Schärfe zurück. Den Lodungen, die Arbeiter sollten das Licht zwischen sich und der Socialdemokratie verschneiden, folgte man hier so wenig wie anderwärts, denn die Versammlung nahm eine Resolution an, in welcher sie sich verpflichtete, für die Ausbreitung der socialistischen Ideen zu wirken und beschloß zu diesem Zweck die Gründung eines socialdemokratischen Wahlvereins. 74 Personen erklärten gleichgültig ihren Beitritt zu diesem Verein.

Obstruktion in Belgien. Brüssel, 12. Februar. (B. Z. B.) Repräsentantenkammer. Ein Antrag Vanderveelde, welcher verlangt, man solle, ehe man sich über die Dringlichkeit äußere, die Verteilung der Motive der Vorlage betreffend Erhöhung der Branntweinverbrauchsabgabe abwarten, wird mit 78 gegen 35 Stimmen abgelehnt. Nachdem sich infolge Obstruktion der Liberalen und Socialisten die Debatten bis 6 Uhr hingezogen, beantragt Farnemont (Soc.) Vertagung, welche von der Mehrheit des Hauses abgelehnt wird. Ansele (Socialist) ruft hierauf: „Sie können sicher sein, daß Sie nun bis morgen früh sitzen werden.“ Hector Vends erklärt, die Haltung der Regierung führe zum Sturze des Parlamentarismus.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Rom, 12. Februar. (B. Z. B.) Senat. Bei der heutigen Beratung des Telegraphengesetzes teilte der Minister für Post- und Telegraphen Galimberti mit, er habe nach Verhandlungen mit Marconi die Einrichtung einer besonders starken Station für drahtlose Telegraphie in Rom zum Verkehr mit Argentinien genehmigt und werde morgen eine entsprechende Vorlage einbringen. Das Haus nahm hierauf einstimmig eine zustimmende Tagesordnung und sodann das Telegraphengesetz an. Danach wurde die Sitzung geschlossen.

Aus der russischen Arbeiterbewegung. Petersburg, 12. Februar. (B. Z. B.) Die Mehrzahl der in den Aufstand getretenen Arbeiter der Reibst-Spinnerei hat die Arbeit heute wieder aufgenommen. Morgen soll in der Fabrik die Arbeit wieder in vollem Umfange beginnen.

Inwetter. Breslau, 12. Februar. (B. Z. B.) Heute abend gegen 8 Uhr brach unter Gewittererscheinungen ein heftiger Sturm los, verbunden mit Tau- und Schneegestöber.

Arbeitererists. Köln, 12. Februar. (B. Z. B.) Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich heute morgen in der Anstaltswerkstraße. Drei Anstreicher waren mit dem Anstreichen eines Hauses beschäftigt, als das Gerüst, auf dem sie arbeiteten, plötzlich zusammenbrach und die Leute in die Tiefe stürzten. Schwer verletzt wurden sie ins Hospital gebracht. Wo festgestellt wurde, daß einer einen Schädelbruch, der andre einen Rückenbruch und der dritte schwere innere Verletzungen erlitten hatte.

Feuersbrunst. New York, 12. Februar. (B. Z. B.) Ein großes Vorratshaus des Arsenals auf Rod Island, das Kavallerie- und Infanterie-Equipierungen aller Art und ein Million Patronen mit ranschem Pulver enthielt, ist durch eine Feuersbrunst zerstört worden; der Inhalt des Gebäudes, das massiv gebaut ist, hatte einen Wert von 1 500 000 Dollar.

Reichstag.

257. Sitzung, Donnerstag, den 12. Februar 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf v. Pofadowsky. Die zweite Beratung des Etats des Reichsamtes des Innern wird fortgesetzt beim Titel Staatssekretär.

Abg. Trimborn (C.):

Mit dem Antrag Köstler-Deffau, wonach den Berufsvereinen gestattet werden soll, ihre Bestrebungen zum Zwecke der Verbesserung der Lage der Arbeiter auch auf Veränderungen der Gesetzgebung zu richten, sind meine Freunde einverstanden. Der Antrag hätte noch dahin ergänzt werden können, daß diese Vereine auch auf entsprechende Anwendung der Verwaltungsmaßnahmen hinwirken dürfen. Doch unsere Freunde keine Wahlmänner darstellen, beweist, daß wir schon seit langer Zeit diese Anregungen immer wieder gebracht haben. Die Ausdehnung des zehnstündigen Maximalarbeitstages auf jugendliche Arbeiter bis zum 18. Lebensjahre erscheint auch aus sittlichen und religiösen Gründen geboten. Unsern Antrag auf Einführung des zehnstündigen Arbeitstages für Frauen hat Herr v. Dehl schon genügend ausführlich begründet. Gegen die Bestimmung, daß jugendlichen Arbeiter keine Arbeit nach Hause mitgeben werden darf, hat Staatssekretär Graf Pofadowsky das Bedenken erhoben, daß dann Erwachsenen Arbeit mitgegeben werden könne, die von jugendlichen Arbeitern zu Hause erledigt werde. Wenn immer solche Bedenken maßgebend gewesen wären, so hätten wir das ganze Kinderfang-Gesetz nicht bekommen. (Sehr richtig! im Centrum.)

Ich komme zu dem von mir eingebrachten Antrag Stögel, wonach für alle Arbeiter der zehnstündige Maximal-Arbeitstag eingeführt werden soll. Abg. Schröder ist noch nicht tief genug in die Socialpolitik des Centrums eingedrungen, wenn er die Ernsthaftigkeit dieses Antrags bezweifelt. (Lachen links.) Der Antrag Herr Trimborn auf Einführung des zehnstündigen Arbeitstages für Frauen führte uns direkt zu diesem weitergehenden Antrag. Die praktische Folge des zehnstündigen Frauen-Arbeitstages muß doch alsbald die sein, daß auch die Männerarbeit mehr und mehr auf diesen Zeitraum beschränkt wird. Da wollten wir lieber gleich aussprechen, was in der Praxis doch erfolgen muß. Wir waren von dem Gedanken geleitet, den Vorschlag von Frankreich einzuholen und womöglich noch zu übertreffen. Wir wollten mit unserem Antrage zunächst das allgemeine Ziel fixieren, die Regelung in einzelnen Fällen bleibt dem Gesetzgeber überlassen, ebenso die notwendigen Verordnungen dem Bundesrat und den Behörden. Es kann sich nicht darum handeln, eine allgemeine Schablone aufzustellen sondern nur ein Prinzip. Wird der Antrag Stögel angenommen, so erscheint der Antrag Herr Trimborn nur noch als ein Eventualantrag. Mit dem letzteren wäre der direkte Anschluß gewonnen an das Kinderfang-Gesetz, und Deutschland würde an der Spitze aller civilisierten Staaten marschieren. Wir wünschen, daß die Lebenshaltung der verheirateten Arbeiterfrau sich immer mehr nähert der Lebensführung der kleinstädtischen Hausfrau. Wir treten für den allgemeinen Maximalarbeitstag vor allem aus sanitären Gründen ein, ferner um dem Arbeiter ein wirkliches Familienleben zu ermöglichen, und endlich weil wir von einem solchen Maximalarbeitstage günstige Rückwirkung auf die Produktion erhoffen. — Den Antrag Albrecht in Bezug auf die Gewerbe-Inspektion lehnen wir ab. Wir wollen die Gewerbe-Inspektion nach wie vor den Einzelregierungen überlassen, während der Antrag Albrecht sie zur Reichs-sache machen will. Auch die Alleinhegemonie der Arbeiter-beigeordneten, wie sie der Antrag zur Folge haben würde, können wir nicht als berechtigt anerkennen.

Die Angriffe der Herren Wurm und Hoch gegen uns waren von einer Leidenschaft getragen, wie ich sie noch nicht erlebt habe. Es ging daraus die Wut der Herren über unsere Erfolge hervor, unsere bisherige Tätigkeit ärgert sie und darüber haben sie alle Objektivität verloren. (Anrufe bei den Socialdemokraten. Sehr wahr! im Centrum.) Die Behauptung, unsere Anträge seien nur Wahlmänner, widerspricht auch Ihnen sicher ganz bekannten Thatsachen. Ich kann mir Ihren Kerger über unsern Antrag auf Einführung des Maximalarbeitstages für ganz gut erklären. Früher hielten Sie den Achtstundentag für das einzig Richtige. Wer davon abweichen wollte, war ein Verräter. Das war der Standpunkt der Unverbrüchlichen. Dann kam auf einmal im vorigen Jahre Ihr Initiationsantrag, der zum erstenmal auf dem Standpunkt stand, daß es vernünftig und richtig wäre, allmählich fortzuschreiten und zunächst den Zehnstundentag zu beantragen. Darüber war großes Erstaunen. Man sagte sich, wie ist es möglich, wo sind sie, die vom breiten Stein nicht wankten und nicht wanken? (Große Heiterkeit. Sehr gut! im Centrum.) Dann kam Parvus mit seinen scharfen Angriffen auf Ihren Antrag und ebenso Trälalein Kofa Luxemburg, die ich schon deshalb nicht leiden kann, weil unser lebenswürdiger Kollege Auer sich mit ihr nicht vertragen kann. (Große Heiterkeit.) Und nun muß Ihnen das passieren, daß wir Ihnen mit unserm Antrag beim Etat zuvorkommen. Daher Ihr Kerger. So wird die Sache sein. Ich kenne meine Pappenheimer. (Heiterkeit und Sehr gut! im Centrum.) Davon, daß wir gegen die Erhöhung des Schulpalters von 16 auf 18 Jahre gestimmt hätten und verhindert hätten, daß das Verbot der Mitnahme von Arbeit nach Hause schon früher Gesetz wurde, ist mir auch nicht das geringste bekannt. Nun sollen wir auch schuld daran sein, daß die o s p r e u ß i s c h e n J u v a l i d e n v e r s i c h e r u n g s - A n s t a l t e n vor dem Bankrott standen. Die technische Ausgestaltung des Invalidenversicherungsgesetzes ist aber doch lediglich Sache der verhandelnden Regierungen und auch diesen ist kein Wort vor zu machen. Denn es handelt sich hier um eine ganz neue Materie, für die noch gar keine Erfahrungen und Vorkarbeiten vorliegen. Das zeigt, eine wie mißglückliche und kleinliche Kritik Sie üben. Von den guten segensreichen Folgen des Gesetzes reden Sie nicht. (Sehr richtig! im Centrum.) Das ist ein Mangel an Objektivität, der Sie zu eigener parlamentarischer Arbeit unfähig macht. (Sehr richtig! im Centrum.) Sagen Sie doch einmal ihren Arbeitern, daß ihnen aus der Invalidenversicherung im Jahre 1901 105 Millionen zugeflossen sind. Aber davon reden Sie nicht. Daß Sie besonders scharf gegen unser Verfahren bei der Witwen- und Waisenversicherung vorgehen, beweist mir, daß wir hier das Richtige getroffen haben. Das ärgerte Sie am allermeisten, daß wir damals die Augen und gefestigten Gedanken gehabt haben. (Sehr richtig! im Centrum.) Gegenüber der Behauptung, daß das Zollgesetz dem Arbeiter 13 M. nähme und die Witwen- und Waisenversicherung nur 1 M. gäbe, habe ich darauf hingewiesen, daß diese Berechnung auf der Voraussetzung beruht, daß die Zollserhöhung in ihrem ganzen Umfange preissteigernd wirkt und die Konsumenten trifft; diese Voraussetzung trifft nicht zu. Darüber ein großer Entrüstungsschrei, der sich sogar bis in die Reihen der freisinnigen Volkspartei fortspitzte, die ich schon gar nicht mit Ihnen zusammen zu nennen wage. (Heiterkeit.) Theorie und Praxis sind sich aber darübereinig, daß es sicher unrichtig ist, daß die ganze Zollserhöhung die Konsumenten trifft. Ueber das Was und den Brauchteil läßt sich streiten.

Die Hauptfrage ist: es ist erreicht, daß das Problem der Witwen- und Waisenversicherung vom Centrum auf den Boden der Wirklichkeit übergeführt worden ist. 80 M. für eine Witwe und 40 M. für jedes Kind, das ist ja nicht viel, aber es ist doch besser wie nichts! (Lachen bei den Socialdemokraten. — Jurist bei den Socialdemokraten: Erst lassen Sie sie verurteilen! — Große Anrufe und

Gelächter im Centrum.) Sie (zu den Socialdemokraten) haben sich doch selber an dieser Aktion beteiligt, die Sie heute eine Verhöhnung nennen! Wie können Sie jetzt derartige verlehnende Ausdrücke gebrauchen? Ihr eigener Genosse, Abg. Ledebour, hat von dieser Stelle aus anerkannt, daß ich mich für diesen Gesetzesparagrafen mit einem glühenden Eifer bemüht habe. Mögen Sie in Ihren Versammlungen reden, kritisieren und herunterziehen, soviel Sie wollen, meinen Freunden bleibt doch der socialpolitische Ruhm, daß sie die Witwen- und Waisenversorgung in das Gesetz hineingebracht haben! Und das ist es, was Sie ärgert! (Lachen bei den Socialdemokraten.) Wenn jemand vor einem Gericht mit den Thatsachen so vorgehen wollte wie hier die Abgg. Wurm und Hoch, so würde er vor Gericht sehr rasch allen Kredit verlieren. Warum soll ein derartiges Vorgehen hier im Parlamente eine andre Wirkung erzielen als vor einem vernünftigen deutschen Gericht? (Sehr gut! im Centrum.) Sie (zu den Socialdemokraten) sagen, wir seien die „ausschlaggebende Partei“, und es sei unsere Schuld, wenn in der Socialpolitik nicht mehr erreicht sei. Wir haben aber eine ganze Reihe von Wünschen, die wir nicht erfüllen können, weil wir nicht die Mehrheit haben! Die Aufhebung des Zehntagesesetzes, die uns doch so sehr an Herzen liegt, haben wir bis heute noch nicht erreicht! Sie wissen auch ganz genau, daß eine Reihe der heute von uns gestellten Anträge keine Mehrheit finden wird. Aus unseren Reihen ist der große Bischof hervorgegangen, der in einem gewissen Sinne die deutsche Socialpolitik — wenigstens im katholischen Deutschland — inaugurirt hat! Er hat schon 1848 sein Arbeiter-schutz-Programm aufgestellt, als an Sie (zu den Socialdemokraten) noch niemand dachte: In seinem Geiste hat dann unser Kollege Hoge weiter gearbeitet. Wenn Sie uns trotzdem Mangel an gutem Willen vorwerfen, so ist das nicht vornehm! (Lebhafte Zustimmung im Centrum.) Allerdings, wir verstehen nicht, sondern wir treten der Verheerung, wo wir sie finden, mit aller Entschiedenheit, allem Nachdruck und allem Mut entgegen! (Sehr gut! und lebhafter Beifall im Centrum.) Unser Volk sollen Sie nicht verheeren! (Bravo! im Centrum.) Wir sind objektiv aus Achtung vor dem Volke! Wer gegenüber dem Volke diese Objektivität nicht beobachtet, der verachtet das Volk! (Lebhafte Zustimmung im Centrum.) Unsere Organisationen sind keine Kampforganisationen, wie Abg. Wurm das von den socialdemokratischen erklärt hat. Mit diesem Worte ist klar die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften erwiesen, deren letztes Ziel nicht der Kampf, sondern die Versöhnung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ist.

Es ist gegenüber unseren Anträgen von jener Seite (zu den Socialdemokraten) sogar der Ausdruck „Heuchelei“ gefallen. Ich nenne absichtlich keinen Abgeordneten, damit ich fortfahren kann, daß eine derartige Ausdrucksweise eine ganz nichtsnutzige Verächtlichung ist! (Hört! hört! rechts.) Ihre (zu den Socialdemokraten) Drohungen mit den Wahlen lassen uns vollkommen kalt. Alle unsere Positionen sind vollständig gesichert: die Zollposition — rufen Sie (zu den Socialdemokraten) nur dagegen an, Sie werden sich blutige Köpfe holen (Lachen bei den Socialdemokraten), die socialpolitische und endlich unsere christlich-religiöse Position — an dieser Mauer werden Sie sich Ihre Köpfe einrennen! Sie ist ganz unannehmbar, da heißen Sie auf Grant! Also: Auf Wiedersehen bei den Wahlen! (Lebhafter, wiederholter Beifall im Centrum.)

Abg. Horn (So.):

Allerdings, Herr Trimborn, werden wir uns bei den Wahlen wiedersehen; aber dies Wiedersehen wird für Sie nicht sehr erfreulich sein! (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Herr Baasche meinte, der Reichstag wäre nicht dazu da, so lange Reden zu hören wie die meines Freundes Hoch. Ich meine, der Reichstag ist auch nicht dazu da, die Vohgefänge auf solche Wohlfahrts-Einrichtungen wie die der Firma Krupp zu singen, sondern seine Aufgabe ist es, die Zustände im Lande zu kritisieren. Wenn Herr Baasche eine Wohlfahrts-Einrichtung kennen lernen will, wie sie sein soll, so braucht er nur in den Wahlkreis seines Freundes Wasserjäger nach Zena zu gehen. Dort sind bei dem Reichischen Institut Einrichtungen geschaffen, die den Arbeitern ihre volle Freiheit lassen. — Herr Trimborn rühmte sich, das Centrum sei uns mit seinem Zehnstundentag zuvorgekommen. In Wirklichkeit haben wir einen ganz ausgearbeiteten Vorschlag zur allmählichen Einführung des Achtstundentages bereits früher eingebracht. Warum hat Herr Trimborn diese allmähliche weitere Verkürzung der Arbeitszeit nicht in seinen Antrag aufgenommen? Damit würde er allerdings bei seinen Freunden wenig Anklang gefunden haben. Und wenn das Centrum so für den Kinderfang begeistert ist, warum hat die Centrumsfraktion im bayrischen Landtage nicht längst dafür gesorgt, daß die Volksschulpflicht in Bayern wie im übrigen Reiche bis zum 14. Lebensjahre ausgedehnt wird. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) — Nehmer tritt des weiteren für die Sonntagsruhe der Arbeiter in Glashütten ein. Die Glashütten, welche die Sonntagsruhe bereits eingeführt haben, leiden sehr durch die Schmelzkonkurrenz derjenigen Hütten, denen Ausnahmen von der Sonntagsruhe gestattet sind. Technische Schwierigkeiten stehen der allgemeinen Einführung der Sonntagsruhe nicht entgegen. Ein generelles Verbot der Sonntagsarbeit ist daher dringend geboten und durchführbar. Sehr wichtig wäre eine Kontrolle der Fabrikordnungen durch die Gewerbe-Inspektoren daraufhin, ob nicht in ihnen gelegentliche und moral-widrige Bestimmungen enthalten sind. Ich habe hier eine Kollektion solcher Arbeitsordnungen und stelle sie dem Herrn Staatssekretär zur Verfügung. Die Fabrik-Inspektoren sollen ja nach der Anordnung des Herrn Staatssekretärs nur über Thatsachen berichten und nicht allgemeine Betrachtungen in ihren Berichten machen. Zum mindesten aber müßten sie dann doch verpflichtet sein, nur wahre Thatsachen zu berichten. Der sächsische Fabrikinspektionsbericht enthält auf Seite 202 und 204 direkt beweislose unrichtige Behauptungen. Auf Seite 202 wird wahrheitswidrig berichtet, daß bei einem Streik der Maschinenmacher eine große Anzahl von Arbeitern kontraktbrüchig geworden seien und auf Seite 204 heißt es, die Forderungen der Arbeiter auf Anerkennung des Koalitionsrechts und auf Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises seien unbedeutend, denn das Koalitionsrecht sei von der betreffenden Firma nicht beschränkt worden und die Arbeiter erstrebten nur einen solchen Arbeitsnachweis, bei dem ihnen die Anstellung der Arbeiter allein überlassen sei. Beide Behauptungen sind unrichtig. Die Glashütte hat tatsächlich die Abhaltung von Versammlungen ihrer Arbeiter verboten unter dem Vorwande, daß die Anordnung zu der Versammlung nicht von ihren Arbeitern, sondern von socialdemokratischen Agitatoren ausgehe. Dieselbe Fabrik hat einen Arbeiter abgetrieben mit der Bemerkung, es sei ja von seiner früheren Arbeitsstelle mitgeteilt, daß er wegen socialistischer Umtriebe entlassen sei und Aufrechter beschäftigte sie grundtätig nicht.

Ich hoffe also, daß in Zukunft solche ganz beweislosen Behauptungen in den Berichten der Fabrikinspektoren unterbleiben werden. Mögen die Herren lieber ihr Augenmerk auf die Verhältnisse in den Fabriken selbst richten. Dem Herrn Staatssekretär aberreiche ich hiermit eine Geschichte der Glas-industrie und ihrer Arbeiter. In ihr ist alles Material, das die Zustände in der Glasindustrie charakterisiert, zusammengetragen. Die Regierung kann daraus ersehen, wo sie den Hebel ansetzen soll. Vor allem hoffe ich, daß ich nicht mehr genötigt sein werde, von dieser Stelle aus die Forderung eines generellen Verbots der Sonntagsarbeit in den Glashütten von neuem aufzustellen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Stögel (natl.):

Der Schluß der Rede des Abg. Wurm, daß wir niemals Frieden mit der Socialdemokratie haben würden, war sehr charakteristisch. Er sprach von der Klust, die Klasse zwischen Kapital und Arbeit, die hoffentlich immer größer werde. Da sieht man, wohin die Ziele der socialdemokratischen Partei gehen! Wir aber — und besonders wie in Westfalen — wollen Frieden mit unsren Arbeitern! Das dient nicht nur zum Heile unsres eignen Geldheuels (Wahl bei den Socialdemokraten) — damit die Herren auch wissen, daß wir auch für uns etwas haben wollen — sondern auch zum Heile des gesamten Vaterlandes. Abg. Wurm hat die Gewerkschaften ausdrücklich als Kampforganisationen bezeichnet. Da werden Sie (zu den Socialdemokraten) es uns wohl nicht verdenken, wenn wir gegen diese Organisationen etwas Mißtrauen hegen! Sie (zu den Socialdemokraten) betrachten alle Organisationen der Arbeiter nur als Förderungsmittel der socialdemokratischen Agitation. Herr Wurm hat viel Unglück mit seiner Rede gehabt: Der badische Bevollmächtigte wies einmal nach, daß keineswegs beabsichtigt war, dem Herrn v. Bredigoffen einen weniger arbeitstremden Nachfolger zu geben. Graf Pofadowsky bewies, daß es mit dem berühmten Geheimrat nichts sei und Herr Baasche gab über die Krupp'schen Wohlfahrts-Einrichtungen so eingehende Erklärungen, daß die Socialdemokraten dies Thema wohl nicht wieder berühren werden. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Was den Streik auf der Werft des Bremer „Sulkan“ anlangt, so ist dieser längst beigelegt und wäre noch einige Tage früher beigelegt worden, wenn sich nicht wieder die socialdemokratischen Gewerkschaften hier zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gedrängt hätten. (Hört! hört! rechts.)

Herr Wurm sagte, speziell zu mir gewandt, die Arbeitgeber meiner Industrie-Gruppe zeichneten sich besonders durch Missethaten solcher Arbeiter aus, die sich bei den Fabrikinspektoren über irgend welche Mißstände beschwerten. Dafür seien in den amtlichen Berichten Jahr für Jahr Beweise enthalten. Ich habe aber in den Berichten sämtlicher Ver-ginspektoren des vorigen Jahres keinen einzigen Fall gefunden, in dem ein Mann entlassen wäre, weil er mit dem Ver-ginspektor sich in Verbindung gesetzt hätte. Herr Wurm, ich erwarte also Ihre Beweise! Hoffentlich warten Sie damit nicht so lange, wie Herr Bebel mit seiner Aufklärung über den Luderbrief. (Anrufe bei den Soc.) Sonst müßte ich auf Sie ein Sprichwort antworten, das mit den Worten Columbario audacter anfängt.

Die Socialdemokratie hat in ihrer Taktik neuerdings zwei Grundsätze. Erstens behaupten Sie (zu den Socialdemokraten) irgend etwas darauf los; ob es wahr ist, wird nicht kontrolliert. Wenn man Ihnen nicht direkt widerspricht, heißt es, es habe sich als wahr erwiesen. Wir hätten viel zu thun, wenn wir allen Ihren unzulässigen Behauptungen entgegenzutreten wollten. Das zweite ist die Generalfassung von Einzelfällen. Wenn einmal ein Arbeitgeber einen Arbeiter nicht gut behandelt hat, heißt es sofort: So sind die Arbeitgeber! Die meisten Arbeitgeber und die Direktoren müssen viel mehr arbeiten, als die Arbeiter, zumal mit dem Kopfe. Auf der Düsseldorf'er Ausstellung hat man sehen können, wieviel der Intelligenz der Leiter verdammt wird. Wir werden in der socialpolitischen Fürsorge wie bisher fortfahren. Zu meiner Berufsgruppe speziell bestanden die Knappschäfts-laffen, noch ehe im Reichstag jemand an Arbeiterfürsorge dachte. Dabei besteht auch eine Witwen- und Waisenversicherung, aus der die Witwen 200 M. und jede einzelne Witwe 84 M. erhält.

Wir haben für diese Witwen- und Waisenversorgung 10 1/2 Mark auf den Kopf des Arbeiters im vorigen Jahre ausgegeben. Das ist gesehen, lange bevor Herr Trimborn hier von Reichstwegen eine Witwen- und Waisenversorgung antrage. Ich habe gegen die Witwen- und Waisenversorgung gestimmt, einmal weil ich auf so unsicherer Grundlage keine dauernde Aufgabe basieren wollte und zweitens, weil ich nicht bis 1910 warten wollte. Wir wäre es lieber, wenn die Regierung schon im nächsten Jahre in einer Vor-lage diese, wie ich zugebe, sehr schwierige Materie regeln möchte. Der zu erwartenden Krankenversicherungs-Novelle werden meine Freunde zustimmen, wie ich das auch von den übrigen Parteien erwarte. Die Kosten der socialpolitischen Gesetzgebung belaufen sich schon heute die Industrie, besonders auch die Montanindustrie, schwer. Die „Oibernia“, eine der bestgeführten Gesellschaften, hat im vorigen Jahre 281 Prozent des Anlagekapitals, d. i. ein Viertel des Reingewinns, für die Laffen der Versicherungs-Gesetzgebung aufgewandt. Die Appelderker Aktiengesellschaft sogar 48 Prozent, d. h. über die Hälfte des verteilten Reingewinns. Für die Tonne Kohlen werden 5 M. Lohn gezahlt, während sich die gesamten Selbstkosten auf 7 bis 8 M. belaufen.

Nun hat Abg. Stögel den Antrag auf Einführung des zehnstündigen Normalarbeitstages eingebracht. Ich halte ja eine effektive Arbeitszeit von zehn Stunden, zu der dann noch zwei Stunden Pause kommen, für ganz angemessen. Ich möchte aber dem Arbeiter unter keinen Umständen das Recht verweigern, wenn es seine Körperkräfte erlauben, auch länger zu arbeiten. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Sie von der Linken wollen alles über einen Stamm scharren, weil sie niemand aus dem Proletariat hinaufsteigen lassen wollen. (Gelächter bei den Socialdemokraten.) Wir wollen die Klust verringern, und ein bißchen Mehrarbeit schadet nicht, wenn sie dem Einzelnen ermöglicht auf diesem Wege social emporzusteigen. (Gelächter bei den Socialdemokraten.) Ich halte einen Normalarbeitstag also prinzipiell für bedenklich. Eine Aus-dehnung des Schulpalters vom sechzehnten auf das achtzehnte Jahr für jugendliche Arbeiter und eine Ver-längerung der Pausen für die jungen Arbeiter wäre für den Berg-bau sehr bedenklich. Die Eltern verlangen, daß die sechzehn-jährigen Arbeiter 250 M. täglich verdienen. Es liegt also in ihrem Interesse, daß an den jetzigen Zuständen nichts geändert wird. Kechnlich steht es mit den jungen Leuten, die in den Hüttenwerken arbeiten. Die Annahme des Antrages Hehl und Trimborn würde eine Verewerung des Arbeitsprozesses bedeuten. — In Rheinland-Westfalen wird auf keinem Hüttenwerke und in keiner Grube eine Frau beschäftigt. Das ist keine Arbeit für Frauen. Aber man muß doch bedenken, wenn die Frauen jetzt länger als zehn Stunden arbeiten, daß sie das nur thun, um mehr zu verdienen. Wenn die Kinder nach Brot schreien und der Mann nichts verdient, wollen Sie dann der Frau verbieten, ihre Arbeitskraft bis aufs äußerste auszunützen? Mindestens sollten wir die Einnahme über die Frauenarbeit abwarten. — Was nun die Ueberarbeit anlangt, so ist sie, wenn Kohlenmangel eintritt, auch im Bergbau nötig. Zwingen soll man niemand zur Ueberarbeit, aber man soll den Arbeiter auch nicht daran hindern. Jetzt verlangen die Socialdemokraten den Achtstundentag, aber wenn sie ihn haben, dann werden sie den Schulpflichtentag, ja den Vier-stundentag fordern. So entschieden ich gegen den allgemeinen Maximalarbeitstag bin, so sehr bin ich stets für eine Ausdehnung des familiären Maximalarbeitstages eingetreten.

Herr Hoch hat wieder die Verelendungstheorie propagiert. Die Statistik beweist aber unabweislich, daß die Einkommen unter 3000 M. mehr gestiegen sind als die Einkommen über 3000 M. Ferner geht aus den Veröffentlichungen der Berufsvereinigungen hervor, daß die Löhne im allgemeinen gestiegen sind und schließlich verweise ich darauf, daß 1800 in die preussische Sparkasse 151 Millionen Mark, 1901 6243 Millionen Mark eingezahlt worden sind. Ich greife nicht, wie trotzdem Herr Hoch die Verelendungstheorie, die ja auch schon aus seinem eignen Lager heraus oft genug widerlegt

worden ist, noch einmal vorbringen konnte. Wir werden uns durch alle Angriffe nicht irren lassen in unserer Fürsorge für die Arbeiter fortzuführen und ich bin überzeugt, wir zwingen die Herren Socialdemokraten doch noch zu Boden. (Beifall bei den Nationalliberalen; Lachen bei den Socialdemokraten.)

Abg. Gamp:

Wenn die Herren Socialdemokraten den Angriffen der Herren Trimbom und Pasche gegenüber nichts auszuführen hatten, als Herr Horn gesagt hat, dann ist es um ihre Sache sehr schlecht bestellt. (Große Unruhe bei den Socialdemokraten; Rufe: Kommt noch!) Die Herren sollten zunächst sich um die Verhältnisse in ihren eigenen Betrieben kümmern. Sehen Sie doch auf Ihre Konsumvereine, Ihre Druckereien, Ihre Zeitungsverordnungen. Jedes Jahr bekommen wir Klagen über die Maltraktierung der Angestellten und die schlechten Einrichtungen zu hören. Wo haben Sie dort den Achtstundentag? (Beifall bei den Socialdemokraten; Druckerei des „Vorwärts“, „Hamburger Echo“. Abg. Singer: Neben Sie doch nicht solchen Unfug, Sie wissen ja nichts.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Einer der Herren hat gerufen, der Abgeordnete solle nicht solchen Unfug reden. Das ist nicht zulässig.

Abg. Gamp (fortfahrend):

Ich habe nicht von Druckereien gesprochen. (Große Unruhe bei den Socialdemokraten; Rufe: Geh! Geh!) Ich habe von Zeitungsverordnungen gesprochen, und müssen denn die Leute im „Vorwärts“ nicht auch die Nacht hindurch arbeiten? Wissen Sie denn nichts von den Beschwerden Ihrer Lagerhalter in den Konsumvereinen? Der „Vorwärts“ hat doch so viel Ueberflüsse? (Abg. Singer: Die kommen der Parteikasse zu gute!) Sie geben also zu, daß Sie sich vom Groschen der Arbeiter mästen. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Zu meinem Bedauern ist den Socialdemokraten Herr Köfide-Desau zu Hilfe gekommen, als Einziger von den bürgerlichen Parteien. Er sagte, was ist ein Krankengeld von einer Mark, was sind Pensionen von 150 und 250 Mark? Er hat darin vom schlechtesten sozialpolitischen Willen der Industriellen Deutschlands gesprochen. Ich glaube nicht, daß er bei seinen näheren Freunden damit Beifall findet. (Rufe des Abg. Rommsen.) Ich konstatiere hiermit, daß der Abg. Rommsen zu meinem allerdings sehr lebhaften Bedauern auch auf diesem Standpunkt steht. Herr Köfide hat das Streikposten stehen verteidigt und die schwarzen Listen verurteilt. Sie müssen doch aber den Arbeitgebern das gleiche Recht, sich zu vereinigen, zugestehen, wie den Arbeitern. — Den Herrn Staatssekretär möchte ich bitten, einmal eine Statistik darüber aufzunehmen, ob in irgend einem andern Lande die nationale Produktion so überlastet ist, wie bei uns. Herr Köfide sprach auch von dem allgemeinen gleichen und direkten Wahlrecht in den Einzelstaaten. Ich wäre gern bereit, den großen Kommunen wie Berlin, Königsberg usw. einmal auf Probe für 5 Jahre das allgemeine gleiche Wahlrecht zu geben. — Herr Hermes schüttelt mit dem Kopf — sehen Sie, das ist der Pferdeschweif. (Große Heiterkeit.) Die freisinnigen Stadtverordneten von Berlin denken gar nicht daran, das allgemeine gleiche Wahlrecht einzuführen, da wo sie die Macht dazu haben. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Daß die Bäderverordnung nicht einwandfrei ist, hat ja die Regierung selbst zugegeben. Alle Einwände, die wir stets gegen die Bäderverordnung erhoben haben, daß sie zu schematisch sei, die Betriebe nicht genügend individualisiere usw., sind von dem Abg. Dr. Crüger gegen die Gastwirtsgehilfen-Verordnung erhoben worden. Dr. Crüger hat geradezu unsere Argumente gegen die Bäderverordnung angegriffen! (Abg. Singer: Hört! Hört!) Ich wundere mich nur, daß die Herren von der Socialdemokratie, in deren Reihen ja gerade hierfür zahlreiche Sachverständige sitzen, sich zu der Gastwirtsgehilfen-Verordnung noch nicht geäußert haben. (Abg. Singer: Kommt noch!) Ich kann die Anregung Dr. Crügers auf eine Revision dieser Verordnung nur unterstützen.

Ich möchte fragen, ob es zulässig sein wird, die vorliegenden Resolutionen hier zur Abstimmung zu bringen. Denn es unterliegt doch keinem Widerspruch, daß alle diese jetzt von uns verhandelten Resolutionen mit dem Etat nicht das mindeste zu thun haben. Sie sind schon zu Beginn der Session eingebracht worden und müssen demgemäß in der Reihenfolge des Eingangs zur Abstimmung gestellt werden. (Rufe bei den Socialdemokraten: Anträge!) Ja, die Geschäftsordnung sagte gerade, daß von Mitgliedern des Hauses eingebrachte Anträge in der Reihenfolge, in der sie eingeht, zur Abstimmung kommen müssen. Ich will aber bei der gegenwärtigen Geschäftslage des Hauses keinen Widerspruch erheben.

Was die Anträge selbst anlangt, so ist die Forderung der Abg. Sehl und Trimbom auf eine zehnstündige Frauen-Arbeitszeit durch die in Deutschland thatsächlich bestehenden Verhältnisse vielfach schon überholt. Man muß doch mit einer gewissen Vorsicht an diese Forderung herangehen und die lokalen Verhältnisse berücksichtigen. Hier in Berlin würde ich es z. B. für richtig halten, die Arbeitszeit der Frauen wesentlich einzuschränken. Ganz anders liegt es in den kleineren Orten und auf dem Lande. — Das zu erwartende Krankenversicherungsgesetz wird hoffentlich die Ungleichheiten ausgleichen, die auf diesem Gebiete heute für die verschiedenen Arbeitgeber bestehen.

Die Handwerker sind bei diesen ganzen Debatten leider sehr schlecht weggekommen. Auch Graf Pofadowsky hat nur ein sehr geringes Wohlwollen für sie übrig gehabt. Der Befähigungsnachweis für das Handwerk läßt sich aber wohl durchführen. Redner schließt: Meine Freunde billigen die berechtigten sozialpolitischen Aktionen, soweit sie auf genügender Grundlage beruhen. Wir müssen fortfahren, aber: erst wägen, dann wagen! (Beifall rechts.)

Abg. Augst (fädd. Volksp.) wendet sich gegen die Einführung des Befähigungsnachweises für das Handwerk. Man spricht immer vom Schutz der nationalen Arbeit. Zu einer Zeit, wo dem Handwerker die unentbehrlichen Halbfabrikate durch Zölle verteuert werden, wo der Bund der Landwirte die Parole „keine Handelsverträge“ ausgegeben hat, hat das Handwerk wahrhaftig etwas andres zu thun, als sich mit dem Befähigungsnachweis zu befassen. (Zustimmung links.)

Abg. v. Staudy (l.) bestreitet, daß der Bund der Landwirte jemals die Parole „keine Handelsverträge“ ausgegeben hat. Ueber die Einbringung des Centrumsantrages auf Einführung des zehnstündigen Maximal-Arbeitstages muß ich meine Verantwortung ausprechen. Es wäre meiner Ansicht nach Sache der Abgeordneten, diese tief einschneidende Maßregel erst mit den Wählern eingehend zu besprechen. Auch aus anderen Gründen wende ich mich gegen diesen Antrag. Von gewisser Seite wird jeder Fortschritt auf diesem Gebiete dazu benutzt, neue unerfüllbare Forderungen zu stellen. Außerdem bedeutet der Antrag einen Eingriff in die individuelle Freiheit des Einzelnen, die wir nicht gutheissen können. Die Aeußerung des Grafen Pofadowsky über den Mittelstand bedauere ich auf das tiefste. Was meinte denn eigentlich Graf Pofadowsky mit dem Worte „moderner Staat“? Meinte er vielleicht den kapitalistischen Staat? Hoffentlich giebt uns Graf Pofadowsky hierauf eine Antwort.

Staatssekretär Graf Pofadowsky:

Herr Gamp hat behauptet, die Gastwirtsgehilfen-Verordnung wäre vom grünen Tisch aus entworfen. Dem gegenüber stelle ich fest, daß die arbeitsstatistische Kommission, welcher die Vorverhandlungen übertragen wurden, einen Fragebogen entworfen hat, der 10 Proz. der bestehenden Gast- und Schankwirtschaften zur Verantwortung vorgelegt ist. Ferner hat die Kommission Umfrage bei Organisationen der Arbeitgeber und der Keller und Küche gehalten und schließlich zahlreiche Auskunftspersonen aus dem Stande der Hotelbesitzer, Restaurateure, Keller, Küche über ihre eigenen Arbeitsverhältnisse gehört. Der Bericht der Kommission ist dem

hohen Hause und der Öffentlichkeit mitgeteilt. Auf dieser Grundlage ist die Gastwirtsverordnung entworfen worden und sämtlichen verbündeten Regierungen zugeandt. Die preussischen Herren Regierungen-Präsidenten haben sie begutachtet, die doch gewiß auch nach Herrn Gamps Meinung dem praktischen Leben ziemlich nahe stehen. So ist die Verordnung entstanden. Nun werden jetzt herbe Tadel laut. Bei jeder Arbeitergehilfen-Verordnung, die wir bisher erlassen, finden sich immer Teile der Interessenten, die die heftigsten Angriffe gegen sie richten. Diejenigen, die den Segen dieser Verordnung genießen, sind leider hinterher die stillen Leute im Lande. Vorher agitieren sie, nachher aber hört man von ihnen nichts mehr, sondern nur noch von denen, denen eine solche Verordnung lästig ist. Als eine Aenderung dieser Verordnung können wir erst denken, wenn gangbare, praktische Vorschläge gemacht werden. Der Herr Redner ist wieder auf meine Rede über den Mittelstand gekommen. Ich stelle noch einmal fest, daß meine Erörterungen sich anknüpfen an die Frage des allgemeinen Befähigungsnachweises. Mit dem allgemeinen Befähigungsnachweis hat man in Desterreich sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Zahllose Erkenntnisse liegen vor, z. B. darüber, ob Sattler berechtigt seien, Sofas und Matratzen zu machen. (Hört, hört.) Herr Gamp sagte, er wolle nur, daß nur derjenige Lehrling ausgebildet dürfe, der selbst das Handwerk gelernt hat. Das aber ist schon jetzt in unserer Gewerbe-Ordnung ausgeprochen.

Wir können in dem jetzigen Stadium der Verhandlungen nicht die Mittelstandsfrage in ihrer ganzen Bedeutung erörtern. Daß ich davon überzeugt bin, daß die Landwirtschaft eins der wichtigsten Elemente des Mittelstandes ist und daß wir die Landwirtschaft lebensfähig erhalten müssen, dafür habe ich in meiner ganzen politischen Tätigkeit so viele Beweise erbracht, daß ich es heute kaum noch zu erwägen brauche. Man darf aber die Frage des Mittelstandes nicht mit der Frage des Befähigungsnachweises identifizieren.

Ueber die Einführung der Sonntagsruhe in den Glashütten sind eingehende Recherchen angestellt. Die Verhältnisse in den Hohlglashütten sind aber so verschiedenartig, daß aus der Thatfache, daß eine Anzahl von Fabriken die Sonntagsruhe mit Ausnahme der Befuerung der Ofen durchgeführt haben, nicht auf die Möglichkeit einer allgemeinen Sonntagsruhe in allen Glashütten geschlossen werden kann. Ich habe an die verbündeten Regierungen ganz allgemein die Frage gerichtet, in welchen Betrieben es notwendig sei, die Ausnahmen von der Sonntagsruhe auszuheben. Bei dieser Prüfung wird auch die Möglichkeit einer allgemeinen Sonntagsruhe in den Glashütten geprüft werden.

Abg. Stöder (wildl.):

Aus dem, was die Abgg. Wurm und Hoch neulich gesagt haben, suchen wir Socialreformer trotz der wilden Leidenschaft dieser Reden sachlich zu lernen. Aber beide Reden haben auch den ewigen Krieg der Besitzlosen gegen die Besitzenden proklamiert, und es ist der Gewinn der Unternehmer als „Raub“, als „Blutgeld“ und „Schandgeld“ bezeichnet worden. Eine solche Ausdrucksweise sollte nicht nur unter Gebildeten, sondern bei allen Vernünftigen unmöglich sein! Wer das sagt, ist entweder ein gehässiger Jude, der Deutschland nicht mag, oder ein Proletarier, der alle Besitzenden instinktiv haßt! Diese Art, über unsere wirtschaftlichen Verhältnisse zu reden, ist sitzlich nicht erlaubt — sie ist nicht vernünftig! (Lachen bei den Socialdemokraten.) In der socialdemokratischen Partei sitzen reiche, wohlhabende Leute. Reich sein, elegant leben und dann diese Parole mitmachen, verstößt gegen jede politische Vernunft. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Das fählen die Arbeiter, daß die reichen Leute ganz andre Instinkte haben. Als Herr Ledebour neulich am Rhein gegen die neutralen Arbeiter agitirte, schrieb ihm die „Vergarbeiter-Zeitung“ folgendes ins Stammbuch. Es wurde da gesprochen von dem „graziösen tänzelnden Salonstreich mancher berühmter Parteiführer“. Wenn es so weiter ginge, könnte es zu Auseinandersetzungen kommen, wobei einige geschneigte und gebügelte Konjunkturaare lassen müßten. Also selbst Stüger fänden die Proletarier in gewissen Kreisen der socialdemokratischen Führer. (Abg. Ledebour ruft: Armer Hund.) Herr Stöder ist ein sehr verdienstvoller Mann. — Unter Ihnen (zu den Socialdemokraten) befinden sich nur drei Arbeiter, eine Reihe anderer sind früher Arbeiter gewesen, es muß ihnen aber nicht ganz gut gefallen haben, denn sie sind aus dem Proletariat ausgetreten. (Große Heiterkeit bei den Soc.) Herr Hoch sprach davon, daß Unternehmergewinn Blutgeld, Schandgeld sei. Die Socialdemokratie hat aber doch einen Mann wie Herrn Singer zu ihrem Führer erwählt in einem Augenblicke, als auch er seinen Unterhalt aus einem kapitalistischen Unternehmen zog. Das ist doch ein Widerspruch, wie ihn die Welt noch nicht erlebt hat. (Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Das macht ja denselben Eindruck als wenn man einen Enthaltensvereiner aus lauter Trunkenbolden gründen wollte. (Erneute Heiterkeit.) — In einem socialdemokratischen Flugblatt heißt es über den Zolltarif: „Die Majorität des Reichstages hat noch schnell die letzte Gelegenheit benutzt, um auf Kosten des arbeitenden Volkes ihre Taschen zu füllen.“ (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Sie können doch nicht leugnen, daß unter den Abgeordneten der Rechten, des Centrums und der Nationalliberalen eine ganze Menge von Leuten sitzen, die nicht den geringsten finanziellen Nutzen davon haben. Wie kam man also mit einem so verlogenen, verleumderischen Machtwort unter die Arbeiter gehen! (Große Unruhe bei den Socialdemokraten.) In dem Flugblatt steht: „Es kostet heute der Doppelcentner Roggen 5 Mark Zoll, Weizen 5,50 Mark. Kostet er das wirklich heute, haben wir schon neue Handelsverträge? Der Mann, der das geschrieben, hat also eine gemeine Lüge ausgeprochen. (Unruhe bei den Socialdemokraten.) Rufe: Lesen Sie doch weiter! Hat es denn überhaupt einen Sinn, von Wroiwucher zu sprechen? Es handelt sich doch überhaupt um agrarische Produkte, die wir besteuern müssen, weil sie aus fremden Ländern zu uns kommen. (Rufe bei den Socialdemokraten: Um die Preise hier zu steigern!) Ich will Ihnen ein Beispiel von wirklichem Wroiwucher geben. Vor einigen Jahren ging durch die Presse der Geschäftsbericht über die socialdemokratische Genossenschaftsbäckerei von Berlin. Jeder Teilnehmer hatte 5 M. eingekauft. Im Jahre 1898/99 wurde darauf ein Gewinn von 500 M. gezahlt, das heißt 10000 Proz. Ist das nicht ein unerhörter Wroiwucher. (Rufe bei den Socialdemokraten: Das geht uns ja gar nichts an.) Ich zeige Ihnen ja nur, was wirklich Wroiwucher ist, die Leute hätten ja doch ihren Parteigenossen das Brot etwas billiger geben können. — Was die vorliegenden Anträge anlangt, so sind die socialdemokratischen Anträge natürlich ganz unbrauchbar (Große Heiterkeit b. d. Socialdem.) und entspringen ganz offenbar agitatorischen Motiven. Mit dem zehnstündigen Maximal-Arbeitstage für Jugendliche und Frauen bin ich einverstanden.

Herr Ledebour hat in Westfalen nach der „Westfälischen Arbeiterzeitung“ geäußert, die Gewerkschaften müßten die rote Fahne hochhalten. Wenn sie sie wie ein Schmutzstück in die Tasche stecken, dann, ja dann, Socialdemokratie, dann bist du ruiniert.“ Wir sollten doch einen Versuch machen mit der Anerkennung der Berufsvereine; die Erfahrung lehrt, daß der Mensch, so er arbeitet und nicht bloß agitirt, konservativ wirkt. Natürlich müßten dann diese Vereine, wenn sie den gesetzlichen Bedingungen nicht entsprechen, auch wieder aufgelöst werden können, damit die Gefahr nicht so groß ist. Deshalb möchte ich den Antrag Stöder dringend empfehlen. (Beifall rechts.)

Darauf verlegt sich das Haus.

Persönlich bemerkt

Abg. Ledebour (Soc.): Die vom Abg. Stöder erhobenen Angriffe der „Vergarbeiter-Zeitung“ sind ohne Kenntnis meines Namens erschienen. Die Behauptung, daß sie gegen mich gerichtet seien, ist eine Zuthat des Herrn Stöder. (Abg. Stöder ruft: Ich habe nichts

hinzugefügt!) Der „Vorwärts“ hat seiner Zeit die „Vergarbeiter-Zeitung“ aufgefordert, den Namen des Gemeinten zu nennen. Darauf hat die „Vergarbeiter-Zeitung“ gar nicht geantwortet. Ich wiederhole also, daß es eine Zuthat des Herrn Stöder war, den Angriff sei gegen mich gerichtet gewesen. (Abg. Stöder ruft: Ich habe es gar nicht gesagt!) Ich appelliere an das Haus! Sie alle haben es gehört! Herr Stöder hat meinen Namen genannt! Herr Stöder hat meinen Namen genannt! Er hat die Kritik der „Vergarbeiter-Zeitung“ erwähnt und dabei mit höflichem Lächeln auf mich hingewiesen, so daß niemand anders gemeint sein konnte, und jetzt sucht er sich herauszureden.

Was Herr Stöder weiter über meine angebliche Aeußerung über die Gewerkschaften aus der „Vergarbeiter-Zeitung“ citirt hat, liegt schon etwa zwei Jahre zurück. Die „Vergarbeiter-Zeitung“ hat damals meine Rede unrichtig aufgefaßt und gegen diese unrichtige Auffassung polemisiert. In Wirklichkeit habe ich niemals gesagt, daß die Socialdemokratie ruiniert sei, wenn die Christlich-Socialen sich mit den Vergarbeiter-Verbänden oder mit den neutralen Gewerkschaften loatieren.

Abg. Hoch (Soc., persönlich): Die persönlichen Angriffe des Abg. Stöder berühren mich in keiner Weise. Er hat aber außerdem in Bezug auf meine Person in unwahrer Weise behauptet, ich hätte die Witwen- und Waisenversicherung für ein Verbrechen erklärt. Ich habe nur die Verbindung der Witwen- und Waisenversicherung mit dem Budgetarif kritisiert, also daß man erst durch den Brotwucher dem arbeitenden Volke alljährlich ungeheure Summen abnimmt und ihm dann einen kleinen Teil von diesem Säubengelde wieder zurückgiebt.

Abg. Stöder (wildl.): Daß Herr Hoch gestern die Witwen- und Waisenversicherung oder die Art und Weise, wie das Geld dafür aufgebracht wird, ein Verbrechen genannt hat, darüber haben wir uns gestern hier noch in privatem Kreise unterhalten. Das steht also fest. (Rufe links: Unwahrheit!) Er kann nicht bei der Wahrheit bleiben! Das sind ja die alten jüdischen Praktiken der Socialdemokratie. Was Herrn Ledebour anlangt, so habe ich nur gesagt: Nachdem Herr Ledebour in Westfalen gewesen ist, sind die Artikel geschrieben. Selbstverständlich habe ich auch an ihn gedacht, aber ausgesprochen habe ich es nicht.

Abg. Ledebour: Herr Stöder hat ausdrücklich gesagt, ich sollte mir den Inhalt der Artikel ins Album schreiben. Er wollte also den Eindruck erwecken, daß die Artikel auf mich gemünzt seien.

Abg. Stöder (wildl.): Selbstverständlich wollte ich das! (Heiterkeit.) Ich kann mir die Verwirrung, die im Kopfe des Herrn Ledebour herrscht (Heiterkeit), nur aus dem Gefühl der großen Unbegreiflichkeit erklären, das bei ihm meine Rede hervorgerufen hat.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)
Schluß 9/4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

19. Sitzung vom Donnerstag, 12. Februar, 11 Uhr.

Am Regierungstische: Schönstedt.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation des Abg. Hirsch-Effen (natl.) betr. die Aufhebung der Gerichtsferien.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort Abg. Hirsch (natl.).

Justizminister Schönstedt: Ich habe bereits mehrfach mich entschieden gegen die radikale Beseitigung der Gerichtsferien ausgesprochen. Die Agitation für Aufhebung der Gerichtsferien ist vor allem ausgegangen von den rheinisch-westfälischen Handelskammern. Ich habe im vorigen Jahre die Oberlandesgerichte und Anwaltskammern um eine gutachtliche Aeußerung ersucht. Diese haben sich einstimmig gegen die Aufhebung der Gerichtsferien ausgesprochen. Es würden sich nach ihrer Ansicht bei der Aufhebung der Ferien schwerere Uebelstände ergeben als die jetzt bestehenden. Die Gerichtsferien bestehen in fast allen Kulturländern. Selbstverständlich muß das Interesse des rechtsuchenden Publikums in erster Stelle stehen. Es ist auch richtig, daß ursprünglich die Gerichtsferien mit Rücksicht auf die Erntezeit der Landwirtschaft eingeführt wurden. Wenn auch zugegeben werden muß, daß relativ die Landwirtschaft heute nicht mehr dieselbe Stellung hat wie bei Einführung der Gerichtsferien, so hat sie doch heute noch bei uns eine sehr erhebliche Bedeutung und in ihrem Interesse liegen auch heute noch die Gerichtsferien. Ebenso haben sich weite Kreise der Kleinhandlcr dafür ausgesprochen, daß sie wenigstens ein paar Monate im Jahre vor Klagen geschützt sind und sich sammeln können. Dazu kommt, daß die Reisefreiheit bei der fortschreitenden Bildung und dem fortschreitenden Wohlstand immer mehr um sich greift. Bei Aufhebung der Gerichtsferien würden die Urlaubsgelände der Richter sich doch auf dieselbe Zeit zusammendrängen wie bisher. Auch die Rechtsanwölle bedürfen einiger Monate der Erholung, schon um sich in die neuen Gesetze einzuarbeiten. Ich gebe zu, daß das Gerichtsverfassungs-Gesetz in den Bestimmungen darüber, welche Streitigkeiten als Ferienfachen zu behandeln sind, nicht immer das Richtige trifft. In diesem Sinne habe ich dem Herrn Reichsanwalt Mitteilung gemacht und die Gesichtspunkte hervorgehoben, nach denen eine Verjüngung zu erreichen wäre. Unter andern wäre es wünschenswert, wenn die Erledigung solcher Sachen, die ohne mündliche Verhandlung im Wege des Beschlußverfahrens ihre Erledigung finden können, in den Ferien geschieht. Weiter werde ich darauf hinwirken, daß die Zahl der Ferienkammern und Ferienferien vermehrt wird, und den Richtern wird noch im Frühjahr die Anregung zugehen, daß sie möglichst weitestgehend im Interesse des Publikums in Bezug auf die Anerkennung von Ferienfachen vorgehen. (Bravo!)

Auf Antrag des Abg. Dr. Eckels (natl.) findet eine Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Kewoldt (st.) spricht sich gegen eine völlige Beseitigung der Gerichtsferien aus.

Abg. Borsh (C.) erklärt das Einverständnis seiner Partei mit den Ausführungen des Ministers.

Abg. Weise (l.): Namens meiner politischen Freunde kann ich erklären, daß wir einstimmig gegen die Aufhebung der Gerichtsferien sind.

Abg. Träger (fr. Sp.) erklärt sich als ein principielle Gegner der Aufhebung der Gerichtsferien.

Abg. Krause-Waldenburg (st.) erklärt sich gleichfalls gegen die Beseitigung der Gerichtsferien.

Justizminister Schönstedt: Dem Vorschlage des Herrn Kewoldt auf Erledigung der Handelsfachen während der Ferien muß ich widersprechen. Die heutige Diskussion hat das Gute gezeigt, daß die Notwendigkeit der Beibehaltung der Gerichtsferien fast einstimmig anerkannt ist. (Bravo!)

Es folgt die zweite Lesung des Justiz-Etats.

Bei Titel 1 (Gehalt des Ministers) fordert

Abg. Dr. Wagem (C.) eine Verkleinerung der Amtsgerichtsbezirke, um dem Publikum mehr als bisher einen persönlichen Verkehr mit den Richtern zu ermöglichen. Redner wünscht die Errichtung eines Landgerichts in Arefeld.

Justizminister Schönstedt: Ich stehe der Frage auf Errichtung eines Landgerichts in Arefeld wohlwollend gegenüber. Jedoch ist zur Zeit noch nicht das Minimal-Arbeitspensum für Arefeld erreicht, das wir für die Errichtung eines Landgerichts als Voraussetzung fordern müssen.

Abg. Dr. Weise (l.) erklärt sich gegen die geplante Errichtung von kaufmännischen Schiedsgerichten. Wir werden dadurch immer mehr sociale Gerichte erhalten und nähern uns der Erfüllung der socialdemokratischen Forderung, daß die Richter vom Volke gewählt werden sollen. Ich möchte ganz entschieden erklären, daß wir nicht gewillt sind, auf diesem Wege auch nur einzigen Schritt vorzugehen. (Bravo! rechts.)

Abg. Kirch (C.) bedauert, daß die Gerichtskosten immer noch nicht ermäßigt worden sind. Medner führt noch darüber Beschwerde, daß bei Entmündigungsfällen immer nur der Kreisarzt hinzugezogen werde. Es scheint, als ob man dadurch das Gehalt der Kreisärzte erhöhen wolle. (Beifall im Centrum.)

Zustizminister Schönstedt: Die Beschaffung neuen Materials über die Wirkung der Gerichtskosten soll thätigst beschleunigt werden. Die Verfügung betr. die Hinzuziehung von Kreisärzten ist veranlaßt durch eine Eingabe des preussischen Medizinalbeamtenvereins, die sich auf das Kreisarzt-Gehalt stütze. Nach diesem Gesetz kommt thätigst der Kreisarzt in erster Linie in Betracht. Der Minister kommt weiter auf den Richterangel zu sprechen. Bei dem fortwährenden Wachsen der Geschäfte werden wir mit einem immer größeren Defizit an Richtern in das nächste Jahr eintreten. Die neu bewilligten Stellen sind immer nur ein Tropfen auf den heißen Stein. (Hört! hört! rechts.) Ich hoffe mit Bestimmtheit, daß der Finanzminister, der bisher durch die ungünstige Finanzlage ja entschuldigt war, das einsehen wird und bald eine Vermehrung der Richterstellen bewilligen wird. (Beifall.)

Abg. Peltzohn (fr. Bg.) wendet sich gegen eine Äußerung des Abg. Lenzmann im Reichstage, nach der in Bezug auf den Geheim-

bund-Prozess gegen die polnischen Gymnasien in Thorn behauptet wird, daß im Osten Deutschlands parteiisch geurteilt werde. Das sei nicht der Fall. Viel eher werden von den Richtern, um den Schein der Parteilichkeit nicht auskommen zu lassen, Vergehen, die von Polen begangen sind, milder beurteilt, als solche, die von Deutschen begangen sind.

Zustizminister Schönstedt: Ich würde mich einer Pflichtvergessenheit schuldig machen, wenn ich nicht meine volle Zustimmung zu den ersten Ausführungen des Vorredners ausdrücken würde. Es besteht in der That kein Unterschied in der Rechtsprechung zwischen dem Westen und Osten, alle Richter thun gleichmäßig ihre Schuldigkeit. (Bravo!)

Abg. Dr. Kewoldt (fl.) schließt sich in Bezug auf die kaufmännischen Schiedsgerichte dem Abg. Weise an. Zum mindesten sollten die Richter nicht gewählt, sondern ernannt werden, um das Eindringen sozialdemokratischer Elemente zu verhindern. (Beifall rechts.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr vertagt.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Eingegangene Druckschriften.

Hall Krupp, zweite Auflage. 61 Seiten. Preis 50 Pf. Druck und Verlag von G. Hall u. C., Nürnberg.
Die Vermählung von Stadt und Land. Ein soziales Experiment. 20 Pf. Verlag der Gartenstadt-Gesellschaft, Robert Lang, Schladitzsee.
Geschäftsbericht der Arbeitervertretung der Fabrik von Geim. Breese in Berlin für 1902.

Stationen	Kilometer Länge	Ein- richtung	Wendepunkte	Seiten	Temp. u. G. P. G. = 40°	Stationen	Kilometer Länge	Ein- richtung	Wendepunkte	Seiten	Temp. u. G. P. G. = 40°
Stoßend.	757	SB	6 Bedeck.	5		Saparanda	734	A	2 woffig	-7	
Damburg	761	SB	7 Bedeck.	5		Wettersburg	726	SB	3 Bedeck.	0	
Berlin	761	SB	4 woffig	6		Corf	772	SB	3 Bedeck.	0	
Kranf./M.	769	SB	2 Bedeck.	3		Werdeen	773	SB	1 Bedeck.	2	
Rähnen	771	SB	4 woffig	4							
Wien	766	SB	5 Halbd.	7							

Weiter-Prognose für Freitag, den 13. Februar 1903.
Etwas kühler, vielmal heller, aber noch veränderlich mit geringen Niederschlägen und kühler nordwestlichen Winden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 13. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr:

Cyranus. Tristan und Isolde.
Schauspielhaus. Die Abteilungen.
Kriemhilds Rache.

Deutsches. Norma.
Berliner. Sanatorium Siebenberg.
Leffing. Der blinde Passagier.
Kenes. Der reine Mann.
Heibens. Lullu. (Louise).
Thalia. Der Stachelnackel.
Central. Madame Scherry.
Belle-Alliance. Am Telephon.
Hierauf: Cupido u. Cie.

Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater).
Der Meister von Palmyra.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstadt.
Theater). Heimat.
Westen. Der Postillon von Lon-
jumeau.

Carl Weich. Das sechste Gebot.
Jugend.
Luisen. Der Hüttenbesitzer.
Kleines. Nachtasyl.
Trianon. Die Liebeschaukel.
Apollo. Raktis Hochzeit.
Metropol. Reue! Reue!
Casino. Cavalleria rusticana.
Palast. Berliner Luft. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Städtl. Städtl. Sänger.

Passage-Theater. Spezialitäten.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten.
Urania. Taubenstrasse 48/49.

Das Land Tirol.
Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Im Hofsaal um 6 Uhr: Dr. Donath:
Einführung in die Wechselstrom-
Erscheinungen.
Um 8 Uhr: Dr. C. Müller: Das
Rag der Arbeit und die Arbeits-
form der Pflanze.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.

Abends 8 Uhr:

Das Land Tirol.

Im Hofsaal um 6 Uhr:

Dr. Donath: Einführung in die
Wechselstrom-Erscheinungen.
Um 8 Uhr:

Dr. C. Müller: Das Mass der
Arbeit und die Arbeitsform der
Pflanze.

Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.

Passage-Theater.

Anfang Sonntags 3 Uhr.

Wochent. 5 Uhr. Anf. d. Abend-
vorstell. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Ganz Berlin zerbricht sich
den Kopf über

AGA die schwebende
Jungfrau.

Mysteriöses Theaterstück in
1 Akt.

The three Devils: Die
Wettfahrt im Todesring.

Willy Prager prolongiert.
14 neue erstklass. Nummern.

CASTANS

Panoptikum

Friedrichstrasse 165.

Neu! Die tatowierte Schönheit

Miss Karri

in ihren klassischen lebenden
Bildern.

Neu! **OTTO REUTER**

Neu! Wiener Damenkapelle
Krauz.

Gr. Promenaden-Konzert.

Apollo-Theater.

Heute abend um 8 Uhr:

Nakiris Hochzeit

Um 9 1/2 Uhr:

Die neuen Spezialitäten:
Robert Steidl auf dem Hänge-
boden.

Neu **Original-Cake-Walk-Tänzer** Neu

(3 Neger und 3 Negerinnen).
Morgen: 8 Uhr: Frau Luna.
Sonntag: 8 Uhr: Frau Luna.

In allen Vorstellungen: Das
elektrische Ballett.

Belle-Alliance-Theater.

Abends 7 1/2 Uhr:

Am Telephon.

Drama in 3 Aufzügen.
8 1/2 Uhr:

Cupido & Cie.

Schwank mit Gesang und Tanz in
3 Aufzügen.

Casino-Theater

Leffingstr. 37.

Neu! 8 Uhr abends: Neu!

Trudy u. Charles Atlessy.

Großer Erfolg! Unteroffizier Lehmann.
Bonne! Cavalleria rusticana.

Wochentags 8, Sonntags 7 1/2 Uhr.
Neue Vorstellungen, täglich von
Februar bis Mai, sind an den be-
kanntesten Stellen und normiert von
10-11 1/2 Uhr an der Stoffe gratis zu
haben.

Buntes Theater

Köpnickstrasse 68.

Abends 8 Uhr:

Volkstümliche Vorstellung bei
bedeutend ermäßigten Preisen.
(Parkett 1,90 Mk.):

Jugend.

Sonabend, den 14. Februar,
um 1. Male: Lorenzo di Medici.
Schwank in 3 Akten v. R. Rittner.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.

Anfang 8 Uhr:

Das sechste Gebot.

Modernes Zeit- und Sittenbild in
sechs Vorgängen von Ernst Arenfeld.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Sonabend: 8 Uhr: 4 Uhr,
Kindervorstellung: Die 7 Naben.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.

(Wallner-Theater).

Freitagabend 8 Uhr:

Der Meister von Palmyra.

Dramatische Dichtung in 5 Aufzügen
von Adolf Bilbrandt.

Sonabendabend 8 Uhr:

Der Meister von Palmyra.

Sonntag: 8 Uhr: 4 Uhr,
Kindervorstellung: Die 7 Naben.

Sonntag: 8 Uhr: 4 Uhr,
Kindervorstellung: Die 7 Naben.

Sonntag: 8 Uhr: 4 Uhr,
Kindervorstellung: Die 7 Naben.

Sonntag: 8 Uhr: 4 Uhr,
Kindervorstellung: Die 7 Naben.

Sonntag: 8 Uhr: 4 Uhr,
Kindervorstellung: Die 7 Naben.

Sonntag: 8 Uhr: 4 Uhr,
Kindervorstellung: Die 7 Naben.

Sonntag: 8 Uhr: 4 Uhr,
Kindervorstellung: Die 7 Naben.

Sonntag: 8 Uhr: 4 Uhr,
Kindervorstellung: Die 7 Naben.

Sonntag: 8 Uhr: 4 Uhr,
Kindervorstellung: Die 7 Naben.

Sonntag: 8 Uhr: 4 Uhr,
Kindervorstellung: Die 7 Naben.

Sonntag: 8 Uhr: 4 Uhr,
Kindervorstellung: Die 7 Naben.

Sonntag: 8 Uhr: 4 Uhr,
Kindervorstellung: Die 7 Naben.

Sonntag: 8 Uhr: 4 Uhr,
Kindervorstellung: Die 7 Naben.

Sonntag: 8 Uhr: 4 Uhr,
Kindervorstellung: Die 7 Naben.

Sonntag: 8 Uhr: 4 Uhr,
Kindervorstellung: Die 7 Naben.

Sonntag: 8 Uhr: 4 Uhr,
Kindervorstellung: Die 7 Naben.

Sonntag: 8 Uhr: 4 Uhr,
Kindervorstellung: Die 7 Naben.

Sonntag: 8 Uhr: 4 Uhr,
Kindervorstellung: Die 7 Naben.

Sonntag: 8 Uhr: 4 Uhr,
Kindervorstellung: Die 7 Naben.

Sonntag: 8 Uhr: 4 Uhr,
Kindervorstellung: Die 7 Naben.

Sonntag: 8 Uhr: 4 Uhr,
Kindervorstellung: Die 7 Naben.

Sonntag: 8 Uhr: 4 Uhr,
Kindervorstellung: Die 7 Naben.

Sonntag: 8 Uhr: 4 Uhr,
Kindervorstellung: Die 7 Naben.

Sonntag: 8 Uhr: 4 Uhr,
Kindervorstellung: Die 7 Naben.

Sonntag: 8 Uhr: 4 Uhr,
Kindervorstellung: Die 7 Naben.

Sonntag: 8 Uhr: 4 Uhr,
Kindervorstellung: Die 7 Naben.

Sonntag: 8 Uhr: 4 Uhr,
Kindervorstellung: Die 7 Naben.

Sonntag: 8 Uhr: 4 Uhr,

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Sonntag, den 15. Februar 1903, abends 6 1/2 Uhr,
im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23:

Versammlung für Männer und Frauen.

Tagesordnung: I. Vortrag des Genossen Adolf Hoffmann über: „Die Frauen und die Gottbegnadeten.“ II. Diskussion. 24/60
Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.
An recht zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vertrauensmann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Sonntag, den 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Konferenz der Vertrauensleute des Nordens bei Dieke, Adlerstr. 123.

Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung. 111/19

Verein der Holz- und Bretterträger sowie Brettschneider.

Sonntag, den 15. Februar, vorm. 10 1/2 Uhr,
im „Königstädtischen Kasino“, Holzmarktstraße 72:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung der Lohnkommission und Neuwahl derselben.
2. Bericht des Delegierten und Wahl desselben.
3. Vereinsangelegenheiten und Beschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand: P. Karnal.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Sonntag, den 15. Februar 1903, vormittags 10 Uhr,
bei Feind, Weinstraße 11:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Weiterberatung und Stellung von Anträgen zur Dresdener General-Versammlung. 2. Wahl von zwei Delegierten zu derselben. 3. Beschiedenes.
NB. Wir machen die Mitglieder darauf aufmerksam, daß das Mitgliedsbuch zu dieser Versammlung vorgezeigt werden muß und nur diejenigen ihr Wahlrecht ausüben dürfen, welche mit ihren Beiträgen nicht länger als vier Wochen im Rückstand sind. Damit die Mitglieder von ihrem Rechte Gebrauch machen können, findet vor der Versammlung von 9-10 Uhr eine Exkurs-Kassenstube statt.
Die Bevollmächtigten.
J. R.: Sally Rosenthal.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Sonntag, den 15. Februar 1903, vormittags 10 Uhr: Branchen-Versammlung

aller in
Trepengeländer-Fabriken beschäftigten Arbeiter
(Tischler, Stellmacher, Drechsler, Bildhauer etc.)
im Lokal des Herrn Hoffmann, „Engländer Garten“, Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung:
1. Wie schaffen wir bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen? 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchen-Angelegenheiten.
Der wichtigen Tages-Ordnung wegen ist es Pflicht eines jeden in der Branche beschäftigten Kollegen, pünktlich zu erscheinen.
Die Kommission.

+ Lichtbilder-Männer-Vortrag +

heute abend 8 1/2 Uhr bei Graumann, Nannystr. 27, pratt. Naturheilkundiger Grundmann über: **Sexuelle Störungen, Schwächezustände, Gonorrhoe.**
Eintritt und Broschüre 20 Pf.
Naturdrücklinge Sprechstunden 11-2, 6-8, Sonntags 10-12, Auranstalt Köpcke-Str. 72.

Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies“ zu Berlin.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Sonntag, den 15. februar, vormittags 9 1/2 Uhr,
im Etablissement Buggenhagen, am Moritzplatz:

Außerordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung: I. Der Stand unserer Bewegung. II. Verwaltungs-Angelegenheiten. (Anträge der Verwaltung.) III. Beschiedenes.
Nur Mitglieder haben Zutritt.
Pälicht eines jeden Genossen ist es, pünktlich zu erscheinen.
Beiträge werden in dieser Versammlung entgegengenommen.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß beim Restaurateur Rudolf Pietsch, Fildenerstr. 1, eine neue Saalstelle errichtet ist. Dasselbst werden auch neue Mitglieder aufgenommen.
105/14
Der Vorstand.
H. U.: Gustav Voigt, Vorsitzender, Götlicherstr. 56.

Raucher Haas-Tabak



Specialität:
Berliner Shag hell
in 10 Pfg. Paketen
Hochfein im Geschmack u. Aroma.
ENGROS-NIEDERLAGE:
H. SALTZMANN
Berlin S. Luisenufer 3.
Zu haben in allen
Cigarrengeschäften.



wirklich gut und billig rauchen? So bestellen Sie meine Cigarillos, wie oben abgebildet und größer, mit Sumatra oder Java gedeckt und mit guter und feiner Einlage für den spottbilligen Preis von 7 Mark pro 500 Stück franco per Nachnahme. Bei vorüberiger Geldknappheit nur 6,50 Mark. Franco 40 gute Cigarren und Cigaretten zur Probe und ein interessantes Buch mit Preisliste füge ich dieser Sendung noch gratis bei. Garantie: Rücknahme oder Umtausch. Mehr zu bieten ist durchaus unmöglich.
Bitte zu bestellen bei
141/5
S. Pokora, Cigarrenfabrik, Neustadt, W.-Pr., No. 258 E.

Jeden Freitag von mittags an:

Frische Blut- u. Leber- Wurst

in bekannter tadelloser Qualität.
Rich. Augustin, Lindenstr. 69,
Dof partiere.
„Vormärts“-Haus, Friedrichstr. 105/8
Wittgenbach, Sitzungszimmer.



Die weltbekannte
Bettfedern-Fabrik
Gustav Löffel, Berlin, Brin-
nstraße 46, verleiht gegen Nachnahme
garant. neue Bettfedern d. 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u. 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u. 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u. 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u. 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u. 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u. 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u. 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u. 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u. 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u. 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u. 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u. 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u. 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u. 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u. 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u. 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u. 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u. 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u. 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u. 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u. 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u. 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u. 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u. 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u. 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u. 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u. 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u. 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u. 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u. 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u. 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u. 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u. 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u. 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u. 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u. 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u. 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u. 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u. 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u. 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 747. u. 748. u. 749. u. 750. u. 751. u. 752. u. 753. u. 754. u. 755. u. 756. u. 757. u. 758. u. 759. u. 760. u. 761. u. 762. u. 763. u. 764. u. 765. u. 766. u. 767. u. 768. u. 769. u. 770. u. 771. u. 772. u. 773. u. 774. u. 775. u. 776. u. 777. u. 778. u. 779. u. 780. u. 781. u. 782. u. 783. u. 784. u. 785. u. 786. u. 787. u. 788. u. 789. u. 790. u. 791. u. 792. u. 793. u. 794. u. 795. u. 796. u. 797. u. 798. u. 799. u. 800. u. 801. u. 802. u. 803. u. 804. u. 805. u. 806. u. 807. u. 808. u. 809. u. 810. u. 811. u. 812. u. 813. u. 814. u. 815. u. 816. u. 817. u. 818. u. 819. u. 820. u. 821. u. 822. u. 823. u. 824. u. 825. u. 826. u. 827. u. 828. u. 829. u. 830. u. 831. u. 832. u. 833. u. 834. u. 835. u. 836. u. 837. u. 838. u. 839. u. 840. u. 841. u. 842. u. 843. u. 844. u. 845. u. 846. u. 847. u. 848. u. 849. u. 850. u. 851. u. 852. u. 853. u. 854. u. 855. u. 856. u. 857. u. 858. u. 859. u. 860. u. 861. u. 862. u. 863. u. 864. u. 865. u. 866. u. 867. u. 868. u. 869. u. 870. u. 871. u. 872. u. 873. u. 874. u. 875. u. 876. u. 877. u. 878. u. 879. u. 880. u. 881. u. 882. u. 883. u. 884. u. 885. u. 886. u. 887. u. 888. u. 889. u. 890. u. 891. u. 892. u. 893. u. 894. u. 895. u. 896. u. 897. u. 898. u. 899. u. 900. u. 901. u. 902. u. 903. u. 904. u. 905. u. 906. u. 907. u. 908. u. 909. u. 910. u. 911. u. 912. u. 913. u. 914. u. 915. u. 916. u. 917. u. 918. u. 919. u. 920. u. 921. u. 922. u. 923. u. 924. u. 925. u. 926. u. 927. u. 928. u. 929. u. 930. u. 931. u. 932. u. 933. u. 934. u. 935. u. 936. u. 937. u. 938. u. 939. u. 940. u. 941. u. 942. u. 943. u. 944. u. 945. u. 946. u. 947. u. 948. u. 949. u. 950. u. 951. u. 952. u. 953. u. 954. u. 955. u. 956. u. 957. u. 958. u. 959. u. 960. u. 961. u. 962. u. 963. u. 964. u. 965. u. 966. u. 967. u. 968. u. 969. u. 970. u. 971. u. 972. u. 973. u. 974. u. 975. u. 976. u. 977. u. 978. u. 979. u. 980. u. 981. u. 982. u. 983. u. 984. u. 985. u. 986. u. 987. u. 988. u. 989. u. 990. u. 991. u. 992. u. 993. u. 994. u. 995. u. 996. u. 997. u. 998. u. 999. u. 1000. u. 1001. u. 1002. u. 1003. u. 1004. u. 1005. u. 1006. u. 1007. u. 1008. u. 1009. u. 1010. u. 1011. u. 1012. u. 1013. u. 1014. u. 1015. u. 1016. u. 1017. u. 1018. u. 1019. u. 1020. u. 1021. u. 1022. u. 1023. u. 1024. u. 1025. u. 1026. u. 1027. u. 1028. u. 1029. u. 1030. u. 1031. u. 1032. u. 1033. u. 1034. u. 1035. u. 1036. u. 1037. u. 1038. u. 1039. u. 1040. u. 1041. u. 1042. u. 1043. u. 1044. u. 1045. u. 1046. u. 1047. u. 1048. u. 1049. u. 1050. u. 1051. u. 1052. u. 1053. u. 1054. u. 1055. u. 1056. u. 1057. u. 1058. u. 1059. u. 1060. u. 1061. u. 1062. u. 1063. u. 1064. u. 1065. u. 1066. u. 1067. u. 1068. u. 1069. u. 1070. u. 1071. u. 1072. u. 1073. u. 1074. u. 1075. u. 1076. u. 1077. u. 1078. u. 1079. u. 1080. u. 1081. u. 1082. u. 1083. u. 1084. u. 1085. u. 1086. u. 1087. u. 1088. u. 1089. u. 1090. u. 1091. u. 1092. u. 1093. u. 1094. u. 1095. u. 1096. u. 1097. u. 1098. u. 1099. u. 1100. u. 1101. u. 1102. u. 1103. u. 1104. u. 1105. u. 1106. u. 1107. u. 1108. u. 1109. u. 1110. u. 1111. u. 1112. u. 1113. u. 1114. u. 1115. u. 1116. u. 1117. u. 1118. u. 1119. u. 1120. u. 1121. u. 1122. u. 1123. u. 1124. u. 1125. u. 1126. u. 1127. u. 1128. u. 1129. u. 1130. u. 1131. u. 1132. u. 1133. u. 1134. u. 1135. u. 1136. u. 1137. u. 1138. u. 1139. u. 1140. u. 1141. u. 1142. u. 1143. u. 1144. u. 1145. u. 1146. u. 1147. u. 1148. u. 1149. u. 1150. u. 1151. u. 1152. u. 1153. u. 1154. u. 1155. u. 1156. u. 1157. u. 1158. u. 1159. u. 1160. u. 1161. u. 1162. u. 1163. u. 1164. u. 1165. u. 1166. u. 1167. u. 1168. u. 1169. u. 1170. u. 1171. u. 1172. u. 1173. u. 1174. u. 1175. u. 1176. u. 1177. u. 1178. u. 1179. u. 1180. u. 1181. u. 1182. u. 1183. u. 1184. u. 1185. u. 1186. u. 1187. u. 1188. u. 1189. u. 1190. u. 1191. u. 1192. u. 1193. u. 1194. u. 1195. u. 1196. u. 1197. u. 1198. u. 1199. u. 1200. u. 1201. u. 1202. u. 1203. u. 1204. u. 1205. u. 1206. u. 1207. u. 1208. u. 1209. u. 1210. u. 1211. u. 1212. u. 1213. u. 1214. u. 1215. u. 1216. u. 1217. u. 1218. u. 1219. u. 1220. u. 1221. u. 1222. u. 1223. u. 1224. u. 1225. u. 1226. u. 1227. u. 1228. u. 1229. u. 1230. u. 1231. u. 1232. u. 1233. u. 1234. u. 1235. u. 1236. u. 1237. u. 1238. u. 1239. u. 1240. u. 1241. u. 1242. u. 1243. u. 1244. u. 1245. u. 1246. u. 1247. u. 1248. u. 1249. u. 1250. u. 1251. u. 1252. u. 1253. u. 1254. u. 1255. u. 1256. u. 1257. u. 1258. u. 1259. u. 1260. u. 1261. u. 1262. u. 1263. u. 1264. u. 1265. u. 1266. u. 1267. u. 1268. u. 1269. u. 1270. u. 1271. u. 1272. u. 1273. u. 1274. u. 1275. u. 1276. u. 1277. u. 1278. u. 1279. u. 1280. u. 1281. u. 1282. u. 1283. u. 1284. u. 1285. u. 1286. u. 1287. u. 1288. u. 1289. u. 1290. u. 1291. u. 1292. u. 1293. u. 1294. u. 1295. u. 1296. u. 1297. u. 1298. u. 1299. u. 1300. u. 1301. u. 1302.

Haus Industrie und Handel.

Nationalbank für Deutschland. In der gestrigen Sitzung des Aufsichtsrats wurde seitens der Direktion die Bilanz und das Gewinn- und Verlust-Konto für das abgelaufene Geschäftsjahr vorgelegt.

Table with 3 columns: Account Name, 1902, 1901. Rows include Wechsel- und Zinsen-Konto, Profits-Konto, Effekten- und Konjunktial-Konto, etc.

Nach Abzug der Verwaltungskosten von 1354545 M. (1433075 M.), Steuern 314 485 M. (360 445 M.) und Abschreibung auf Konto-Norrent-Konto 34 515 M. verbleibt ein verfügbarer Reingewinn von 3 655 094 M.

Die Bilanz ergibt im Vergleich zum vorigen Jahr folgenden Bild:

Table with 3 columns: Aktiva, 1902, 1901. Rows include Kassa-Konto, Sorten- und Coupons-Konto, Guthaben bei Banken und Bankiers, etc.

Die Nationalbank, die im vorigen Jahre nur eine Dividende von 3 Proz. verteilte, giebt demnach diesmal 5 Proz.; überhaupt zeigt die ganze Bilanz, daß die Verwaltung bedeutende Anstrengungen gemacht hat, um wieder emporzukommen.

Dividenden-Verteilungen. Die Preussische Boden-Kredit-Aktiengesellschaft von Berlin bringt, wie in den letzten Jahren, eine Dividende von 7 Proz. zur Verteilung. Der Reingewinn beträgt 2 619 366 M.

Fünfprozentige amortisierbare rumänische Rente. In der heute stattgefundenen Sitzung der Zulassungskommission der hiesigen Börse wurde nach Prüfung der letzten Budget-Abrechnungen des rumänischen Finanzministeriums dem Prospekt der Disconto-Gesellschaft und der Bankfirma S. Weichbroder die Genehmigung erteilt.

Feierlichkeiten. Aus dem Ruhrrevier werden wieder Feierlichkeiten gemeldet, besonders sollen es die Feste bei Steele sein, welche zur Einlegung solcher genötigt wären.

Die Stockholmer Hypotheken-Versicherungs-Aktiengesellschaft hat mit einem Bankkonsortium, bestehend aus der Stockholmer Handelsbank, der Deutschen Bank in Berlin, der Commerz- und Disconto-Bank, der Norddeutschen Bank und der Firma M. W. Barburg in Hamburg eine Ueberweisung getroffen über eine Konversion von 8 Millionen 4/10 Proz. Obligationen von 1885 auf 4 Prozentige.

Haus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20: Vortrag des Herrn Professors Dr. Gradow über „Die Bedeutung und Verhütung der Fleischsucht“.

Unser Stiftungsfest findet Sonntag, den 15. Februar, in den Arminhallen statt. Aus dem reichhaltigen Programm heben wir hervor: Konzert, Recitation des Frä. Luise Dumont vom Deutschen Theater, unter Mitwirkung eines Doppel-Quartetts (M. v. A. S. v.) und des Solosängers Herrn K. Pape.

Berammungsrecht der Frauen in Braunschweig. Der Landtag hat über die Frauenpetition zur Abänderung des Vereinsgesetzes beraten und sie nach dem Antrag seines Ausschusses in der Beschränkung auf berufliche Interessen sowie für Zwecke der Erziehung und Nächstenliebe der Regierung zur Veräußerung überweisen.

Der Karpfischer-Prozess.

Neunter Tag.

Der Vorsitzende, Landgerichts-Direktor Müller, fährt nach Eröffnung der Sitzung mit der Verlesung der kommissarischen Aussagen fort. Eine ganze Anzahl derselben ist dem Kardendöfcherischen Heilverfahren günstig.

Kardendöfcher seine Heilung.

ein anderer „ist vorher von vier Ärzten behandelt worden“ und „hat eine ganze Apotheke durchprobiert“. Diese Patienten fühlen sich nicht getäuscht und bezeugen, daß sie teils bedient worden seien.

Die Beweisaufnahme erstreckt sich sodann auf die Behauptung des Rechtsanwalts Leo Kempner, daß der Angeklagte Karpfischer Wirkungen erhalten habe, die von der renommierten Firma Nidder herrührten oder von dem bewährten Chemiker Dr. Kemmler zusammengebracht waren.

Es wird nach dieser Richtung hin zunächst noch einmal der Disponent der Firma Nidder, Herr Reiter, vernommen. Er bekundet, daß seine Firma nur Urstoffe verkaufe, auf die Anfertigung von Medikamenten nach Rezepten gar nicht eingerichtet sei.

Firma Nidder

für den Karpfischer Kardendöfcher u. a. 5000 Gr. Nitro-Salbe und mehrere Kilo Magnenpulver, zusammengekauft aus Tollkirche und Strahnos-Extrakt, also differente Mittel, angefertigt habe.

Apotheker und Chemiker Dr. Kemmler

erklärt auf Befragen, daß zwischen ihm und Kardendöfcher durchaus kein Vertrag zur Anfertigung von Rezepten bestand. Die Sachlage sei so: Kardendöfcher sei eines Tages bei ihm erschienen, habe sich als Apotheker vorgestellt und ihn gefragt, ob er für den Apotheker Karpfischer in Preilser Tabletten und Pulver anfertigen wolle.

Nach einer kurzen Pause befragt der Vorsitzende einige Angestellte Kardendöfchers, ob es wahr sei, daß in dessen Bureau an den Wänden Schmäbungen gegen Ärzte angehängt waren, Berichte über verschlehte ärztliche Kuren, Mitteilungen über leichtfertiges Vorgehen von Ärzten gegen Kranke.

Der Vorsitzende erwidert hierauf mit dem Angeklagten Dr. Kronheim noch einige Dinge, die sich aus den Patientenbüchern ergeben. Unter anderem ergibt sich aus einer Eintragung Kardendöfchers, daß aus Besehen des Verbandsbüros

ein großer Irrtum

passiert war. Ein Mann hatte sich an das Institut im Interesse seiner kranken Frau gewandt, statt der Frau ist aber angenommen worden, daß der Mann der Patient sei und danach sind ganz falsche Präparate geschickt worden.

Das Patientenbuch ergibt ferner, daß eine an Wassersucht leidende Frau sich an Kardendöfcher gewandt hat und von ihm behandelt worden ist. Sie ist aber bald darauf gestorben.

Extractum Colocynthis 3,0, Gummi Gutti 3,0, Extractum Aloes 13,0, Extractum Strachnii 0,15 auf 100 Pillen enthielten. — Sachverständiger Dr. Kahnt sagt ungefähr dasselbe. Auch er würde es ablehnen, eine Frau, die an Wassersucht leidet und bei der die Ursache des Leidens gar nicht feststeht, ohne sie zu sehen, mit solchen Mitteln zu behandeln.

Da zu morgen noch etwa 4 Zeugen geladen sind und weitere Beweisanträge nicht vorliegen, wird die Verhandlung hier abgebrochen.

Morgen sollen außer den Zeugenaussagen noch die Gutachten der Sachverständigen erriecht werden; für Sonnabend sind die Klärbögen in Aussicht genommen das Urteil soll in der nächsten Woche gesprochen werden.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die Stadtverordneten mußten in ihrer gestrigen Sitzung bis abends um 1/10 Uhr zusammenbleiben. Auf der Tagesordnung standen neben einer Reihe wenig wichtiger Gegenstände zwei Angelegenheiten von größerer Bedeutung, die zu längeren Erörterungen führten.

In den neuen Bedingungen für die Gasentnahme aus den städtischen Gaswerken will der Magistrat beinahe eine Art Streik Klausel ausgenommen wissen, durch die die städtische Verwaltung bei Arbeiter-Ausständen gegen Entschädigungsansprüche der Abnehmer geschützt werden soll.

Gegen Ende der Sitzung kam noch die von freisinniger Seite gestellte Anfrage über die Ueberfüllung der Krankenhäuser zur Verhandlung. Sie wurde kurz begründet vom Stadtrat Kathan („Neue Linke“).

„Neues aus dem Gebiete des elektrischen Betriebes für Volkshäfen“

lautele das Thema eines interessanten Vortrages, welchen Ober-Ingenieur Dr. Ing. Reichel, der frühere Betriebsleiter der elektrischen Hochbahn, gestern im Verein für Eisenbahntechnik hielt. Unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder berichtete Reichel über die Ergebnisse der Versuchsarbeiten auf der Fernbahnstrecke Marienfelde-Jossen und auf der Vorortstrecke Berlin-Wannsee.

preise von acht Mark eine Tageseinnahme von 2000 M. ergäbe. Die Brutto-Einnahme betrage dann 7,2 Millionen Mark pro Jahr. Bei 90-jähriger Konzeption und vierprozentiger Verzinsung des Anlagekapitals würden etwa 12 Prozent ausreichen, um die Betriebskosten zu decken, demnach dürfte das Anlagekapital etwa 60 Millionen Mark betragen. Das Gleiche gelte von einer Schnellbahn-Verbindung Berlin-Hamburg und zwischen anderen Großstädten, sofern ein Verkehrsbedürfnis vorhanden sei. Die bisherigen Versuche hätten jedenfalls den Beweis erbracht, daß die Elektrotechnik jetzt wohlgerüstet in den Wettkampf auf dem Gebiete des Schnellbahn-Weitens eintreten könne. Der Vortrag, dem viele Mitglieder des Eisenbahn-Ministeriums, der Königl. Eisenbahn-Direktion z. bewohnten, wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

An den **Gemeinschaften** sollen im Schuljahr 1903/04 zu Ostern und zu Michaelis zusammen 150 neue Klassen eingerichtet werden. Die 150 neuen Stellen, die dadurch entstehen, sollen besetzt werden mit 10 Rektoren (für 10 neu zu bildende Schulen), mit 95 Lehrern und 45 Lehrerinnen. Im Schuljahr 1902/03 wurden im ganzen 151 neue Klassen eröffnet, und die 151 neuen Stellen wurden mit 9 Rektoren, 25 Lehrern und 117 Lehrerinnen besetzt. Demnach werden im Berliner Gemeindefachdienst von den Lehrerinnen diesmal sehr viel weniger zur Anstellung kommen als im Vorjahre. Allerdings ist hierbei zu beachten, daß im Jahre 1902/03 der Anteil der Lehrerinnen an der neu zu besetzenden Stellen ganz außergewöhnlich groß war und weit über das ursprünglich beabsichtigte Maß hinausging. Im Schuljahr 1901/02 waren 100 neue Stellen mit 8 Rektoren, 58 Lehrern und nur 34 Lehrerinnen besetzt worden, und in den nächst vorhergehenden Jahren war das Verhältnis ähnlich gewesen.

Eine **neue Bäderverordnung** für Berlin sieht, wie gestern in einem Bäder-Vereinsverein mitgeteilt wurde, in Aussicht. Sie soll vom Polizeipräsidenten ausgehen und angeblich ziemlich strenge Vorschriften in hygienischer Beziehung enthalten. U. a. wird, wie es heißt, eine Trennung der Badstube, wo der Teig hergestellt wird, vom eigentlichen Baderaum, sowie das Verschließen der Räumlichkeiten durch eiserne Türen gefordert. Besondere Aufmerksamkeit wird in der Verordnung den Mehlböden gewidmet. Notwendig wäre es, daß die Polizei den ärgerlichen Unsauberkeiten endlich ein wachsameres Auge zuwendete.

Polizei und Kaiserbegeisterung. Die Beschädigungen der Kasernenanlagen unter den Linden, welche durch das Publikum gelegentlich der Begrüßung des Kaisers verursacht worden sind, haben zu weiterer Mahnung Veranlassung gegeben. Die Baumreihen in und an den Anlagen sind gestern vom Pariser Platz bis zum Denkmal Friedrichs des Großen mit Unterbrechung an den Straßeneinkreuzungen durch starke Striche verbunden worden, um so ein Ueberschreiten der Anlagen zu verhindern. Die Leinen bleiben so lange an den Säulen befestigt, bis der Grasschnitt genügend vorgeschritten ist. Ganz selbstverständlich bilden sie eine vornehme Fierde der „Linden“. Die Strafe soll übrigens auch während der Zeit, in der der Kaiser nicht zu erwarten ist, eine stärkere Bewachung durch Schutzeinheiten erhalten.

Der **Berliner Ayl-Verein für Obdachlose** veröffentlicht soeben seinen Bericht für das vergangene Jahr. Dieser Verein, der seine gegenwärtige Tätigkeit seit 34 Jahren übt, und in dieser Zeit nicht weniger als 470122 Obdachlose seine gewiß in vielen Fällen vor dem äußersten Mangel schützende Hilfe gewährt hat, berichtet, daß noch in keinem Jahre der Andrang zu seinen Aylen ein so starker war, wie im verfloffenen. Kamentlich ist die Zahl von Frauen, die mit Kindern und Säuglingen im Obdachlosen-Ayl Zuflucht suchen, ungewöhnlich hoch gewesen. Weder im Frauen- noch im Männer-Ayl sind die vorhandenen Räume ausreichend, und der Verein trägt sich deshalb mit dem Plan, das gegenwärtig 700 Personen Raum bietende Männer-Ayl auf die Zahl von 1000 Betten zu erweitern und für die weiblichen Obdachlosen ein neues, 500 Personen fassendes Ayl zu bauen. Bekanntlich sind die beiden in der Wiesstraße 55 und Köpenickerstraße 5 vom Verein errichteten Ayle lediglich aus regelmäßigen Jahres- und einmaligen Beiträgen, Stiftungen und Legaten unfrüher Berliner Mitbürger geschaffen worden, und ihre humane Bestimmung gegenüber den Armen der Armen hat hier ein Denkmal geschaffen, das in keiner anderen Stadt seines Gleichen hat. Man kann nur wünschen, daß die Absicht der Vergrößerung des Männer- und des Neubaus des Frauen-Ayls durch ausreichende finanzielle Unterstützung ermöglicht werde, und nicht mehr so viele Tausende oft genug in bitterster Winterkälte vor den Türen der Ayle zurückgewiesen werden müssen, weil die Häuser keinen Raum mehr bieten. Die Bitte des Vereins, daß jeder, der es vermag, zu dem guten Werke helfen möge, wird gewiß beherzigt werden.

Die **Spiritusmaschinen-Techner** hielten gestern im Ausstellungsgebäude in der Seestraße eine Sitzung ab, der im Auftrage des Eisenbahn-Ministers der Ober-Baubauinspektor Schröder, der Geh. Ober-Regierungsrat Offenberg und die Regierungs- und Bauämter Wittfeld, Tripfner und Hirtz beizwohnten. Die österreichische Regierung hatte den Sektionschef Egner entsandt, aus München waren Staatsrat Berigo-Petersburg und der Vertreter der Bremervereine der Maschinenbauingenieur v. Schulmann erschienen. Den Vorsitz führte Geh. Rat Professor Delbrück. Den heutigen Stand der Spiritusmotoren-Industrie legte in längerer, durch Projektionsbilder erläuterten Vortrag Professor Dr. Eugen Meyer dar. Dem Vortrage folgte eine längere Diskussion, in der u. a. Sektionschef Egner ein gemeinsames Arbeiten der in den einzelnen Staaten auf dem Gebiete der Spiritusmaschinen-Industrie tätigen Organisationen anregte. Ingenieur Fehrmann gab sodann praktische Vorschläge für die Behandlung von Spiritusmotoren. Zum Schluß sprach Prof. Wittfeld über die in letzter Zeit schon mehrfach erörterten Fortschritte der Spiritusbefehungs-Technik.

Der „**Stärketag**“ wurde heute in der Ausstellungshalle in der Seestraße unter großer Beteiligung abgehalten. Eingeleitet wurde er durch den Stärkemerkel, der allerdings weniger dem eigentlichen Marktverkehr, als dem Zweck gegenseitiger freier Aussprache dient. Gegen 11 Uhr begann dann unter Vorsitz des Herrn v. Heber-Hoppenrade die Jahresversammlung des Vereins der Stärkelieferanten Deutschlands. Nach einem vom Prof. Sarre erstatteten Bericht über die Arbeiten des Analytischen Laboratoriums und der Versuchsfabrik trat man in eine Besprechung über die wirtschaftliche Lage des Gewerbes ein. Man leidet noch immer unter der Ueberproduktion an Kartoffeln, konnte aber mit Befriedigung auf wesentlich gesteigerte Ausfuhr hinweisen. Die Ausfuhr von Kartoffelfabrikaten hat sich gegen das Vorjahr nahezu verdoppelt, sie ist gestiegen von 181 886 auf 705 849 Doppel-Centner, und zwar wurden ausgeführt u. a. 459 706 Doppel-Centner Kartoffelmehl und Stärke, 105 665 Doppel-Centner Stärkezucker und Syrup. Hauptabgabegebiete waren Großbritannien, Spanien, die Vereinigten Staaten, Dänemark, Schweden und Italien. Reichstärke wurden 62 925 Doppel-Centner ausgeführt, hier ist die Ausfuhr zurückgegangen. Kartoffeln wurden im letzten Kampagnejahre ausgeführt 1 911 084 und eingeführt 1 935 770 Doppel-Centner, in den Monaten Oktober-Dezember betrug dagegen die Ausfuhr 650 923, die Einfuhr aber nur 357 348 Doppel-Centner.

Heutung aus Lebensgefahr. Vier etwa 20-jährige Personen wurden gestern früh 7 Uhr in der Hagenauerstraße 2 von der Feuerwehr vom Erstickungstode gerettet. Dort war ein Erdgeschloß im Eisenbeschloß von Klaus Feuer ausgekommen, das an den Vorräten, besonders an Petroleum, Spiritus usw. schnell reiche Nahrung gefunden hatte. Als die Feuerwehr mit zwei Löschzügen auf dem ersten Mann an der Brandstelle erschien, schlugen die Flammen schon am Hause bis zum Dach empor; die Treppen waren bereits total verqualmt. Aus den Fenstern riefen die geängstigten Hausbewohner um Hilfe. Der leitende Offizier traf sofort Anstalten zur Rettung der Personen und ließ an alle Wachen „Besonderes“ melden, worauf noch zahlreiche Löschzüge mit dem Branddirektor Giersberg an der Brandstelle erschienen. Die Feuerwehr hatte sofort mehrere Schlauchleitungen vorgenommen und war über sogenannte Stielegänge in die Wohnungen eingedrungen. Aus der über dem Brandherd

liegenden Wohnung wurden vier etwa 20-jährige über die Stielettern ins Freie gebracht und mit „Sauerstoff“ gelüftet. Der Laden ist total ausgebrannt. Das Feuer soll durch Unvorsichtigkeit ausgekommen sein. — Wegen einer Gasexplosion wurde gestern abend die 5. Compagnie nach dem Entsehl 3 gerufen. Im ersten Stock bei Peters hatte sich Gas, angeblich durch Nichtverschließen eines Gasbühnes angeammelt, welches beim Betreten des Zimmers um 10 Uhr explodierte. Zum Glück sind die Personen mit dem Sauceden davon gekommen und ist nur Materialschaden entstanden.

Eine **Liebesstragdie** hat den Tod der 20 Jahre alten Verkäuferin Emilie Lutjahn aus der Goltzstraße herbeigeführt. Das junge Mädchen unterhielt seit Jahresfrist ein Liebesverhältnis mit einem Schauspielers D., der zur Sommerzeit auf auswärtigen Bühnen spielt und den Winter über in Berlin bleibt. Als sich die Verkäuferin im letzten Sommer vereinfacht fühlte, knüpfte sie ein zweites Verhältnis mit einem Kaufmann L. an. Das wurde dem älteren Liebhaber hinterbracht, der seinen Nebenbuhler brieflich schwer beleidigte. L. verklagte D., und die beiderseitige Braut sollte zu einem gerichtlichen Termin im vorigen Monat erscheinen. Aus Furcht davor entsetzte sich das junge Mädchen am 20. Dezember abends aus dem Geschäft und blieb verschunden. Am Dienstagmorgen wurde ihre Leiche bei Charlottenburg aus der Spree gezogen. Sie gehört einer Rentnerfamilie aus Spandau an.

Im **Wintergarten** führt die Londoner Koiffet-Truppe zur Zeit waghalsige Kunststücke auf. Die tollkühne Sensation des Looping the Loop im Circus Schumann mag unsre Variétés-Bühnen veranlassen haben, sich nach ähnlichen Leistungen auf dem Gebiete des Radsports umzusehen. Vier Radfahrer, darunter eine Dame, fahren in einer Bahn von gut drei Meter Durchmesser, die in einem Winkel von 67 Grad gebaut ist, so rasend schnell herum, daß die Sättelungsstärke sich stets am oberen Rande der Bahn hält. Mit einem Male hebt sich die Bahn in die Luft, und zwar die Sättel bis dahin noch nicht halbschwebend, so wird sie es jetzt. — Unter den übrigen Darbietungen zeichnen sich die akrobatischen Produktionen der Lehms aus. Es sind dies zwei kleine Knaben, die mit außerordentlicher Grazie ihre Kunststücke ausführen. Ebenso vollführt der Baugredner Pells mit seinen dressierten Hunden tollkühne Leistungen. In all dies Variétés-Gewirr begleitet sich Yvette Guilbert und trägt ihre Chansons vom Wintergarten und dem Zufallstropf vor; ein etwas wunderlicher Akrobat. Oder scheint es nur so? Ist die Ausbietung aller körperlichen Gelenkigkeit wirklich ebenso hoch zu bewerten wie die seltene Geistesgabe, mit der die einzige Französin selbst auf das Publikum des Wintergartens wirkt?

Im **Apollo-Theater** ist das Februarprogramm durch eine wunderliche „Nummer“ bereichert worden. Ein schöner und von der Jugend beherzigtwerter Merkwürdiger lautet: „Bildung lernt man im Verein und gebildet macht' ich sein, darum tret' ich wieder ein, wenn der nächste Tanz wird sein.“ Und in den für die Entwicklung der Kultur notwendigen Organisationen, die sich mit der Pflege von Tanzkunst und Bildung befassen, soll ein amerikanischer Tanz, der Gale-Walk — Kuchentanz — in dieser Saison Wunder gewirkt und Liebesverhältnisse sonders Zahl gestiftet haben. Dieser Tanz wird im Original nur von drei Paaren und einem weißen Paar allabendlich im Apollo-Theater aufgeführt. Die Geschichte sieht ein bißchen wild und temperamentvoll aus, so daß die Reproduzenten in unsren Tanzclubs nicht ohne Schweiß zum Ziel kommen werden, wenn sie den Gale-Walk originaliter tanzen wollen. Aber um des schönen Zieles willen wird man gern dies Opfer auf sich nehmen.

In der **Freien Hochschule Berlin** hält Freitag, den 27. Februar, abends 7 1/2 Uhr, Herr Fritz Mauthner eine Vorlesung aus seinem soeben vollendeten Werk: Kritik der Sprache. Der Vortrag findet im Bürgeraal des Rathhauses statt. Eintrittskarten zu 1 resp. 2 Mark in den Buchhandlungen von Lazarus, Friedrichstraße 66, Nicolai, Dorotheenstr. 75 und Schildberger, Schilffstr. 3 (Lützowplatz).

Hus den Nachbarorten.

Nieder-Schöneweide. Der Bahlverein hält Sonnabendabend 8 1/2 Uhr bei Franz, Grünauerstr. 5, seine ordnungsmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Gäste haben Zutritt; neue Mitglieder werden aufgenommen.

Neu-Weißensee. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts macht bekannt, daß sich die Gerichtsbeklei der vorgenannten Gerichts im Diensträumen Nr. 2, Albertenstr. 6, befindet. Zur Anbringung der Klagen usw. ist die Gerichtsbeklei an den Wochentagen von 9—11 Uhr vormittags geöffnet.

Die **Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung** hatte am Mittwoch eine ungewöhnlich reiche Tagesordnung zu erledigen. In erster Stelle stand der sozialdemokratische Antrag betr. die Einführung von Arbeiterausfühnen, einen täglichen Maximalarbeitszeit, Regelung der Ueberstunden-, Sonn- und Feiertags-Arbeit, Festsetzung eines Minimallohnes und Fortbezahlung des Lohnes für ständige Arbeiter bei militärischen Uebungen. Stadtv. Girsch begründete den Antrag. Redner verlangte, daß die Gemeinde den privaten Arbeitgebern mit gutem Beispiel vorangehen müsse und bekämpfte die bei einer früheren Gelegenheit zu Tage getretene Auffassung, daß die Gemeinde auf die Privatindustrie Rücksicht zu nehmen habe. Im einzelnen wies Redner nach, daß eine ganze Reihe von Städten weit mehr für ihre Arbeiter gethan haben als Charlottenburg, und daß die Forderungen der Antragsteller äußerst bescheiden seien. Damit überhaupt etwas zu Stande komme, hätten die Antragsteller ihre weiter gehenden Wünsche vorläufig zurückgestellt. Er beantragte die Vorberatung in einem Ausschuß. Stadtverordneter Städel von der Freien Vereinigung gab zu, daß der sozialdemokratische Antrag mandats Beherzigtwerthe enthalte und beantragte, ihn dem Magistrat zur Erwägung zu überweisen, ob und in wie weit der Versammlung eine Vorlage zu machen sei. Dagegen erklärte sich Stadtv. Dr. v. Lissz namens der Liberalen für den sozialdemokratischen Antrag. In seinem Schlußwort wies Stadtv. Girsch auf das Ungenügende des Antrages Städel hin. Die Herren mögen Horbe bekennen und den sozialdemokratischen Antrag ablehnen oder annehmen, nicht aber durch Ueberweisung an den Magistrat ihre Haltung verschleiern. Trotzdem wurde der Antrag Städel auf Ueberweisung an den Magistrat angenommen. — Den zweiten, von den Sozialdemokraten gestellten Antrag, der den Magistrat ersucht, den Termin für die Urwahlen bei den diesjährigen Wahlen zum Abgeordnetenhaus in die späten Nachmittagsstunden zu verlegen, nahm die Versammlung nach Begründung durch den Stadtverordneten Paasche und Befürwortung durch Stadtverordneten v. Lissz fast einstimmig an, nachdem auch Bürgermeister Matting erklärt hatte, daß nach seiner Ansicht kein Bedenken dagegen bestehe. Die übrigen sozialdemokratischen Anträge betr. Erlaß von Arbeitsordnungen, Reform der Grundzüge für die Rentnerversorgung städtischer Arbeiter sowie betr. Errichtung von kleinen Wohnungen wurde unter Zustimmung der Antragsteller mit Rücksicht auf die noch zu erledigenden Punkte von der Tagesordnung abgeseht. In zweiter Lesung beriet die Versammlung sodann die Magistratsvorlage betr. Erhöhung der Schulgelder für Vorschulen und auswärtige Schüler sowie über die Organisation der Vorschulen. Der Vorsitzende der Freien Vereinigung, Stadtverordneter Krosch, betragte die Schulgeldfrage lediglich als Etatsfrage und beantragte, auch die Sätze für einheimische Schüler zu erhöhen. Gegen seinen Vorschlag wandten sich die Stadtverordneten Pula, Otto, Vorchardt sowie der Bürgermeister Matting und Stadtschulrat Dr. Feuerst. Genosse Dr. Vorchardt wies treffend darauf hin, daß wenn man den 32 000 M., die durch die Schulgelderhöhung aufgebracht werden sollen, so großes Gewicht beizumessen, man durch die Bekreuerung des Mehrwerts der Grundstücke eine weit höhere Summe erlangen könne. Die Debatte ergab die Annahme der Anträge der Freien Vereinigung mit 39 gegen 27 Stimmen. Es werden also, falls der Magistrat dem Beschluß beiträgt, die Schulgelder ganz allgemein erhöht werden. Ferner beschloß die Versammlung einstimmig, den Magistrat um Einsetzung einer gemischten Deputation zur Beratung der Hebung der

Volkschule zu ersuchen. — Erst nach 9 Uhr abends konnte der Räumere der Stat einbringen. Nach seiner Ansicht sind die Besichtigungen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse auf die Steuern zurückgewirkt haben, unbegründet. Namens unfrer Fraktion wies Stadtverordneter Girsch darauf hin, daß sich die wirtschaftliche Kritik den unmittelbaren Schichten mit unter 900 M. Einkommen sehr lebhaft fühlbar gemacht habe, was auch aus der Gestaltung des Armenrats sehr deutlich hervorgehe, seine Freunde würden die Forderungen, die sie für notwendig halten, wieder stellen, selbst auf die Gefahr einer Keinen Mehrbelastung der großen Einkommen hin. Der Stat wurde, wie üblich, einem Ausschuß von 15 Mitgliedern überwiesen, in dem die Sozialdemokraten durch Girsch und Paasche vertreten sind.

Die **Forstverwaltung des Grunewalds** geht mit dem Verkauf kleinerer Waldparzellen bereits vor. Die Gastwirtschaften in Schildhorn, Bickelsberge, auf Bickelswerder und an anderen Stellen der Forst verfügen meist nur über ein verhältnismäßig kleines Stück eignen Landes; sie leiten sämtlich ihre Entstehung her aus ehemaligen Hüften von Fischern und Holzschlägern, die darin Unterkunft und Erfrischung suchten. Die mit der allmählichen Erschließung der Forst entfallenden Wirtschaften mußten für die Benutzung benachbarter Waldparzellen, die von ihnen im Laufe der Jahre auch mit Baukäufleiten besetzt wurden, Pacht zahlen, die nach und nach gesteigert wurde. Alle früheren Gesuche der Pächter, die ihnen solcher Art überlassenen Forstländer zu verkaufen, sind bisher stets kurzer Hand abgelehnt worden. In neuerer Zeit hat sich die Forstverwaltung aber zum Verkauf der Waldparzellen bereit erklärt; der Preis ist auf 6—8 M. für das Quadratmeter, das macht rund 18 000 M. für den Morgen, festgesetzt.

Mixdorf. Die zur Beratung der neuen Lustbarkeitssteuerordnung eingesetzte Kommission hat in mehreren Sitzungen die Frage der weiteren Erhebung einer Lustbarkeitssteuer einer eingehenden Beratung unterzogen. Entgegen den Einwänden der prinzipiellen Gegner solcher indirekter Steuern wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen, den städtischen Behörden die Weitererhebung von Lustbarkeitssteuern zu empfehlen, der Ordnung selbst aber bezüglich der zu beschneidenden Arten von Lustbarkeiten wie der Normierung der Sätze eine Fassung zu geben, die das Gastwirtsgeerbe weniger belastet, als das bisher der Fall gewesen sei. Der ausgearbeitete neue Entwurf einer Lustbarkeitssteuer-Ordnung für Mixdorf hat im Gegensatz zu § 4 der bestehenden Steuerordnung die Besteuerung von privaten Lustbarkeiten vollständig beseitigt. Auch hat die Kommission die bisherigen Sätze für Tanzbesuchungen, musikalische und sonstige gesellschaftliche Lustbarkeiten wesentlich ermäßigt. Da das Tanzen nach einem Orchester bei der geltenden Pacht, die die Tanzbesuchungen nach der Zahl der beteiligten Musiker einteilt, vom Oberverwaltungsgericht für steuerfrei erklärt worden war, so hat man die Einteilung nach der Musikerzahl aufgegeben.

Vermischtes.

Eisenbahn-Unfall. Ueber den Unfall des Berlin-Frankfurter D-Zuges bei Langenscheidt berichtet die „Zeitg.“: Die Entgleisung ist darauf zurückzuführen, daß eine Weiche nicht fest schloß und etwas vorlief. Die Lokomotive selbst blieb auf dem Geleise, aber gleich der nächste Wagen entgleiste und fuhr so noch etwa 50 Meter weit, wo auch die nachfolgenden Wagen aus den Schienen sprangen. Die Wagen stellten sich sämtlich schief nach der linken Seite und ihre Räder wühlten sich tief in die Erde ein. Eine starke Erschütterung pflanzte sich durch die Wagen fort, die Quertüren fielen zum Teil heraus und die Wageninsassen wurden häufig durcheinander geschüttelt. Glücklicherweise ging es ohne größere äußere Verletzungen ab; möglicherweise haben durch die starke Erschütterung einige Personen innerliche Schädigungen erlitten. Ein Glück war es, daß der Zug mit etwas verminderter Geschwindigkeit und an der betreffenden Stelle ohne Dampf fuhr, so daß die Lokomotive losrij, sonst wären die Folgen wahrscheinlich schlimmer gewesen.

Ein **neuer Fall Rube.** In dem Städtchen Lemgo erragt eine Ständelgeschichte großes Aufsehen. Vor etwa fünf Jahren wurden viele Bürger durch anonyme Briefe unfrühtigen Inhalts belästigt, über deren Urheber allerhand Gerüchte umgingen. Unter anderem behauptete ein dortiger Einwohner Bräggemann, der Kaufmann Paul Kracht, ein Sohn des hochangesehenen, inzwischen verstorbenen Kommerzienrats Strauß, sei der Verfasser der Briefe, wurde aber vom Schöffengericht wegen Verleumdung des Kracht zu 500 M. Geldstrafe verurteilt. Als nun im letzten Jahre dasselbe unheimliche Treiben von neuem begann, und man von verschiedenen Seiten scharf auf den Urheber fahndete, lenkte sich der Verdacht wiederum auf Strauß. Bei einer seitens der Staatsanwaltschaft plöthlich vorgenommenen Hausdurchsuchung häuften sich infolge verschiedener auf Köschblättern, die bekanntlich im Fall Rube auch eine große Rolle spielten, vorgefundener Abdrücke die Verdachtsmomente gegen Strauß derartig, daß er nach Detmold in Untersuchungshaft gebracht wurde. Auf den Ausgang der sensationellen Affaire darf man mit Recht gespannt sein.

Deutlichkeit in Jerusalem. Recht interessant ist die Schilderung einer Kaisergeburtstagsfeier in Jerusalem, die uns von einem dort ansässigen Gelehrten zugeht. Der Herr schreibt uns:

An patriotischen Feiertagen ist man es gewohnt, daß der sonst so behäbige deutsche Michel außer Mund und Band gerät, und so wird man es auch nicht weiter wunderbar finden, daß selbst in unsrer „heiligen Stadt“ am 27. Januar das „Heil Dir im Siegerkranz“ und „Deutschland, Deutschland über alles“ ufm. häufiger und kräftiger erklingen, als die Psalmen Davids. Nun, jeder nach seiner Weise und besonders nach seiner Börse. Die Art und Weise aber, wie man in dem hiesigen, ganz von milden Beiträgen unterhaltenen und lediglich religiösen Zwecken dienenden „Christen Waisenhaus“ die Kaiser-Geburtstagsfeier begeht, hat, mich jeden rechtlich denkenden, ob auch noch so patriotisch geminnlichen Mann zum Widerspruch herausfordern. Neben verschiedenen andern Extravaganzen wurde da am Abend des 27. Januar stundenlang unter Böllerschüssen und dem ohrenzerreißenden Geschrei der Waisenkinder ein nach allen Regeln der Pyrotechnik arrangiertes Feuerwerk in die Luft gejagt, wie ich es selbst in Venedig und Neapel nicht großartiger gesehen habe. Damit vergleiche man den folgenden Vorgang und mache sich seine eignen Schlüsse. Einige Tage vor dem Festesjubel ereignete es sich, daß ein armer, zugereister Schuster aus Baden, der hier einige Zeit beschäftigt war, gegenwärtig aber im Spital krank darniederliegt, den Direktor des Waisenhauses um eine kleine Unterstüzung anging und eine rundweg abschlägige Antwort erhielt mit der Begründung: „der Herr Direktor habe selber nichts“. Wenn man mit allem dem die mitkommen Rebenarten geschmiedet und von der Schilderung des Jammers und des Elendes im Lande überfließenden Berichte vergleicht, welche gerade aus dem „Christen Waisenhaus“ regelmäßig über die Mundwechsel in alle Welt hinausgehen, so wird man begreifen, daß man nicht nur in Berlin, sondern selbst in der heiligen Stadt Jerusalem so etwas wie ein Sozialdemokrat werden konnte.

Briefkasten der Redaktion.

6. R. 22. Das Alter von 25 Jahren war immer Voraussetzung dazu.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.
D. H. 206. Kommen Sie in die Sprechstunde. — **H. U. 1** und **2.** Senden Sie sich an ein Reichsbureau. **2.** Wachen Sie sich an das Königl. Polizeipräsidium. — **H. U. 2, 50.** Reim. — **H. U. 27.** 1. Geben vorweg von der Nachschußfrage ab. **2.** Ueber den Gehalt der Witwe. **3.** Gehalt der Witwe. — **G. K. 1.** Wenn der Umstand beim Wachen der Wohnung bekannt war, ist nichts zu ändern. **2.** Ja. **3.** Reim. — **G. U. 50.** Vor Beschuldigung des Anwaltsüberfahrens ist an Auszahlung der Forderung nicht zu denken. Anwendung können Sie abdam verlangen. — **00. 3.** 1. Ja. **2.** Antrag an das Vormundschaftsgericht. **3.** Reim. — **S. T. W. 6.** Solche Entscheidungen sind in den letzten Jahren mehrfach ergangen. — **W. 2.** Wiederholen Sie Ihre Frage. — **Alter Abonnent 42.** 1. Muß persönlich abgegeben werden. **2.** Reim. **3.** Reim. **4.** Ja. **5.** Reim. — **G. T. 3. 100.** Kommen Sie in die Sprechstunde.
 Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Springer & Co., Berlin SW.